

# Abschied von Berlin



Andrzej Przyłębski

# Abschied von Berlin

REDEN, VORTRÄGE, INTERVIEWS

---

ZYSKI S-KA  
WYDAWNICTWO

---



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort /

I. Reden /

II. Vorträge /

III. Interviews /



# Vorwort

Verehrte Leser,

Im Dezember 2015, kurz nach dem doppelten Wahlsieg von Recht und Gerechtigkeit (PiS), lud mich der damalige Generaldirektor des Außenministeriums in Warschau zu einem Gespräch ein, in dem er mir mitteilte, dass Präsident Andrzej Duda und der PiS-Präsident Jarosław Kaczyński, und damit die Leitung des Ministeriums mich mit der Mission des polnischen Botschafters in Berlin beauftragen möchten. Dies hing mit dem neu geschaffenen Konzept der Reform des diplomatischen Dienstes zusammen, nach der die aus polnischer Sicht wichtigsten Auslandsvertretungen mit Personen besetzt werden sollten, die mit den bevorstehenden Veränderungen sympathisieren und das Land, an das sie gesendet werden sollen, gutkennen.

Der diplomatische Dienst war mir nicht fremd. Von 1996-2001 war ich in der Kultur-, Wissenschafts- und Informationsabteilung der Botschaft der Republik Polen in Köln und — nach dem Umzug der deutschen Behörden — in Berlin tätig, wo ich auch verschiedene politische Aufgaben wahrnahm. Der damalige Botschafter wollte sogar, dass ich sein Stellvertreter in Berlin werde, was jedoch nicht geschah. In den Jahren 2003-2007 war ich wiederum Mitglied des diplomatischen Korps der Botschaft der Republik Polen in Berlin, als Begleiter meiner Frau Julia Przyłębska, die damals Botschaftsrätin und Beraterin des Botschafters für Rechtsangelegenheiten war.

Trotzdem war der Vorschlag, die Botschaft in Deutschland

zu übernehmen, eine große Überraschung für mich. Aber auch eine große Auszeichnung und eine Herausforderung. Natürlich passe ich perfekt zum neuen Standard: Ich habe zu diesem Zeitpunkt bereits 13 Jahre in Deutschland verbracht und war hier kein Unbekannter: als Forscher (unter anderem war ich Stipendiat der exklusiven Alexander von Humboldt-Stiftung in Bonn) und als Diplomat. Nach kurzem Zögern beschloss ich, meine akademische Laufbahn zum zweiten Mal zu unterbrechen und eine diplomatische Stelle in Berlin anzutreten.

Aus polnischer Sicht ist sie eine Schlüsselbotschaft, vergleichbar nur mit Washington. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: die historisch schwierige und wirtschaftlich äußerst wichtige Nachbarschaft Polens und Deutschlands und die grundlegende Bedeutung Deutschlands für die Entwicklungsrichtung und damit auch für den Wohlstand der Europäischen Union. Es besteht kein Zweifel, dass die Existenz der EU seit vielen Jahren das friedliche Zusammenleben der Länder garantiert, die an diesem einzigartigen Projekt teilnehmen. Für Polen ist die Mitgliedschaft in der EU zu einem enormen Entwicklungsimpuls, aber im Laufe der Zeit auch zu einer erheblichen Herausforderung geworden. Dies zeigt sich gerade jetzt, wo die links-neoliberale Orientierung in allen EU-Institutionen eine Dominanz errungen hat, was zu Neuinterpretations-, Knick- oder gar Verletzungsversuchen der EU-Verträge führt. Dies gilt sowohl für den wirtschaftlichen Bereich (z. B. die berühmte Entsenderichtlinie, deren Ziel es war, Polen Vorteile im Verkehrssektor zu nehmen) als auch für den Bereich der Weltanschauung und moralischen Sphäre (z. B. Polen zwingen, homosexuelle Ehen zu legalisieren).

Der Sieg der konservativen Kräfte in Polen im Jahr 2015, der vier Jahre später wiederholt wurde, verbunden mit unbestreitbaren Erfolgen in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit, erregte zuerst Besorgnis, dann Wut und schließlich Aggression seitens der europäischen Institutionen, des Europäischen Parla-

ments und der Europäischen Kommission an vorderster Stelle. Es begann der Angriff auf die polnischen Justiz-Reformen, deren Ankündigung doch die Quelle des Sieges der politischen Kräfte um die PiS war, der Reformen, die die polnische Gesellschaft so erwartet hatte.

In Deutschland wurden diese Angriffe zum größten Teil von den Medien durchgeführt. An den Fingern einer Hand kann man die Medien abzählen, die versucht haben, möglichst unparteiisch über die Geschehnisse in Polen zu berichten. Die in Westdeutschland so geschätzte Süddeutsche Zeitung erwies sich als die heftigste, ergo: die am wenigsten objektive. FAZ, Die Welt und Der Spiegel lagen nicht weitdahinter. DLF, ARD und ZDF fehlte es völlig an Objektivität, von regionalen Sendern ganz zu schweigen. Deutsche Politiker versuchten, auf direkte Kritik an den polnischen Veränderungen zu verzichten, obwohl von den nach Deutschland eingeladenen Gästen, vor allem in den Jahren 2015-2018, leicht abgeleitet werden konnte, welche Seite des politischen Streits ihnen gefiel. Bereits 2017 erzählte mir ein wichtiger deutscher Politiker in einem Interview, dass der „angeschlagene Ruf Polens“ durch die Existenz von KOD (Komitee der Verteidigung der Demokratie) gerettet wurde. Einer Organisation, die mit allen Mitteln die Regierung stürzen wollte (die berühmte „Straße und das Ausland“), und deren Führer sich bald mit kriminellen Skandalen vollständig kompromittierten.

Dieselben politischen Präferenzen zur Unterstützung der um die Person von Donald Tusk versammelten „totalen Opposition“ zeigten sich auch bei Veranstaltungen, die der mutmaßlichen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit in Polen gewidmet waren. Eingeladen waren nur Vertreter der Opposition, insbesondere der politisierten Rechtskreise, die in Deutschland Scheinwissen verbreiteten, das inhaltlicher Kritik nicht standhalten konnte. Gleiches gilt für wissenschaftliche Konferenzen zu angeblichen Verletzungen der Regel der Demokratie.

In dieser Situation hatte ich die Chance, über fünf Jahre in Deutschland zu verbringen. Äußerst interessante Jahre, aber auch extrem schwierige. Interessant, denn die Welt steht an einem Wendepunkt; das sprichwörtliche „Ende der Geschichte“ (F. Fukuyama) ist ausgeschlossen und die Position Deutschlands wird entscheidend. Und schwierig schon deshalb, weil Erklärungen zur polnisch-deutschen Freundschaft fast nie von Versuchen begleitet werden, die Vorgänge in meinem Land zu verstehen. Zwei Elemente sind für diesen Zustand verantwortlich: das verständliche Vertrauen der deutschen intellektuellen Eliten auf deutsche Medienberichte, die ein völlig verzerrtes Bild Polens präsentieren, und — zweitens — der durchaus natürliche Wunsch, kognitive Dissonanzen zu vermeiden, also der Wille, im eigenen mentalen Paradigma zu verbleiben, dessen Symbol u.a. die Linksdrehung der CDU ist, einer Partei, die — zumindest dem Namen nach — christlich, ergo: konservativ ist.

Deshalb versuchten auch die Polen zugeneigten deutschen Politiker nicht darüber nachzudenken, was es bedeutet, zum Erbe der — hier verbal gewürdigten — „Solidarność“, die seit 2015 in Polen stattfindet, zurückzukehren. Am häufigsten sagten sie: „Die Polen haben gerade erst ihre Freiheit wiedererlangt, sie haben sich von der Sowjetdiktatur befreit, sind also noch nicht bereit für eine tiefe und unvermeidliche Integration mit dem westlichen Teil der EU, auch in Bezug auf die Weltanschauung, Geben wir ihnen etwas Zeit.“

Polen bittet jedoch nicht um Zeit. Es bittet um Toleranz für sein erlaubtes Anderssein, für seine kulturelle Einzigartigkeit. Die EU-Verträge garantieren, dass die Polen und das Polen ihren kulturellen Code, ihre Lebensweise und ihr Wertesystem beibehalten. Und das Recht auf Selbstregulierung in Angelegenheiten, die nicht von der EU-Gesetzgebung abgedeckt werden. Es kann kein Zweifel sein, dass dies die Regulierung der Justiz einschließen sollte, für die Gerechtigkeit und eben nicht der Katalog des

Artikels 2 der EUV das oberste Gebot ist. Dieses System muss den Bedrohungen gerecht werden, die ja in jedem Land leicht unterschiedlich sind. Polen ist auch nicht mit der Dekonstruktion der Bedeutung des Christentums für die EU einverstanden, die in der Ausstellung zur Geschichte Europas in Brüssel so sichtbar wird. Und Polen hat recht: Das Ende des Christentums ist das Ende des Europas, das wir kennen und lieben.

\* \* \*

Als ich die Botschaft in Berlin übernahm, war mir bewusst, dass meine Aufgabe viel schwieriger sein wird als die meiner Vorgänger. Ich wusste, dass ich den Ring betreten würde, wo ich einen — oft ungleichen — Kampf führen werden muss. Und dies nicht nur zur Verteidigung der Wahrheit und des guten Namens meines Landes. Es stand viel mehr auf dem Spiel: Es geht um die Zukunft Europas, die in Deutschland fälschlicherweise mit der EU gleichgesetzt wird. Als Kulturphilosoph habe ich die entstandenen Bedrohungen mit der Unterscheidung zwischen einer modernen Gesellschaft und einer postmodernen Gesellschaft erfasst. Und zwar in ihrem Verhältnis zur vormodernen Gesellschaft, mit der wir es auch heute zu tun haben (z.B. in vielen arabischen Ländern).

Einzelheiten zu diesen grundlegenden Konzepten finden Sie in diesem Band. Ich beschloss, es in drei Teile zu gliedern, die den Besonderheiten meiner Tätigkeit in Deutschland entsprechen: Grußworte bei wichtigen Veranstaltungen, Interviews für große Medien und Vorträge, zu denen ich nicht nur als polnischer Botschafter in Deutschland, sondern auch als Kulturphilosoph eingeladen wurde, ein Schüler von Hans-Georg Gadamer, dem größten Denker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Gadamer war ein Denker, für den der wichtigste Wert, auf dem die europäische Kultur aufbaut, Wahrheit ist, d.h. Respekt vor echtem Wissen. Dieses wiederum wird im Dialog rationaler Menschen gewonnen, die für ihre Gründe argumentieren. Das

leitende Prinzip ist der Respekt vor der Sicht des Gesprächspartners, Respekt, der den Gedanken zulässt, dass er in dem Gespräch, das unsere menschliche Existenz ausmacht, recht haben kann.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme und produktive Lektüre  
Prof. Dr. Andrzej Przytyński,  
Botschafter der Republik Polen In der BRD

P.S. Selbstverständlich beinhalten einzelne Texte dieses Bandes Wiederholungen der Daten, Argumente und Thesen. Sie wurden ja für ein sehr unterschiedliches Publikum vorbereitet. Das ist aber kein Nachteil, denn in der Zeit, in der wir leben, liest man selten das ganze Buch.

# I. Reden

## Ansprache zum 30. Jubiläum der Entstehung der DPG Sachsen\*

Sehr verehrter Herr Howald, Präsident der DPG Sachsen,  
sehr geehrte Mitglieder und Freunde der DPG Sachsen,  
sehr verehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung zu der heutigen Veranstaltung. Das Jubiläum des 30-jährigen Bestehens der DPG in Sachsen ist ein deutlicher Hinweis auf das gegenseitige Interesse der beiden Länder und der beiden Kulturen. Es bietet auch die Gelegenheit, über das bisher Erreichte, aber auch über die Aufgaben und Pläne dieser Organisation nachzudenken. Ich bin gespannt auf den Vortrag darüber, der Bestandteil der heutigen Veranstaltung ist.

Für Ihre bisherige Tätigkeit, die in einem Gedenkbuch dokumentiert wurde und auch auf der Internetseite der Gesellschaft nachzuvollziehen ist, gilt Ihnen mein aufrichtiger Dank. Ich bin sicher, dass Sie diese in Zukunft ebenso erfolgreich und enthusiastisch fortsetzen werden. Dem muss sich aber eine kurze

---

\* Gehalten in Dresden, am 10.06. 2017

Überlegung anschließen, die eine gewisse Sorge zum Ausdruck bringt. Denn mit dem letzten Regierungswechsel in Polen tun sich die meisten DPGs schwer. Ich nenne nur zwei Beispiele:

Hier das erste: Es gibt die Vierteljahresschrift „Polen und wir“, die von der DGP Berlin herausgegeben wird. Fast die Hälfte der neusten Ausgabe ist der Kritik der polnischen Regierung gewidmet, vor allem wegen der vermeintlichen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit. Die Veränderungen am polnischen Verfassungsgericht werden dort als Verletzung grundlegender Rechtsprinzipien hingestellt. Dabei zeichnet sich der Autor, ein emeritierter Berliner Richter, nicht durch Kenntnisse des polnischen Rechts und erst recht nicht jene der polnischen Verfassung aus. Was seine Thesen noch mehr disqualifiziert, ist der Umstand, dass er den Ausgangspunkt des Streites um das Verfassungsgericht sorgfältig vermeidet: die Wahl dreier Richter — soz. auf Vorrat — durch die ehemalige Parlamentsmehrheit, die sehr wohl wusste, dass die drei ihr Amt erst in der neuen Legislaturperiode antreten würden. Dieser Schritt hatte einen versteckten Sinn, der aber sehr einfach zu entziffern war: Das Verfassungsgericht sollte alle wichtigen Reformen der neuen Regierung für verfassungswidrig erklären und damit aufhalten. Die neue Sejm-Mehrheit hat dies schnell erkannt und dem mit juristisch korrekten, sehr cleveren Mitteln entgegengewirkt. Das können Sie mir glauben: Ich habe es detailliert studieren und aus nächster Nähe beobachten können. Die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ hatte hier in allen drei Dimensionen recht: der politischen (dem Recht auf Durchführung der dem Volk versprochenen Reformen), der moralischen (der Bestrafung der auf frischer Tat ertappten Betrüger als Teil der Rückkehr zur ethischen Ordnung) und der juristischen (einer gewagten, aber sich im Rahmen der geltenden Gesetze haltenden Rechtsprechung).

Beispiel Nummer 2: Das Treffen des Bundesverbandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, also Ihrer Dachorganisation,

im Jahre 2016 in Danzig. Im Programm dieser Veranstaltung, das ich als polnischer Botschaftergleichzeitig mit dem Einladungsbrief von Herr Nietan, Mitglied des Bundestages und Vorsitzender der DPG Bundesverband e.V., erhielt, stand Folgendes: „Die Tagung findet statt in einem von der PiS-Mehrheit mit selbstherrlichen Zügen kompromisslos regierten Land. Wir kommen zusammen in der Stadt Gdańsk/Danzig, einer der wenigen Großstädte Polens, die dem politischen Druck dieser Regierung standhält.“

Dies versetzte mich in Staunen. Denn darin wird die Bevölkerung Danzigs zur Revolte gegen die demokratisch gewählte polnische Regierung aufgerufen. Man setzt damit Hoffnung auf eine Rückführung des Landes in jenen Stand, der vor den letzten Wahlen herrschte: den eines ohnmächtigen Staates, der sich von seinen Aufgaben zurückzieht. Und eine solche Revolte wird als gerechte Handlung der Zivilgesellschaft gedeutet. Die Rolle von Gdańsk in der Solidarność-Bewegung wird missbraucht.

Dass sich die DPGs auf eine Seite des politischen Streites in Polen, und zwar auf die (wie jüngst durch die Exhumierungen der Opfer der Smolensk-Katastrophe bewiesen wurde) völlig diskreditierte stellen würden, dies hatte ich, als neuer Botschafter Polens in Berlin, aber auch als jemand, der mehrere Jahre in der Bundesrepublik verbracht hatte, wahrlich nicht erwartet. Ich weiß aber auch, dass nicht alle Mitglieder der lokalen deutsch-polnischen Gesellschaften mit diesem Konfrontationskurs einverstanden sind; neulich informierte mich z.B. eine junge Pianistin, die aktiv in einer süddeutschen DPG tätig war, von ihrem wegen dieser Politisierung gerade erfolgten Austritt.

Denn die Hauptaufgabe der DPGs besteht meines Erachtens darin, die Kultur — und damit auch die politische Kultur — des Partnerlandes besser zu verstehen. Der Dialog wird in Deutschland oft gelobt, was aber einen authentischen Dialog voraussetzt; dessen ist man sich meist leider nicht bewusst. Und es

würde reichen, sich in die wunderbare, tiefgründige Dialogphilosophie des größten deutschen Denkers der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Hans-Georg Gadamer, zu vertiefen. Ein echter Dialog setzt die Bereitschaft voraus, eigene Prämissen in Frage zu stellen und sich der möglichen Wahrheit des Anderen zu öffnen, in der Hoffnung, damit einen neuen vertieften Verständnishorizont zu gewinnen. Eine Begegnung mit Polen, auch mit dem heutigen, realen Polen, kann auch als Chance verstanden werden, eine Chance für die eigene persönliche — existentielle und gesellschaftliche— Entwicklung. Kurz und bündig gesagt: Es reicht nicht, sich der Ähnlichkeiten von Goethe und Mickiewicz, und zwar als Dichter, bewusst zu werden; man muss sich eher mit den wesentlichen Unterschieden zwischen dem Denken eines „Faust“ und dem eines „Pan Tadeusz“ auseinandersetzen. Erst dadurch erreicht man eine neue Denkperspektive auf das Leben, auf die Kultur, auf die europäische Geschichte.

Meine Damen und Herren,

Sie wissen vielleicht, dass ich als Universitätsprofessor meinen neuen Posten deshalb angenommen habe, weil ich mit der Wende in Polen sympathisiere. Ich werde Ihnen also jetzt weniger über die Schönheit der polnischen Dichtung — die außer Frage steht — oder die der polnischen Landschaft erzählen, auch wenn die Einbeziehung der polnischen Sittlichkeit des Sarmatismus, wozu ein bekannter Sachse, Friedrich Nietzsche, einlud, für das Verständnis der heutigen Ereignisse in Polen hilfreich sein könnte. Nein, ich werde Ihnen kurz berichten, was seit ca. 2 Jahren bei uns geschieht.

In der letzten Zeit höre ich oft besorgte Aussagen vieler deutscher Bürger, vor allem Journalisten und Politikern, über das, was gerade in Polen vor sich geht. Ich empfinde das als großen Respekt gegenüber unserem Land, denn darin spiegelt sich das Interesse an Polen und die Anerkennung der wach-

senden Bedeutung unseres Landes auf der Weltbühne wider. In Polen geht aber eigentlich nichts vor sich, was Grund zur Sorge geben könnte.

Das Land, das den Zerfall des osteuropäischen Kommunismus auslöste, verwirklicht endlich die Ideale der Solidarność-Bewegung, die der friedlichen, antikommunistischen Revolution von 1989 zugrunde lagen. Ohne die Solidarność hätte es keinen Mauerfall gegeben — dies muss immer wieder betont werden. Die vorherigen Regierungen haben in den letzten 27 Jahren versucht, den Idealen der Solidarność-Revolution gerecht zu werden — mit ziemlich mäßigem Erfolg. Obwohl man einige positive Veränderungen beobachten konnte, bleibt doch der Gesamteindruck, dass Polen in dieser Zeit weniger erreicht hat, als dies in der Zwischenkriegszeit der Fall war, einer schönen Zeit, die durch den Zweiten Weltkrieg brutal beendet wurde. Die sogenannte Dritte Republik verliert im Vergleich mit der Zweiten. Das ist auch der Hauptgrund, warum die Mehrheit der polnischen Bevölkerung den noch vor kurzem Regierenden die rote Karte gezeigt und mit der Wahl der konservativen Koalition ein Zeichen gesetzt hat, um zu den fast vergessenen Zielen und Idealen zurückzukehren.

In den Wahlen vor fast zwei Jahren ist diese konservative Koalition, mit der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ an der Spitze, an die Macht gekommen. Und zwar mit einem Reformprogramm, das den Erwartungen der Bevölkerung entgegenkam. Da dieses Programm mit bewundernswerter Entschlossenheit verwirklicht wird — was in Polen nach 1989 ein Novum ist —, erfreut sich die Regierung einer stabilen Unterstützung von circa 40%, und dies trotz unerhörter Angriffe seitens der sogenannten „totalen Opposition“.

Diejenigen, die in diesem Reformprogramm lediglich „Populismus“ oder „katholischen Nationalismus“ sehen, sollten die Ereignisse, die in Polen stattfinden, ein wenig tiefer analysie-

ren. Denn diese sind vielleicht ein wichtiges Zeichen für eine ernst zunehmende Neuausrichtung der Wertestruktur der ganzen abendländischen Zivilisation, die Polen soviel verdankt. Einer Neuausrichtung, die besonders nach dem Brexit bei der Reformierung der EU genau überdacht werden sollte. Denn sie betrifft möglicherweise nicht nur mein Land, die Republik Polen.

Die Notwendigkeit von Reformen der EU ist allen klar, lassen wir aber dieses Thema jetzt beiseite. Ich will vielmehr kurz darstellen, was in meinem Land wirklich los ist. Damit Sie, meine Damen und Herren, verstehen können, woher diese so stabile und starke Unterstützung der polnischen Bevölkerung für die jetzige Regierung kommt. Denn entgegen dem, was man oft glaubt, ist der Regierungswechsel nicht das Ergebnis eines Ressentiments bzw. eines Rachefeldzugs derjenigen, die am Erfolg der Transformation nicht teilhaben konnten. Er ist vielmehr das Ergebnis davon, dass auf die Stimmen und Wünsche breiter Schichten der polnischen Gesellschaft, auf ihre authentischen und nicht imaginären, ideologisch aufgedrängten Bedürfnisse früher nicht gehört wurde, ein Ergebnis der daraufhin eingeleiteten Reformen und ihrer konsequenten Umsetzung unter ziemlich ungünstigen internen und externen Bedingungen.

Die erste der vor den Wahlen versprochenen Reformen beruhte auf einem finanziellen Zuschuss für Familien in Höhe von 500 Zloty für das zweite und jedes weitere Kind. Diese Reform hat sehr rasch etwa 1 Million Familien aus der Armut geholt. Innerhalb unerwartet kurzer Zeit hat sie sich auch positiv auf die Demographie ausgewirkt und durch den Konsum die Produktion erhöht, also die Wirtschaft belebt. Die Frauen in Polen gebären plötzlich so viele Kinder wie Polinnen in Großbritannien — dem Trend der Entvölkerung wird also in Polen erfolgreich gegengesteuert.

Gerade jetzt wird eine Reform eingeleitet, durch die neue, hochwertige und kostengünstige Wohnungen für tausende junge

Familien entstehen werden, Familien, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens keinen Bankkredit bekommen können. Die Reform des Justizsystems, das die Bürger als den am schlechtesten funktionierenden Bereich des gesellschaftlichen Lebens bewerten, ist im Gange. Angefangen vom Verfassungsgericht über das Oberste Gericht und die Staatsanwaltschaft bis hin zum Landesjustizrat, der ordentlichen Gerichtsbarkeit und den Strafvollzugsanstalten. Auch die Polizei und der Geheimdienst werden reformiert, was dazu führt, dass sich die Bürger besser beschützt fühlen werden. Alle Umfragen beweisen das. Die Armee wurde mit einem Schlag aus einer tiefen Krise gerissen. Polen ist eines der vier EU-Länder, dessen Ausgaben für das Militär 2% des BIP übersteigen und somit die Normen der Nato erfüllen. Die polnische Armee — allen voran die F-16 der Luftstreitkräfte — stabilisiert die ganze Region und gibt u.a. dem Baltikum eine Sicherheit, die zu einer normalen Entwicklung unabdingbar ist.

Das Schulsystem wird ebenfalls reformiert, weil es sich in einem großen Tief befindet. Eine falsche Schulstruktur, die eine Menge sehr schwacher, für das Studium fast ungeeigneter Abiturienten „produzierte“, wird durch eine neue ersetzt. Fast 80% der Eltern sechsjähriger Kindernutz die Möglichkeit, sie erst mit sieben Jahren in die Grundschule zu schicken. Es ist also ein weiterer Freiheitsbereich entstanden, gegen den ideologisch motivierten Zwang des vorherigen Systems. Bald werden auch das Hochschulsystem, die Medien und das Gesundheitswesen reformiert. Eine ähnliche Freiheit wird es bald im Rentensystem geben, das dem deutschen Muster folgt. Und so weiter. All das als Beraubung der Freiheit beziehungsweise als Vernichtung der Demokratie zu deuten, ist eine Schande. Eine Demokratie, die den ideologischen Visionen einer Gruppe entspricht, die sich selbst zur „geistigen Elite“ ernannt, ist keine Demokratie.

Und das sind nur ausgewählte Beispiele. An der Spitze des Entwicklungsministeriums haben wir einen erfolgreichen und pa-

triotisch gesinnten Ex-Banker, der ein Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet hat, das schon jetzt Früchte trägt. Es ist auf Innovationen, nicht auf billige Arbeitskräfte ausgerichtet und soll Polen in eine andere Wirtschaftsliga bringen. Unser größtes wirtschaftliches Partnerland bleibt unverändert Deutschland. Wir würden uns freuen, wenn dies auch für die politische Partnerschaft gelten könnte. Die Arbeitslosenquote ist in Polen auf 7% gesunken und damit auf das niedrigste Niveau seit 1989. Die Einkommen wachsen kontinuierlich. Das Wachstum wird gerechter verteilt. Wir haben eine stabile Währung und warten mit der Einführung des Euro auf einen sowohl für unsere Exporteure als auch für unsere Konsumentengünstigen Zeitpunkt. Laut den wichtigsten Ratingagenturen wird unser Wirtschaftswachstum dieses Jahr problemlos 3,5% überschreiten. Stufenweise werden auch die Banken und die Medien repolonisiert, was man nicht mit ihrer Nationalisierung verwechseln darf (in den deutschen Medien passiert das Letztere leider sehr oft).

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
Damit schließe ich diese kurze Schilderung der Situation in Polen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen nicht nur eine schöne Veranstaltung heute, sondern auch erfolgreiche Aktivitäten der DPG Sachsen in der Zukunft. Bleiben Sie Polen treu. Dem Polen von heute, denn ein anderes Polen wird es nicht geben.

## **Rede zur Eröffnung der Ausstellung „Wie Phoenix aus der Asche“\***

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Dunger-Löper, sehr geehrter Herr Staatssekretär Reckers,  
sehr geehrter Herr Dr. Bertram, sehr geehrter Herr von Puttkamer,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf Sie sehr herzlich zur Eröffnung einer ganz besonderen Ausstellung begrüßen. Einer Ausstellung über die Zerstörung Warschaus im Zweiten Weltkrieg und seinen Wiederaufbau in den Jahren 1945–1955. Die Besonderheit der Ausstellung resultiert aus der historischen Besonderheit der Ereignisse, die sie zeigt. Denn ein Krieg bringt immer die Zerstörung der materiellen Substanz, darunter der Städte, mit sich. Das Ausmaß der Zerstörung von Warschau war jedoch einmalig. Ca. 80% der Gebäude lagen in Trümmern. Und zwar nicht nur infolge der Kämpfe um die Eroberung der polnischen Hauptstadt im September 1939. Die planmäßige Zerstörung Warschaus erfolgte nach der Auflösung des Warschauer Ghettos und vor allem nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes.

Vor einiger Zeit strahlte das deutsche Fernsehen einen Spielfilm darüber aus. „Warschau '44“ war der Titel. Von einem jungen Regisseur gedreht, mit modernen Mitteln und frischen Ideen.

---

\* Gehalten im Roten Rathaus zu Berlin, ,21.09.2016

Diejenigen von Ihnen, die ihn gesehen haben, wissen, wovon ich rede. Denn er zeigt sehr anschaulich das Vernichtungsspektakel, das von den deutschen Truppen nach der Niederlage der Untergrundkämpfer inszeniert wurde. Systematisch wurden, auf eindeutige Befehle hin, ganze Stadtteile mit Dynamit und Benzin in Schutt und Asche gelegt. Die Stadt sollte für immer von der Landkarte verschwinden. Als Strafe für einen Aufstand gegen die deutschen Besatzer, die eine bis dahin in der Geschichte nie gekannte Brutalität an den Tag legten. Eine Brutalität, die auf Barbarei hinauslief. Nichtsdestotrotz kehrten schon 1945 viele der Einwohner in ihre zerstörten Häuser zurück.

Deshalb war es weder abwegig noch unvernünftig, dass die polnische Regierung unmittelbar nach dem Krieg die Situation Warschaws als künftiger Hauptstadt zunächst als hoffnungslos ansah und sich überlegte, den Sitz der polnischen Hauptstadt zu verlegen. Doch der Nationalstolz gewann die Oberhand und das polnische Volk entschloss sich mutig, seine alte Hauptstadt — als Zeichen der Wiederauferstehung — wiederaufzubauen. Teils aufgrund von vorhandenen Plänen, teils aufgrund von Vorkriegsfotos. Manchmal sogar mit Hilfe von Bildern des italienischen Hofmalers Canaletto, wie ich gehört habe. Das Resultat ist einmalig, und die Polen sind stolz darauf, wenn sie von Besuchern aus der ganzen Welt hören, wie unglaublich es ist, eine Stadt in ihrer ursprünglichen Gestalt wieder zu errichten. Das ist uns gelungen, kostete aber viel Kraft und Aufopferung, und zwar des ganzen polnischen Volkes. Ich bin alt genug, um mich an die Parolen zu erinnern, die ich in der Grundschule hörte: „Die ganze Nation baut ihre Hauptstadt wieder auf“.

Ich brauche wohl nicht hinzuzufügen, dass dies mit einer Verlangsamung der Entwicklung des ganzen Landes einhergehen musste. So trugen wir alle die Last der Beseitigung von Schäden mit, die uns das deutsche Dritte Reich zugefügt hatte.

Deshalb freue ich mich, dass unsere Ausstellung heute in

Berlin, in einem so repräsentativen Gebäude, gezeigt werden kann. Dafür danke ich vom Herzen. Einige Fragen bleiben allerdings offen und veranlassen zum Nachdenken: Was lernen wir aus dieser so traurigen Geschichte? Nur dass es „nie wieder Krieg“ geben darf? Ich glaube nicht. Denn dies wäre irreführend. Verteidigungskriege werden ja ihre Rechtfertigung nie verlieren.

Ich würde mich aber freuen, wenn wir daraus eine andere Lehre ziehen würden, und zwar: dass es sich nicht lohnt, das Eigentum — und damit das Leben — anderer Menschen zu zerstören, denn auch der Zerstörer muss dafür teuer bezahlen. Und zwar nicht nur politisch oder moralisch.

Die Frage, die hier gestellt werden muss, ist aber auch folgende: Woher kommt die Wut, woher kommt die Verachtung, die die Befehlshaber zu solch zerstörerischen Befehlen veranlassen? Sind sie universell, spiegeln also die dunkle Seite aller Menschen wider, oder hängen sie mit dem historisch entstandenen Charakter der Deutschen zusammen? Mit jener sich allmählich entwickelnden Idee des Übermenschen, die der in Deutschland so geschätzte Friedrich Nietzsche popularisierte? Diese Frage müssen sich die Deutschen allerdings auch selbst stellen. Das, was in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg geschah, war der Versuch, diesen Charakter durch demokratische Bildung zu verändern. Ich hoffe, mit Erfolg.

Wie dem auch sei, das Beispiel des Wiederaufbaus von Warschau ist einmalig und zeigt den ungebrochenen Willen des polnischen Volkes zur Selbstbestimmung, zur Freiheit und zur Unabhängigkeit. Diese Charakterzüge finden sich in unserer Gesellschaft bis heute. Und das macht sie so wertvoll und liebenswert, wie der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck oft wiederholt. Deshalb ist sie für Europa so wichtig und deshalb sollte Europa ihr zuhören. Denn die geschichtliche Erfahrung

dieser Gesellschaft ist ein Schatz, aus dem die europäische Weisheit schöpfen kann.

## **Rede anlässlich des 81. Jahrestages des Ausbruchs des 2. Weltkriegs\***

Exzellenzen,  
sehr geehrte Abgeordnete,  
sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Behörden Berlins  
und Brandenburgs,  
sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Polonia,  
liebe Freunde Polens!

Wie jedes Jahr treffen wir uns am 1. September auf dem britischen Friedhof in Berlin, um des Jahrestags des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs zu gedenken. Vielen Dank, dass Sie die Einladung zur Teilnahme an dieser Veranstaltung angenommen haben.

Dieses Jahr hat unser Treffen einen besonderen Charakter. Das hängt jedoch nicht etwa mit einem runden Jahrestag des Kriegsausbruchs zusammen, denn diesen haben wir letztes Jahr gefeiert. Im Jahr 2020 feiern wir einen runden Jahrestag des Endes dieser grausamen Hekatombe. Und es ist dieser Jahrestag, gebunden an den 8. Mai 1945, der zu neuen, eigenartigen Interpretationen der Ursachen und des Verlaufs dieses Krieges führte. Seitens der Führung eines Landes, das kürzlich eine Reihe aggressiver Annexionen durchgeführt hat, wurde die These aufgestellt, Polen sei für den Ausbruch dieses Krieges mitverant-

---

\* Gehalten auf dem britischen Friedhof in Berlin am 1. September 2020.

wortlich gewesen; es habe Hitler zum Angriff provoziert; es sei außerdem an der Ausrottung des jüdischen Teils seiner Bevölkerung beteiligt gewesen.

Dies sind derart absurde Thesen, dass es schwerfällt, sie zu kommentieren. Glücklicherweise lehnte die EU sie nachdrücklich ab und gab eine entsprechende Resolution heraus. Das damalige Polen, das über die militärische Stärke Deutschlands zu jener Zeit Bescheid wusste, bemühte sich bis zum Schluss, den unterzeichneten und verbindlichen Friedensvertrag zu respektieren. Die polnische Exilregierung informierte die Alliierten während des Krieges über die systematische Ausrottung der Juden im besetzten Land und bat um Intervention (zum Beispiel um die Bombardierung der Eisenbahnschienen nach Auschwitz). Es genügt, den Bericht von Jan Karski oder jenen von Witold Pilecki zu erwähnen. Sie blieben ergebnislos. Die polnische Exilregierung verbot den Bürgern des besetzten Landes ausdrücklich, den Deutschen bei der Ermordung von Juden zu helfen, und verhängte für Zuwiderhandlung die Todesstrafe. Als Reaktion darauf verhängte das Dritte Reich — nur in Polen! — die Todesstrafe für jegliche Hilfe für Juden, was ein offensichtlicher Beweis dafür ist, dass eine solche Hilfe erwartet wurde. Und sie folgte in der Tat, wie über 6.000 polnische Namen in Yad Vashem belegen.

In der deutschen Geschichtsschreibung wird der Septemberefeldzug als Blitzkrieg bezeichnet. Denn er dauerte nur etwas mehr als einen Monat. Die Gründe für eine solche Situation werden jedoch selten erwähnt. Wie Sie wissen, wurden am 17. September 1939 Einheiten der polnischen Armee, die sich in die bewaldeten und sumpfigen Gebiete Ostpolens zurückzogen, von der sowjetischen Armee unerwartet und verräterisch angegriffen. Dies fand aufgrund eines geheimen Protokolls zu dem Hitler-Stalin-Pakt statt, von dem niemand etwas wusste, da er einige Tage vor dem deutschen Angriff auf Polen unterzeichnet wurde. Es war für Polen ein sprichwörtlicher „Dolchstoß“. Die

polnischen Behörden lehnten den Krieg mit der Sowjetunion ab. Tausende polnische Soldaten wurden von den Sowjets gefangen genommen. Viele von ihnen schlossen sich später den dort gebildeten polnischen Truppen an, die von General Anders und General Berling kommandiert wurden. In Katyn wurden jedoch über 22.000 polnische Offiziere als Kriegsgefangene von der russischen KGB schändlich getötet.

Über den Verlauf dieses grausamen Krieges muss ich Sie nicht in Kenntnis setzen. Wir alle kennen ihn aus den Berichten unserer Eltern und Großeltern, aus der Geschichtswissenschaft, aus Filmen und Büchern. Alle Regeln zivilisierter Militärgefechte wurden gebrochen. Die Zivilbevölkerung wurde zu einer Geisel gemacht, deren Schicksal allein vom Anstand und von der Moral der Soldaten und ihrer Anführer abhing. Die mechanisierte Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen wie Juden, Sinti und Roma, Behinderten, auch von Bewohnern ganzer Dörfer, in denen der Widerstand aktiv war, hatte bis dahin keinen Präzedenzfall. Ein Symbol hierfür kann die fast vollständige Zerstörung Warschaus nach der Niederlage des Warschauer Aufstands sein, die im August 1944 begann (und die oft mit dem viel kleineren Aufstand im Warschauer Ghetto von 1943 verwechselt wird). Damals starben mehr als 100.000 Einwohner Warschaus, darunter 40.000 Einwohner eines einzigen Stadtteiles (es war Wola), die in wenigen Tagen grausam getötet wurden.

Vor einiger Zeit kam eine neue Interpretation des Zweiten Weltkriegs auf und sie gewinnt seitdem zunehmend an Bedeutung. Diese Interpretation konzentriert sich, bestimmt nicht ohne Grund, auf das Leiden der Zivilbevölkerung und versucht, den nationalen Charakter der Kämpfe zu ignorieren. D.h. sie ignoriert die Tatsache, dass ein Staat (der eine bestimmte Nation repräsentierte) andere Staaten, d. h. andere Nationen, angegriffen hat. Es ist eine sehr eigenartige Interpretation, die versucht, das wichtigste Element dieses Krieges — den bewaffneten Kampf

— jenseits der Sphäre der Reflexion und Erinnerung zu verorten. Und damit das Element von Tapferkeit, Mut, Courage und Aufopferung des Lebens für das Vaterland ignoriert. Damit scheint aber auch die Unterscheidung zwischen dem ungerechten Krieg (einem Angriff) und dem gerechten Krieg (einem Kampf um die Verteidigung des eigenen Heimatlandes) zu verschwinden. Die gerechtfertigte Ablehnung des Krieges sollte nicht in einem alles nivellierenden Pazifismus enden.

In einem solchen Narrativ tritt die Tatsache in den Hintergrund, dass das nationalsozialistische Deutschland am 1. September 1939 in Polen einfiel. Ähnliches gilt für die Tatsache, dass Polen, das damals als Staat erst seit 20 Jahre wieder existierte, außerordentlichen Widerstand leistete, sich tapfer verteidigte und auf die versprochene Unterstützung seiner Verbündeten Frankreich und England wartete. Eine Unterstützung, die leider ausblieb. Viele Militärgeschichtler argumentieren, dass der Krieg bereits Ende 1939 beendet worden wäre, wenn sich diese beiden Länder — vor allem Frankreich — nach der Kriegserklärung an das Dritte Reich am 3. September dem wirklichen Kampf angeschlossen hätten. Es ist fast sicher, dass Stalin Polen nicht angegriffen hätte, wenn vorher die Kämpfe an der Westfront angefangen hätten und einige deutsche Truppen von der Front in Polen hätten abgezogen werden müssen. Beim Treffen der Engländer und Franzosen in Abbeville am 12. September, beidem die beiden Mächte beschlossen, nicht einzugreifen und auf die Entwicklung der Ereignisse zu warten, wurde das Schicksal Polens besiegelt. Stalins Spione waren überall, daher wusste Stalin schon am nächsten Tag, dass Frankreich und England vorerst keine Maßnahmen ergreifen würden.

Auf diese Weise konnte am 22. September das legendäre Treffen der Truppen Adolf Hitlers mit den Truppen Josef Stalins in der polnischen Stadt Brześć stattfinden, um eine neue, im geheimen Protokoll des Stalin-Hitler-Pakts beschlossene Teilung Polens

zu besiegeln: die 6-jährige deutsche Besetzung Polens sowie mehrere Dutzend Jahre sowjetischer Herrschaft über Polen nach dem Kriegsende.

Fast die ganze Welt wurde in diesem furchtbaren Krieg beschädigt. Ungefähr 60 Millionen Menschen kamen während des Krieges ums Leben. Polen zahlte jedoch den höchsten Preis im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl, da sechs Millionen, d. h. ein Zehntel aller Opfer des Zweiten Weltkriegs, ehemalige polnische Staatsbürger waren, ungefähr zur Hälfte katholisch und jüdisch. Es gibt heute eine sehr weit verbreitete Tendenz, diesen Krieg fast ausschließlich aus der Perspektive des Holocaust, der Ausrottung der Juden, zu betrachten. Dies ist nicht verwunderlich, da etwa sechs Millionen von ihnen auf sehr grausame Weise getötet wurden. Es ist jedoch eine sehr unvollständige, sogar trügerische Perspektive. Weil diese sechs Millionen ein Zehntel der Gesamtzahl der Opfer sind. Wo sind in unserer Reflexion die übrigen neun Zehntel, d.h. 54 Millionen Opfer? Schließlich ging es nicht nur um Soldaten. Über ihre Ausrottung wird nur sehr wenig geforscht. Hiermit appelliere ich deshalb herzlich an Historiker, die notwendigen Untersuchungen aufzunehmen. Das Leiden aller Opfer darf nicht vergessen werden!

Dieser grausame Krieg wäre ohne die Beteiligung der Vereinigten Staaten nicht zu Ende gegangen. Mit dem Ersten Weltkrieg war es übrigens ähnlich. Daher muss uns überraschen, dass in vielen EU-Ländern antiamerikanische Stimmungen vorhanden sind und die Diskrepanz zwischen einigen europäischen Gesellschaften und demjenigen Land, dem wir Freiheit und Selbstbestimmung verdanken, zunimmt. Deutschland, nur als Beispiel, verdankt den USA nicht nur sein Überleben, sondern auch seine Demokratisierung und nicht zuletzt seinen Wohlstand. Das freie Polen, d.h. das Polen nach der sog. Wende, hat immer die tragende Bedeutung der transatlantischen Bindung verstanden, die für uns nicht nur ein Verteidigungsbündnis, sondern vor allem

auch eine Wertegemeinschaft ist. Es ist Zeit für andere Teile Europas, dies ebenfalls zu verstehen. Ohne die Nato scheint es unvorstellbar, den Frieden auf unserem Kontinent und auf unserem Planeten zu erhalten.

Exzellenzen, meine Damen und Herren, nochmals vielen Dank, dass Sie zu der heutigen Feierschienen sind.

# Rede zum 74. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges\*

Exzellenzen,

sehr geehrte Staatssekretärin Sawsan Chebli, sehr geehrte Staatssekretärin Katrin Lange, verehrter Dr. Florian Baach, werter Herr von Straussenburg, sehr geehrter Herr Sarazin, Mitglieder des diplomatischen Corps, Vertreter des Landes Berlin, des Landes Brandenburg, Vertreter des Militärs, verehrte Kriegsveteranen, verehrte Vertreter der Polonia, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wie jedes Jahr treffen wir uns an einem Ort, an dem wir gemeinsam des nächsten Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges gedenken können. Zum erneuten Mal ist es der schöne britische Friedhof in Berlin. Ein Friedhof der britischen Soldaten, unter denen einige polnische Flieger gekämpft haben und umgekommen sind.

Dieser vernichtende Krieg begann bekanntlich in Polen, als es am 1. September 1939 vom Westen, Norden und Süden von Deutschland und am 17. September vom Osten von der Sowjetunion angegriffen wurde. Es kam zu etwas, was man als die vierte Teilung Polens bezeichnen darf. In den sechs folgenden

---

\* Gehalten auf dem britischen Friedhof in Berlin am 8. Mai 2019.

Jahren herrschten Tod und Zerstörung nicht nur über Polen, sondern über ganz Europa und weit darüber hinaus. Der Krieg hat in allen Ländern der Welt über 50 Millionen Tote und über 100 Millionen Verwundete hinterlassen.

Die polnischen Verluste sind dennoch einmalig. Etwa sechs Millionen polnischer Staatsbürger, ein Sechstel der Bevölkerung Polens, darunter drei Millionen polnischer Juden, wurden zu Opfern des blutigen Nazi-Terrors. Jeder vierte polnische Wissenschaftler, jeder vierte katholische Priester und jeder fünfte polnische Lehrer verloren ihr Leben. Das ist kaum vorstellbar. Es gab über zweieinhalb Millionen polnische Zwangsarbeiter. Von etwa 200.000 polnischen Kindern, die zu Germanisierungszwecken verschleppt wurden, kehrten die meisten niemals zu ihren Familien nach Polen zurück. Das ganze Land lag in Trümmern.

Während der ganzen Kriegsjahre haben Hunderttausende von Polen zu Lande, zu Wasser und in der Luft gemeinsam mit anderen alliierten Armeen um ein einziges Ziel gekämpft. Dieses Ziel war die Wiedererrichtung ihres freien und souveränen Staates in einem freien und demokratischen Europa.

Polens Beitrag zum Sieg über den Nationalsozialismus ist nicht zu überschätzen. In der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges haben insgesamt etwa 600.000 polnische Soldaten in allen alliierten Armeen gekämpft. Trotzdem wurde die polnischen Soldaten, auf Stalins Wunsch, zu der Londoner Siegesparade nicht zugelassen. Dabei widersetzten sich im besetzten Polen 380.000 Soldaten der Heimatarmee, der größten Untergrundarmee im Zweiten Weltkrieg, den Nazis. Erst heute, dank der Kulturpolitik der gegenwärtigen polnischen Regierung, werden sie endlich in Ehren gehalten. Ein Beispiel dafür ist der Besuch von Premierminister Morawiecki an der Grabstätte einer polnischen Brigade, die — einverleibt in die US-Armee unter Gen. Patton — ihren Kampf in Bayern beendet hatte. Das war auf einem Münchner Friedhof vor einem Jahr.

Meine Damen und Herren,

für Polen und Deutschland, für Opfer und Täter, erwuchs aus dem Sieg über Hitler eine historische Aufgabe von besonderem Gewicht. Die beiden Völker mussten einen neuen Weg zueinander finden, zu einer gemeinsamen, einer gesamteuropäischen Zukunft. Und man kann sagen, dass das uns gelungen ist. Wir können heute, trotz mancher Schwierigkeiten, zusammen ein gemeinsames Europa aufbauen. Unsere Nachbarschaft ist, dessen bin ich sicher, von einer soliden vertraglichen Basis gekennzeichnet. Nach der Aufnahme Polens in die Nato und in die EU können wir gemeinsam einen positiven, von den schrecklichen Erfahrungen getragenen Beitrag zum Frieden in der Welt und zum Wohlstand in Europa leisten.

Die lange und schmerzhafteste Geschichte Europas hat uns gelehrt, dass der Frieden zwischen Europäern eher eine Ausnahme als die Regel war. Deswegen sind wir gegenüber den Opfern des Zweiten Weltkrieges und denen, die um Freiheit und Frieden gegen den Nazi-Terror gekämpft haben, moralisch verpflichtet so zu handeln, dass sich diese Geschichte nicht wiederholt und die Zeit des Friedens zur Regel wird. Und wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die erschreckenden Konsequenzen der Kriegserklärung und der Kriegsführung abschreckend bleiben.

Meine Damen und Herren,  
ich danke Ihnen allen dafür, dass Sie sich heute an diesem Ort mit uns versammelt haben. Es ist ein lebendiger Beweis dafür, dass uns der Zweite Weltkrieg nicht nur schmerzhafteste Vergangenheit ist, sondern ein Ereignis, aus dem wir moralische und politische Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen.

Und ich darf am Ende meinen Appell wiederholen: Dieser Friedhof ist wirklich ein wunderschöner Ort. Ich würde mich dennoch freuen, wenn in Berlin einmal ein Denkmal für Polen als das erste Opfer und für Polinnen und Polen als die größte Opfergruppe dieses furchtbaren Kriegs entstehen würde.

Herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind.

# Ansprache bei der Eröffnung der Tagung

## „Hundert Jahre der deutschen Polen-Politik: 1918–2018“\*

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister Maas,  
Exzellenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist banal zu wiederholen, dass Polen in diesem Jahr ein rundes Jubiläum der Wiedererlangung seiner staatlichen Unabhängigkeit feiert. Unsere Botschaft hat dies vor wenigen Wochen mit einem Konzert betont, das in ganz Berlin und weit darüber hinaus ein großes Echo gefunden hat. Mit einem Konzert, bei dem die beiden Staatspräsidenten schöne, zukunftsweisende Reden gehalten haben. Was ich aber in dieser Hinsicht immer wieder in Berlin und in Deutschland wiederhole, ist die manchmal hier vergessene Tatsache, dass Polen eben nicht — wie viele europäische Länder — erst nach dem Ersten Weltkrieg entstand, dass der polnische Staat lange Zeit ein Vorbild für ganz Europa gewesen war. Ein Vorbild der Demokratie und der Freiheiten. Und daraus folgen gewisse Ansprüche.

Ich habe vor kurzem einen der Teilnehmer dieser Tagung ge-

---

\* Gehalten in dem Berliner Auswärtigen Amt am 15. November 2018.

troffen, nämlich Prof. Lehnstedt, um mit ihm über seine Idee von zwei Museen der deutsch-polnischen Beziehungen zu sprechen, eines in Warschau und eines in Berlin. Und wir waren uns einig, dass die Ausstellungen in diesen Museen dem Konzept des Warschauer Museums der polnischen Juden folgen könnten. Denn im „Polin“ — so heißt dieses Museum, wie Sie wissen — wird die ganze Geschichte der Juden in Polen gezeigt, nicht nur die der Pogrome und des Holocaust. Ebenso müsste es auch gelten, die deutsch-polnische tausendjährige Geschichte zu zeigen.

Wäre es nicht schön, wenn die Jugend der beiden Länder, aber auch die Jugend der ganzen Welt, erfahren könnte, wie viel Gutes zwischen den beiden Völkern geschehen ist? Ich als Posener erinnere mich z.B. an die Geschichte der Einwanderung der sog. Bambrzy (bzw. Bambrzy), d.h. der Menschen aus Niederbayern, vor allem aus Bamberg (daher ihr polnischer Name), die im 17. Jahrhundert als ausgezeichnete Handwerker und Bauern nach Posen und in die Region Großpolen eingeladen wurden, um mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten die Entwicklung der maroden Wirtschaft zu beschleunigen. Im Verlauf von 50 Jahren ließen sie sich freiwillig polonisieren, so faszinierend war für sie die damalige polnische Kultur und Sittlichkeit.

Was das letzte Jahrhundert angeht, so ist die Sache viel schwieriger. Deutsche, qua Preußen, waren an der Teilung Polens viel stärker und viel brutaler beteiligt als z.B. Österreich. Es folgten die Germanisierung der polnischen Bevölkerung und eine massive Ansiedlung von Deutschen in den neu gewonnenen Gebieten. Dadurch lebten z.B. in Posen, wie ich einmal gelesen habe, gegen Ende des Ersten Weltkriegs, also zum Zeitpunkt der Entstehung des polnischen Staates im November 1918, ca. 35 Prozent Deutsche. In einer genuin polnischen Stadt, einer Stadt, in der die Geschichte der polnischen Staatlichkeit im 10. Jahrhundert begonnen hatte!!!

In meinen Augen, und ich bin zwar kein Geschichtswissen-

schaftler, aber doch ein Philosophiehistoriker, sind mehr als die Hälfte der letzten hundert Jahre der deutschen Polenpolitik eine Katastrophe gewesen. Eine Epoche, in der sich die deutsche Überheblichkeit in voller Hässlichkeit zeigte, deutsche Interessen immer im Vordergrund standen und deren Durchsetzung letztendlich die Existenz des jungen, ziemlich erfolgreichen polnischen Staates nach nur 21 Jahren beendete. Mit einer Brutalität, die unvorstellbar ist.

Der Zweite Weltkrieg, dies erfahre ich hier in Deutschland immer wieder, wird oft auf den Holocaust reduziert, als ob es Adolf Hitler ausschließlich oder hauptsächlich um die Ermordung der Juden Europas gegangen wäre. Die polnischen Opfer — und von ihnen gab es gleich nach dem Ausbruch des Krieges, schon im Winter 1939, Tausende — werden heute fast vergessen bzw. bagatellisiert, was die Diskussion über die Verbrechen der Wehrmacht und neulich über die Kriegsentschädigungen deutlich zeigt.

Polen war meines Erachtens der größte Verlierer des Zweiten Weltkriegs, auch wenn es nominell auf der Seite der Gewinner, der Sowjets und der Alliierten, stand. Deutschland, der große Verlierer, konnte u.a. durch den amerikanischen Marshall-Plan wieder auf die Beine gebracht werden. Ironie der Geschichte, könnte man sagen. Die Tatsache, dass Polen und die Bundesrepublik in zwei verschiedenen politischen Blocks untergebracht wurden, sowie die Verschiebung der polnischen Grenzen gen Westen, auf die noch vor kurzem deutschen Territorien, all dies und vieles mehr hat die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Krieg wieder verkompliziert. Wir hatten zwar den berühmt gewordenen Brief der polnischen Bischöfe, wir hatten den zum Mythos gewordenen Kniefall von Willy Brandt, aber erst die Entstehung der Solidarność-Bewegung und die klare Erklärung ihrer Anführer zu der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat unsere Beziehung auf ein neues Level gebracht.

Die Wende des Jahres 1989 ist in meinem Land nicht so verlaufen, wie es sich die meisten Polen gewünscht haben. Darunter leiden wir bis heute. Der mit großer Mühe ausgearbeitete Nachbarschaftsvertrag ist aus heutiger Sicht nicht völlig zufriedenstellend, ganz zu schweigen davon, dass er bis heute in einigen Punkten nicht verwirklicht wird. Wir bleiben aber im Gespräch, was nicht nur die neuesten Regierungskonsultationen in Warschau vor zwei Wochen gezeigt haben.

Das heutige Polen wird in Deutschland mit Respekt betrachtet. Man erwartet von uns Impulse, die helfen könnten, die offensichtliche und bedrohliche, man könnte sogar sagen: existenzielle Krise der Europäischen Union zu überwinden. Noch 2015 war Polen ein passiver Beobachter des europäischen Spektakels, 2018 sind wir ein willkommener, obwohl manchmal schwieriger Partner bei der Reform der Union und bei vielen neuen Projekten. Nennen wir nur eines: die Drei-Meere-Initiative, die anfänglich ausgelacht wurde, an der sich aber Deutschland jetzt gern beteiligen möchte.

Gänzlich zufrieden werden wir Polen aber erst dann sein, wenn — metaphorisch gesprochen — das Weimarer Dreieck zu dem wird, was es sein sollte. Das Format „Berlin-Paris-Warschau“ wird aber erst dann zur wirklichen Achse Europas werden, wenn wir miteinander nicht nur in Form von Deklarationen, sondern auf Augenhöhe sprechen werden. Denn jedes der drei Länder vertritt durch seine Größe sozusagen einen anderen europäischen Kulturkreis. Die heutige Tagung kann ein wichtiger Schritt in eine gute Richtung sein, wenn es den wissenschaftlichen Standards Genüge tut.

Zum Abschluss meiner kurzen Ansprache möchte ich daher den Veranstaltern zu der Tagungsidee herzlich gratulieren. Zum 100. Jubiläum der Wiedererlangung der Unabhängigkeit durch Polen eine Konferenz über „Hundert Jahre der deutsche Polen-

Politik“, d.h. von 1918 bis heute, zu wagen, zeugt von Mut und Zuversicht.

Ich wünsche der Tagung einen guten und ergebnisreichen Verlauf. Und uns allen wünsche ich viele neue Erkenntnisse, die unser Wissen bereichern werden.

## **Ansprache zum Nationalfeiertag Polens\***

Exzellenzen, liebe Parlamentarier, sehr geehrte Staats- und Landesbeamten, sehr geehrter Dr. Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland,

Vertreter des Bundestags und des Bundesrats, liebe Sarah Singer, Präsidentin des Jüdischen Nationalfonds, werte Herren Kotthaus und von Straussenburg vom Auswärtigen Amt, werte Herren Abraham und Baur vom Bundeskanzleramt, liebe Gäste, liebe Freunde Polens, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Nationalfeiertage in Europa werden in diesem Jahr sehr oft zum Anlass genommen, an die Gründungen vieler Staaten dieses Kontinents nach dem Ersten Weltkrieg zu erinnern. Viele europäische Staaten sind infolge des Zerfalls der drei großen Imperien — des preußischen, des russischen und des österreichischen — entstanden. Auch für Polen war das Jahr 1918 von großer Bedeutung. Zwar ist der polnische Staat in diesem Jahr nicht entstanden, denn ihn gibt es seit über tausend Jahren, Polen erlangte aber 1918 seine Unabhängigkeit wieder, nachdem es 123 Jahre lang unter den obengenannten Mächten aufgeteilt

---

\* Gehalten in Berlin am 3. Mai 2018, zur Erinnerung an die erste Grundverfassung Europas.

gewesen war. Dieses Ereignis wird in Polen jedes Jahr gefeiert, aber nicht im Mai, sondern im November.

Denn Polen hat zwei Nationalfeiertage: den 11. November — den Tag, an dem Józef Pilsudski in Warschau aus dem Berliner Zug ausgestiegen war, und den 3. Mai — jenen Tag, an dem kurz vor den gerade erwähnten Teilungen Polens vom polnischen Parlament, aus dem Litauischen als „Sejm“ bezeichnet, die europaweit erste Verfassung durch- und festgesetzt wurde. Es war eine Verfassung, die von der Adelsrepublik für das Weiterbestehen und die Stärkung dieser Republik konzipiert wurde. Leider war es zu spät, um den geschwächten Staat, einst einer der größten in der Welt, vom Überfall durch die absolutistischen Imperien zu retten. Wir waren, sozusagen, eine Demokratie *avant le lettre*. Die Verfassung war aber politisch und juristisch gesehen eine große Errungenschaft, und zwar nicht nur Polens, sondern des europäischen Geistes als solchen. Denn sie garantierte Rechtsstaatlichkeit, Gleichheiten und Freiheiten, die das damalige Europa noch nicht kannte.

Diese Tatsache ist auch heute nicht ohne Bedeutung, denn Polen wird oft als eine „junge Demokratie“ betrachtet, der viele vermeintliche Fehler passieren würden und der man deshalb „mit gutem Rat“ helfen müsse. Insbesondere nach der Bildung der neuen Regierung im Jahre 2015 ist dies oft der Fall gewesen. Und eben diese Regierung versucht aber nichts anderes, als die Botschaft und das Erbe der „Solidarność“-Bewegung zu erneuern und die „Solidarność“-Revolution zu Ende zu bringen. In diesem Kreis brauche ich sicherlich nicht dafür zu argumentieren, dass es ohne die „Solidarność“-Bewegung den berühmten und symbolisch gemeinten Mauerfall gar nicht gegeben hätte. Erfreulicherweise betonen es bedeutende, maßgebliche deutsche Politiker immer wieder, was uns sehr freut und die deutsch-polnische Verständigung, vielleicht sogar Freundschaft, deutlich

stärkt. Es gibt aber auch Entgegengesetztes: Manchmal werden wir einer unberechtigten, übertriebenen Kritik ausgesetzt.

Wegen ebendieser Geschichte, für die die Verfassung vom 3. Mai maßgeblich ist, tut es uns Polen weh, Vorwürfe der Verletzung von Werten wie Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, die das axiologische Gerüst der EU bilden, zu hören. Und deshalb freuen wir uns auf die Worte eines klugen und erfahrenen deutschen Politikers wie Wolfgang Schäuble, die ungefähr bedeuten: Wegen seiner einmaligen — demokratischen und freiheitlichen — Geschichte braucht Polen in Bezug auf gerade diese Werte von niemandem belehrt zu werden.

Langsam begreifen auch Beamte der Europäischen Kommission, wodurch die legitimen Ansprüche der polnischen Bevölkerung in Erfüllung gehen können, nach ihrer eigenen Sittlichkeit und im Einklang mit den europäischen — formalen und daher deutungsbedürftigen— Vertragswerten leben zu dürfen.

Polen ist eins der Kernländer Europas. Auch wenn Polen es nicht wollen würde, repräsentiert es viele neue Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Deshalb muss seine Stimme gehört werden, wenn die EU nicht zerfallen will. Die direkt nach der Pariser Reise erfolgten Besuche der Bundeskanzlerin Angela Merkel und des neuen Bundesaußenministers Heiko Maas in Warschau haben gezeigt, dass Deutschland, zweifellos der Antriebsmotor der EU, dies sehr genau versteht.

Die Beziehungen zu Deutschland, unserem wichtigsten europäischen Partner und zugleich Nachbarn, sind so gut wie nie in unserer Geschichte, vor allem in Bereichen der Wirtschaft und der Sicherheit. Deutschland ist — und wird es bleiben — der wichtigste Wirtschaftspartner Polens, für Deutschland ist Polen Partner Nr.7. Als Visegrád-Gruppe — d.h. zusammen mit Ungarn, Tschechien und der Slowakei — sind wir für die Bundesrepublik sogar Partner Nr. 1. Die Berichte über die Zusammenarbeit der deutschen und der polnischen Soldaten, Polizisten,

Zollbeamten, die ich jede Woche lese, stimmen mich sehr optimistisch. Auch das Verständnis der gegenwärtigen politischen Situation — politisch im weitesten Sinne des Wortes — in jedem der beiden Länder seitens des Nachbarn wird immer besser. Das Prinzip „Verständnis statt Überheblichkeit“ fängt an zu wirken.

Die Achse „Paris—Berlin—Warschau“, die als das sog. Weimarer Dreieck bezeichnet wird, soll, den Aussagen der Politiker aller drei in Frage kommenden Länder zufolge, in den nächsten Monaten belebt werden, zum Wohl ganz Europas, wie ich meine. Polen hat inzwischen andere Formate der europäischen Zusammenarbeit vorgeschlagen, die zum Wohlstand, zur Sicherheit und zur Stabilität Europas beitragen können. Ich erwähne nur eins davon, die sog. Drei-Meere-Initiative, d.h. ein Versuch der wirtschaftlichen Belebung der östlichen EU-Achse „Baltikum — Visegrád-Länder — Balkan“ durch den Aufbau moderner Verkehrswege zwischen der Ostsee, der Adria und dem Schwarzen Meer.

Ich danke Ihnen allen noch einmal für die Ehre, die Sie uns mit Ihrem Kommen erweisen, und lade Sie schon jetzt herzlich am 23. Oktober in das Konzerthaus Berlin ein, wo wir zusammen mit den beiden — dem deutschen und dem polnischen — Staatspräsidenten unseren zweiten Nationalfeiertag feiern werden: die eingangs erwähnte Wiederentstehung Polens nach dem Ersten Weltkrieg.

## **Rede in Kiel anlässlich des 80. Jahrestags des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs\***

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, sehr geehrte Damen und Herren,

meine kurze Rede möchte ich mit Danksagungen beginnen. Vielen Dank dafür, dass Sie mich, den polnischen Botschafter, zu Ihrer Gedenkfeier anlässlich des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges — des schrecklichsten Krieges in der Menschheitsgeschichte — in den Kieler Landtag eingeladen haben. Es sei betont, dass Schleswig-Holstein als einziges Bundesland die Bedeutung des sich zum 80. Mal jährenden Beginns dieses grausamen Krieges begreift und den Jahrestag würdig begehen will. Ihnen gilt mein Respekt.

Für Polen stellte der Zweite Weltkrieg die schrecklichste Erfahrung in der gesamten Geschichte der polnischen Nation dar. Unser Land hat infolge des Krieges ein Sechstel seiner Bevölkerung und weite Gebiete verloren. Die Eliten wurden dezimiert und konnten sich von diesem Aderlass bis heute nicht vollständig erholen. Die Grenzverschiebung nach Westen, d.h. die Übergabe ehemaliger deutscher Gebiete an Polen, war entgegen den in

---

\* Gehalten in Kiel in dem Landtag Schleswig-Holsteins am 1. September 2019.

Deutschland weitverbreiteten Meinungen nicht imstande, die im Osten erlittenen Verluste auszugleichen, denn Polen verlor dort mit der polnischen Kultur und Staatlichkeit seine von jeher bedeutenden Kerngebiete. Dabei sei zum Beispiel an Polens beste Universitäten in Wilna und Lemberg erinnert.

Obwohl wir glücklicherweise keine sowjetische Republik geworden waren, geriet das Land für 60 Jahre unter den Einfluss der Sowjetunion. Dies führte nicht allein dazu, dass Polen wirtschaftlich stagnierte und allmählich den Anschluss an die gesellschaftlich-technische Entwicklung Westeuropas verlor, sondern auch in zivilisatorische und kulturelle Rückschrittlichkeit, um nicht sogar zu sagen: zum moralischen Verfall. Die Folgen dieses Verfalls sind bis zum heutigen Tag spürbar — man sieht sie allein an der Tatsache, dass bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 30 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ehemalige Parteifunktionäre des kommunistischen Regimes gewählt werden: die Herren Cimoszewicz, Miller und andere. Das zeugt von dem Ausmaß des moralischen Chaos, das aufgrund nicht aufgearbeiteter Verbrechen des kommunistischen Systems, darunter der damaligen Justiz, entstand.

Aber zurück zu dem Ereignis, das uns heute und hier veranlasst zusammenzukommen — zu dem Zweiten Weltkrieg. Obgleich ich mich nicht berufen fühle, einen Vortrag zu diesem Thema zu halten, möchte ich auf einige Fragestellungen hinweisen, die in Deutschland, in Westeuropa und in Nordamerika in der Regel übergangen werden. Als erstes: Die westeuropäische Öffentlichkeit (sehen wir einmal von den Historikern ab) nimmt den Zweiten Weltkrieg sehr oft mit Blick auf den Holocaust oder den deutsch-sowjetischen Krieg wahr. Der Überfall Deutschlands auf Polen wird als Blitzkrieg bezeichnet und als belangloser Auftakt zu dem eigentlichen Krieg an allen Fronten interpretiert.

Die Wahrheit ist allerdings komplexer.

Als am 1. September 1939 Deutschland Polen überfiel, gab

es bei der polnischen Armeeführung keinen Zweifel über die Überlegenheit der nazistischen Truppen. Der Verteidigungskrieg verfolgte nicht das Ziel, die Deutschen zurückzudrängen, sondern sie aufzuhalten und bis zur Kriegserklärung durch Frankreich und Großbritannien Widerstand zu leisten, denn eine solche war aufgrund der zwischen den drei Ländern geltenden Abkommen zu erwarten.

Großbritannien und Frankreich stellten den Deutschen am 3. September 1939 ein Ultimatum und forderten einen sofortigen Rückzug aus dem polnischen Staatsgebiet und aus der Freien Stadt Danzig. Den nächsten Schritt unserer westlichen Verbündeten stellte die Kriegserklärung an das Dritte Reich dar. In Polen nahm man diese mit Begeisterung auf. Die Alliierten hätten innerhalb von zwei Wochen nach der Kriegserklärung die deutschen Truppen angreifen müssen. Dies geschah jedoch nicht, obwohl die Engländer und die Franzosen den Deutschen an der westlichen Front eindeutig überlegen waren. (110 alliierte Verbände standen gerade 23 deutschen gegenüber!) Warum nahmen sie den Kampf nicht auf, der aller Wahrscheinlichkeit nach dem Krieg ein schnelles Ende gesetzt hätte?

Die Antwort auf diese Frage ist in der idyllischen Ortschaft Abbeville zu finden, wo sich am 12. September, d.h. 5 Tage vor dem vertraglich festgesetzten Termin des angekündigten Angriffs der Alliierten auf Deutschland, Vertreter des Obersten Kriegsrates Frankreichs und Großbritanniens trafen. Im Beisein der Regierungschefs Neville Chamberlain und Edouard Daladier wurde der empörende Verzicht auf Polen versprochene Kriegshandlungen an der westlichen Front und auf britische Luftangriffe auf Deutschland beschlossen.

Der Beschluss von Abbeville ließ nicht allein Deutschland freie Hand — er bewegte darüber hinaus den unentschlossenen Josef Stalin dazu, seine Rote Armee gegen Polen zu schicken. Statt der französischen Offensive erlebte Polen am 17. Septem-

ber 1939 den sowjetischen Angriff auf die östlichen Grenzgebiete. Diesem doppelten Überfall konnten die polnischen Truppen, die sich gerade in den grenznahen Regionen sammelten, nicht die Stirn bieten.

Auf Abbeville folgte ein „seltsamer Krieg“, der in seliger Untätigkeit der französischen und der deutschen Truppen an der Westgrenze des Dritten Reiches bestand. Diese merkwürdige Situation dauerte bis zum Frühling 1940 an, als sich die deutschen Kräfte nach der Niederschlagung Polens mehrheitlich an der Westgrenze sammeln und die Franzosen schnell überwältigen konnten.

Eine andere Perspektive, die in der Öffentlichkeit sogar präsenter ist, besteht in der Fokussierung auf den Holocaust. Der Holocaust ist ohne Zweifel ein beispielloses Ereignis der Menschheitsgeschichte, unabhängig davon, dass ethnisch motivierte Massenmorde bereits vorher verzeichnet wurden. So sei an den durch die Türken verübten Völkermord an den Armeniern erinnert, dessen der Deutsche Bundestag vor Kurzem gedachte. Es gibt jedoch kaum überzeugende Argumente zur Unterstützung der Behauptung, Hitlers Hauptziel im Zweiten Weltkrieg habe in der Auslöschung der Juden bestanden. Sein Ziel war die Eroberung von etwas, was „Lebensraum“ genannt wurde — von weiten Gebieten, auf denen sich der „deutsche Übermensch“ hätte frei verwirklichen können, um der Welt sein „Zivilisationspotential“ zu beweisen. Im Zusammenhang mit diesem Hauptziel wurde die Zerstörung von Städten und Dörfern geplant, und die Slawen sollten zu für deutsche Herren arbeitenden Sklaven degradiert werden. Die Angriffe auf Polinnen und Polen bedeuteten den ersten Schritt bei der Verwirklichung eines solchen neuartigen Plans.

Die ersten Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges waren daher, bereits im Oktober 1939, eben Polinnen und Polen aus Poznań, aus Großpolen und Pommern, die in die östlichen pol-

nischen Gebiete deportiert oder grausam ermordet wurden. Das letztere, die Ermordung, wurde das Schicksal der polnischen Intellektuellen in dieser urpolnischen Region: Wissenschaftler, Künstler, Geistliche, Politiker, großpolnische Aufständische von 1918–1919. Bei ihrer Auslöschung wurde systematisch vorgegangen — anhand von Listen, die mit Unterstützung der von den Polen so gastfreundlich aufgenommenen deutschen Bevölkerung dieser Region bereits vor dem Krieg angefertigt wurden. Es lohnt der Hinweis, dass dies alles drei Jahre vor der Entstehung des Vernichtungslagers Auschwitz geschah. Die ersten Todesopfer in Auschwitz waren, selbst noch einige Monate nach der Gründung des Lagers, Menschen polnischer Nationalität, was die Welt vergessen hat.

An dieser Stelle will ich in aller Kürze an etwas erinnern, wovon ich Jahr für Jahr spreche — und zwar zweimal, am 1. September und am 8. Mai. Gemeint sind die Resultate des Krieges, der die Welt insgesamt über 50 Millionen Tote und über 100 Millionen Verwundete kostete. In Polen waren es ca. sechs Millionen. Hinzu kam der Siegeszug des Kommunismus, der viele Länder für lange Zeit in ihrer Entwicklung hemmte. Polen wurde beraubt und zerstört, seine Hauptstadt vernichtet und erst im Laufe langjähriger Bemühungen wiederaufgebaut; Intellektuelle wurden ermordet, Volksmassen umgesiedelt.

Dieser Aufzählung füge ich häufig den Satz hinzu: Polen hat im Zweiten Weltkrieg die größten Opfer erlitten. Die öffentliche Meinung konzentriert sich auf die Juden, welche dem Versuch einer totalen Auslöschung ausgesetzt wurden. Einem zum Glück misslungenen Versuch. Einem Versuch, aus dem die Siegermächte einiges über den Europa und Amerika belastenden Antisemitismus gelernt haben. Dank dieser Lektion willigten sie in die Entstehung des Staates Israel als Repräsentant und Beschützer der jüdischen Nation ein, der eine gewisse Garantie bedeutet, dass sich der Holocaust nie wiederholen wird. Es ist ein Staat,

der eine nicht zuletzt finanzielle Unterstützung seitens des Westens, aber in großem Maße auch Polens, erfährt.

Ich habe die von der Botschaft, die ich leite, jährlich am 1. September und am 8. Mai veranstalteten Gedenkfeierlichkeiten erwähnt. Sie finden auf dem britischen Friedhof in Berlin statt, wo einige Hunderte alliierte Soldaten bestattet wurden, darunter 5 polnische Flieger der RAF, die über Berlin abgeschossen worden waren. Wie Sie sich denken können, handelt es sich dabei um einen Ersatzort, weil Deutschland bis jetzt noch kein Denkmal für die polnischen Opfer des Nationalsozialismus errichtet hat.

Meine Ansprachen auf dem Friedhof schließe ich mit einer Anknüpfung an den naheliegenden Spruch: „Nie wieder Krieg!“ In meinem Mund bedeutet er allerdings nie einen Aufruf zum Pazifismus, denn jede von einer fremden Macht überfallene Nation ist zum Verteidigungskrieg verpflichtet. Der Krieg zwischen Polen und Deutschland im Jahr 1939 war ein solcher Krieg. Die Worte „Nie wieder Krieg!“ richten sich an die potentiellen Angreifer, die es nach den Erfahrungen des Zweiten, aber auch des Ersten Weltkriegs nie mehr wagen sollten, einen anderen Staat zu überfallen. Es gibt für Länder und Nationen viele andere Methoden der Konfliktlösung. Konflikte wird es immer geben, denn so ist die Natur des Menschen und auch das Wesen der Rivalität zwischen Ländern und Nationen. Damit derartige Konflikte friedlich gelöst werden, müssen aggressive Überfälle von der internationalen Öffentlichkeit eindeutig verurteilt werden. Nicht allein mit Worten, sondern mit entsprechenden Sanktionen. Schmerzlichen Sanktionen. Sehen wir solche Sanktionen nach dem russischen Überfall auf Georgien, nach dem Anschluss Ossetiens und Abchasiens oder der Krim, nach dem Angriff auf Donbass? Diese Frage lasse ich unbeantwortet.

Polen hatte im September 1939 allen Grund dazu, sich der Übermacht des Dritten Reiches zu widersetzen: Es hatte Soldaten, die ihre Tapferkeit später an vielen Fronten des Krieges

gezeigt haben, Unterstützung in der Bevölkerung und die Abkommen mit Frankreich und mit Großbritannien. Während des Kriegs stand der Exilregierung Polens eine Untergrundarmee zur Verfügung, die über 300.000 Soldaten zählte. Unter dem sowjetischen Kommando haben die Polen u.a. Berlin erobert, im Westen und im Süden kämpften sie erfolgreich u.a. bei Monte Cassino, Tobruk oder Arnheim. Wir durften hoffen, dass nach dem Sieg über Hitler unser Staat in seiner Vorkriegsgestalt wieder entstehen würde. Das Schicksal — oder nennen wir es beim Wort: die Bequemlichkeit und Feigheit des Westens — wollte es anders.

Wie „hoch“ der polnische Beitrag zur Besiegung des Dritten Reiches von unseren „Verbündeten“ geschätzt wurde, gehört zu den traurigsten Kapiteln des Zweiten Weltkrieges. Polen wurde der Sowjetunion unterworfen, wodurch Tausende Soldaten der Heimatarmee und der nationalen Streitkräfte ums Leben kamen. Polnische Flieger, die um London gekämpft hatten, die Besten der Besten, was die Anzahl der Treffer belegte, ließen die Briten auf Wunsch Stalins nicht an der Londoner Siegesparade teilnehmen. Sie mussten auf dem Bürgersteig stehen und zuschauen. Die Panzerdivision von General Maczek, die bei der Kesselschlacht von Falaise die doppelt so starken deutschen Panzertruppen besiegte (vor einigen Tagen berichtete darüber die deutsche Presse) und danach die Niederlande befreite, stationierte danach in der Stadt Haren, die dadurch für zwei Jahre zur einzigen wirklich freien Enklave des polnischen Staates wurde. Ihre Namensänderung in Lwów, d.h. Lemberg, konnte Stalin noch verhindern und den Soldaten wurde die Rückkehr in die Heimat befohlen, die mit Repressionen verbunden war. Dieser Verrat an ihrem treuesten Verbündeten bleibt seitens der Alliierten bis heute ungeklärt. Deshalb wird er tunlichst mit Schweigen belegt.

Infolge des Krieges ist ein neues, demokratisches Deutschland entstanden, wenigstens im westlichen Teil des Landes. Und

uns Polen blieb nichts anderes übrig, als uns durch Verstehen, Verständigung, Annäherung und Versöhnung mit der neuen Situation zu arrangieren. Dies geschieht seit fast 50 Jahren, nicht ohne Erfolge. Die Ergebnisse sind nicht immer zufriedenstellend, man spricht manchmal sogar vom Verständigungskitsch. Es gibt aber viele Gegenbeispiele — nehmen wir die Teilnahme des deutschen Außenministers Heiko Maas an der Gedenkfeier in Warschau anlässlich des Ausbruchs des Warschauer Aufstandes und seine herrliche Rede im Museum des Warschauer Aufstandes am 1. August dieses Jahres. Er sprach nicht mehr von „den Nazis“, sondern von den Deutschen: von der deutschen Schuld und der deutschen Verantwortung. Und betonte die Notwendigkeit, ein „polnisches Denkmal“ in Berlin zu errichten.

Dieser Aspekt der deutsch-polnischen Beziehungen lässt sich verallgemeinern. Denn das Vertrauen zwischen den Völkern bleibt nach wie vor eine wichtige Aufgabe. Und nur dieses Vertrauen kann uns einen dauerhaften Frieden garantieren. Für Polen und Deutschland erwuchs aus der Befreiung der Welt von der Barbarei des Nationalsozialismus und des Faschismus eine historische Aufgabe: Die beiden Nationen mussten einen neuen Weg zueinander, in eine gemeinsame Zukunft finden. Die Zukunftsorientierung darf aber nicht heißen, dass die Vergangenheit vergessen wird. Ganz im Gegenteil — nur diejenigen, die ihre Herkunft kennen, können die Zukunft verantwortungsvoll und gewissenhaft gestalten. Das Gedenken an die Opfer des Kriegs bleibt ein wesentlicher Teil unserer Identität und unserer Bildung. An dieser Stelle möchte ich an die Bildungsinstitutionen Deutschlands appellieren: Das Gedenken an das, was während des Zweiten Weltkriegs in meinem Land geschehen ist, muss in Deutschland zum wesentlichen Bestandteil der historischen Bildung der ganzen Nation werden und sollte nicht nur Auserwählten vorenthalten bleiben.

## **Grußwort anlässlich des 1000. Jahrestags des Friedens zu Bautzen\***

Sehr geehrter Ministerialrat Koch, sehr geehrter Oberbürgermeister Ahrens, sehr geehrter Prof. Mühle, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich danke für die Einladung zu dieser interessanten Veranstaltung. Ich habe sie gern angenommen, denn sie dokumentiert und feiert ein wichtiges Ereignis in der deutsch-polnischen Geschichte. Und es war, bekanntlich, eine sehr schwierige Geschichte. Eine Geschichte, in der die Nachbarn sehr oft zu Feinden wurden. Und ich meine nicht nur die Beteiligung Preußens an den Teilungen Polens im 18. Jahrhundert, infolge deren mein Land von der Landkarte Europas verschwand, oder den Überfall auf Polen, der den Anfang des Zweiten Weltkriegs bedeutete.

Geographisch auf sich angewiesen, begannen die Germanen die polnischen Slawen gleich nach der Entstehung eines ersten unabhängigen Staates herauszufordern. Und *vice versa*. Sobald die Macht des Piasten-Geschlechts gewachsen war, begann es zu expandieren. Normale Zustände, insbesondere zu jener Zeit. Sie brachten immer Opfer mit sich, trugen aber auch zur Stabilisierung der staatlichen Institutionen bei. Und damit ist nicht nur der Staat als solcher gemeint.

Die Freundschaft zwischen den Völkern war damals ein selte-

---

\* Gehalten in Bautzen am 30. Januar 2018.

ner Vogel. Kämpfe gab es auch zwischen Ländern, deren Könige bzw. Herrscher miteinander verwandt waren. Die menschlichen und die materiellen Verluste sowie die allgemeine Erschöpfung führten aber dazu, dass ab und zu Frieden geschlossen wurde, um ein normales Leben zu ermöglichen. Damit die Menschen Kinder gebären, wirtschaften, sich bilden, geistige Tätigkeiten ausüben konnten. Sobald aber ein Zustand erreicht wurde, der eine Hoffnung auf Eroberung neuer Territorien oder auf Ergattern neuer Güter schuf, begann man wieder an einen Krieg zu denken. So war es auch vor ca. 1.000 Jahren, als die ständigen Kämpfe zwischen dem polnischen König Bolesław I. (Chrobry) und den Truppen des Kaisers Heinrich II. am 30. Januar 1018 auf der Ortenburg zu Bautzen mit einem Frieden unterbrochen wurden. Dieser Frieden beendete die seit 15 Jahren geführten Kriege und zugleich das Bündnis, das Heinrich II. ebenfalls 15 Jahre davor mit den heidnischen Liutizen geschlossen hatte. Er bedeutete die Rückkehr zu einer gemeinsamen, gegen das Byzantinisch-Oströmische Reich gerichteten Politik. Einer Politik, deren Grundlage das vom römisch-deutschen Kaiser Otto III. erarbeitete Konzept der *Restauratio Imperii Romanorum*, der Wiederherstellung alter Besitzungen des (West-)Römischen Reiches bildete.

Aus Enzyklopädien kann man sogar erfahren, wer als Unterhändler des Reiches fungierte: Erzbischof Gero von Magdeburg, Bischof Arnulf von Halberstadt, Markgraf Hermann I. von Meißen, Graf Dietrich und der kaiserliche Kämmerer Friedrich. Nachlesen kann man ebenfalls, dass von den beiden Vertragsparteien als Garantie der Treue Geiseln abgegeben wurden. Bolesław I. Chrobry behielt bis 1031 lehnsfrei die strittigen Mark Lausitz und das Land der Milzener im Gebiet der heutigen Oberlausitz. Zudem knüpfte er dynastische Bande mit den Ekkehardinern, indem er am 3. Februar 1018 — also direkt nach dem

Friedensschluss –Oda, die jüngste Tochter des Markgrafen von Meißen Ekkehard I., heiratete.

Dank dieser Friedensschließung durfte Boleslaw seine Ambitionen gen Osten richten. Im Sommer 1018 gewann er, unterstützt durch deutsche und ungarische Hilfstruppen, für kurze Zeit die Herrschaft über Kiew, das Zentrum der Kiewer Rus. Von dort aus – also vom Norden – drohte er, als Partner des deutsch-römischen Reiches, dem byzantinischen Kaiser Basileios II., der wiederum mit Kaiser Heinrich II. im Streit um den Besitz Süditaliens lag. Näheres erfahren wir im Vortrag von Prof. Mühle, der nach mir sprechen wird.

Nun, wir leben jetzt im 21. Jahrhundert, in einem Europa, in dem die Institution der Europäischen Union den Ton angibt. Kriege zwischen den EU-Ländern scheinen kaum vorstellbar zu sein. Dies gilt aber nicht für die ganze Welt. Ja, es gilt nicht mehr für ganz Europa, was die Besetzung der Krim durch Russland deutlich unter Beweis stellt. Desto wichtiger ist es, in wissenschaftlichen, publizistischen oder kulturellen Veranstaltungen die positive Rolle des Friedens und die katastrophalen Folgen der Kriege, vor allem der gegenwärtigen und künftigen Kriege, zu betonen.

Daher möchte ich mich herzlich bei den Ideengebern der ganzen Veranstaltungsreihe, nicht nur dieser einen Veranstaltung, bedanken. Es freut mich sehr, dass sie auch Möglichkeiten einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den angrenzenden Regionen um Bautzen herum schafft: in Deutschland, in Polen und in Tschechien. Und darüber hinaus, denn ich sehe, dass sich verschiedene Institutionen der Stadt Heidelberg an diesen Veranstaltungen beteiligen: die Stadtverwaltung, die Universität, die Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft, der Stadtjugendring. Heidelberg – eine wunderschöne Stadt, in der ich 2 Jahre meines Lebens verbrachte – liegt mir sehr am Herzen. Es ist sehr schön, dass unter anderem die Zu-

sammenarbeit mit Jelenia Góra die Heidelberger nach Bautzen geführt hat. Auch Frankreich ist dabei, ich gratuliere.

## **Ansprache bei der Festveranstaltung der Deutsch- Polnischen Gesellschaft Göttingen\*,**

Sehr verehrte Frau Süßmuth, sehr geehrter Herr Köhler, Oberbürgermeister von Göttingen,  
sehr geehrter Herr Nietan, sehr geehrter Herr Adam, Vorsitzender der DPG Göttingen,  
sehr verehrte Frau Burdziej, Vorsitzende der PDG in Toruń,  
liebe Versammelte,

Viele von Ihnen assoziieren mich vielleicht mit dem inzwischen berühmt gewordenen, aus dem Kontext gerissenen Satz meiner Rede im Berliner Auswärtigen Amt, wo ich anlässlich einer historischen Tagung über das letzte Jahrhundert der deutschen Polen-Politik gesagt habe, sie sei eine Katastrophe gewesen. Und einige von Ihnen haben vielleicht Angst, dass ich dies hier fortsetzen werde. Nichts desgleichen. Erstens: Ich meinte selbstverständlich nicht, dass das ganze Jahrhundert so katastrophal war — ich meinte nur seinen überwiegenden Teil, bis zu den frühen 1980er Jahren. Leider bekam ich im Auswärtigen Amt kein Mikrofon mehr in die Hand, um dies zu präzisieren. Und zweitens sollten wir uns hier und heute nur auf die letzten 40 Jahre der deutsch-polnischen Beziehungen besinnen. Und die waren entschieden

---

\* Gehalten am 3. Februar 2019 in der Historischen Halle des Alten Rathauses in Göttingen, anlässlich des 40-jährigen Bestehens der DPG.

besser als die Jahre nach der Wiedererscheinung Polens auf der europäischen Landkarte infolge des Ersten Weltkrieges.

Über jene 40 Jahre werden wir in ein paar Minuten einen Vortrag von Dr. Peter-Oliver Loew hören. Ich will ihm das Thema nicht wegnehmen und bin selbst interessiert, zu welchen Schlussfolgerungen er kommt. Eine wirkliche Veränderung erfolgte aber, meines Erachtens, nicht vor 40, sondern vor 30 Jahren, als in Polen die erste nichtkommunistische Regierung entstand. Die 10 Jahre davor könnte man vielleicht als eine Vorbereitung auf diese grundsätzliche Wende in den deutsch-polnischen Beziehungen betrachten. Eine Wende, zu der nicht nur der berühmte Brief der polnischen Bischöfe oder der Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos, sondern auch die Entstehung der Partnerschaften zwischen polnischen und deutschen Städten und die Entstehung der Deutsch-Polnischen-Gesellschaften einen großen Beitrag leisteten. In diesem Kontext sind auch die Aktivitäten der DPG Göttingen zu würdigen und ich danke ihr ausdrücklich für alles, was sie für die Annäherung zwischen den Polen und den Deutschen leistete.

Was Polen nie vergessen wird, sind Sympathiebekundungen einfacher Bürger (nicht unbedingt der damaligen Regierung) Deutschlands mit der Solidarność-Bewegung, tausende „gelbe Pakete“, die Lebensmittel, Medikamente und Kleider enthielten. Noch weniger wird das deutsche Engagement vergessen, das Polen half, zuerst der Nato und dann der EU beizutreten. Die BRD war ohne Zweifel unser wichtigster Anwalt auf dem Weg zurück in den zivilisierten Teil Europas. Und ich hoffe, dass wir die in uns damals gesetzten Hoffnungen nicht enttäuschten.

Über diese für die ganze Welt wichtige Periode werden wir, wie gesagt, in wenigen Minuten einen kompetenten Vortrag hören. Daher möchte ich mich jetzt in wenigen Sätzen darauf konzentrieren, was unsere jetzigen Beziehungen ein wenig verkompliziert. Ich tue es nicht nur als Botschafter Polens in Deutsch-

land, sondern auch und vor allem als damaliger Anhänger der Solidarność-Bewegung und als heutiges Mitglied der Gewerkschaft Solidarność. Ich sage es, um meine These zu verdeutlichen: Was zurzeit in meinem Land geschieht, ist die Vollendung der Solidarność-Revolution.

Auf viele von Ihnen wirkt diese These vielleicht verblüffend oder gar irritierend. Schauen wir aber auf die dauerhafte Unterstützung der Regierungsaktivitäten durch die Mehrheit der polnischen Bevölkerung. Trotz des inakzeptablen Verhaltens der sog. Totalen Opposition, trotz der merkwürdigen, ich würde sogar sagen: rechtswidrigen Handlungen der Europäischen Kommission, trotz ständiger Attacken vonseiten der Medien, vor allem der polnischen und der deutschen, hält sich die Unterstützung dieser Regierung auf dem Niveau von etwa 40%, und zwar drei Jahre nach dem Regierungsantritt, als in Europa normalerweise jede Parteienkonstellation die Wählerschaft eher ermüdet als begeistert.

Viele Deutsche können es nicht verstehen. Vor allem wenn sie ihren eigenen Medien vertrauen, die über die polnischen Reformen kaum etwas Positives berichten. Den Tatsachen zum Trotz soll es dort gelten: Polen sei in den letzten 3 Jahren vormodern geworden, nationalistisch, erzkatholisch, populistisch. Diese Bezeichnungen stimmen aber, meine Damen und Herren, ganz und gar nicht: Polen ist demokratisch geblieben und republikanisch geworden. D.h. es regieren in Polen Politiker, die die Politik nicht als Mittel zur Erlangung von Ruf, Position und Geld, sondern als Dienst am Wohl der ganzen Bevölkerung betrachten. Der ganzen Bevölkerung und nicht nur selbsternannter Eliten. Deshalb werden sie von einfachen Menschen sehr geschätzt, oft sogar geliebt. Was sie in diesen drei Jahren geleistet haben, ist atemberaubend. Ich nenne nur wenige Beispiele:

Ich fange mit der Wirtschaft an: In den letzten drei Jahren erreichten wir den größten Aufschwung der Wirtschaft seit drei

Jahrzenten. Ein über fünfprozentiges Wachstum! Die Arbeitslosenquote ist auf dem niedrigsten Niveau seit der Wende (ca. 3%); die Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs gab der Regierung Mittel für teure soziale Programme. Die Löhne aller Arbeitnehmer wachsen ständig. Für die Unternehmer werden rechtliche Regulierungen durchgesetzt, die ihre Investitionen vereinfachen. Wir wagen größere Projekte, von denen unsere Vorgänger nicht einmal geträumt haben: z.B. die sog. Drei-Meere-Initiative, welche die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern an der östlichen Grenze der EU stärkt, oder einen großen Flughafen für 40 Mio. Passagiere bei Łódź, also im geographischen Zentrum Polens (und Europas). Das sind nur wenige Beispiele.

Hinzu kommt die Sorge um die Familien, das Fundament jeder gesunden Gesellschaft. Mit einer einzigen Reform, die den Namen „500+“ trägt, wurden 90% der bedürftigsten Familien aus der Armut geholt. Ihre Kinder durften zum ersten Mal in die Ferien fahren, finanzierten Nachhilfeunterricht bekommen, künstlerischen Hobbys nachgehen usw. Wir vermerken außerdem ein ständiges Wachstum der Bevölkerung — die Geburtenrate steigt. Denn Polinnen mögen Kinder und wollen sie haben, das Parlament und die Regierung müssen nur gute Bedingungen dafür schaffen. Eine Polin in Großbritannien hat durchschnittlich zumindest drei Kinder. Und Kinder sind eine Garantie, dass unsere Gesellschaft nicht zusammenbricht.

Als Nächstes wurde die Armee reformiert, die die vorgängigen Regierungen immer kleiner und schwächer gemacht hatten. Noch vor vier Jahren sagten viele polnische Generäle, dass im Falle eines Angriffs Russlands auf Polen die Russen in drei Tagen vor Warschau stehen würden. Heute ist das völlig ausgeschlossen. Ich brauche nicht zu betonen, dass die Erneuerung der polnischen Armee ganz Europa, auch Deutschland, stärkt.

Ähnlich positive Entwicklungen vollziehen sich bei der Polizei oder in dem Schulsystem. Ich will Sie, meine Damen und Herren,

mit keinen weiteren Einzelheiten langweilen. Ich wiederhole vielleicht nur die These, die ich vor drei Wochen an der Frankfurter University of Applied Sciences, den Gastgebern zum Trotz, vorgetragen habe: Auch der Pluralismus der polnischen Medien hat sich verbessert und kann heute als Vorbild für Europa dienen.

Die letzte Reform betrifft das Hochschulsystem, das veraltet und — als ehemaliger Akademiker würde ich mit voller Verantwortung sogar sagen — postkommunistisch war. Und es ist kaum zu bestreiten, dass wir in einer Zeit leben, in der die Wissenschaft eine immer größere Rolle für die Wirtschaft und die Gesellschaft spielt, und zwar als Mittel der technologischen Innovation, der Erneuerung des Lebens, der Anpassung der Gesellschaften an neue Herausforderungen.

Das Komplizierteste von allem ist vielleicht die Justizreform. Aus vielen Gründen, die ich hieraus Zeitmangel nicht erklären kann. Laut Statistiken gibt Polen im europäischen Vergleich das meiste Geld pro Kopf für seine Justiz aus, trotzdem haben wir eins der schlechtesten Justizsysteme — es ist ungerecht und ineffektiv. Ca. 80 % der Bevölkerung war und ist also dafür, dass es verändert werden muss. Und es wird verändert, beginnend mit der Reform der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Ernennung des Justizministers zum obersten Staatsanwalt, mit den Reformen im Verfassungsgerichtshof und im Obersten Gericht sowie im Landesjustizrat.

Polen geht es also gut, so gut wie nie zuvor in den letzten 30 Jahren. Dies muss von redlichen Menschen zur Kenntnis genommen werden. Und die Aufgabe von Organisationen wie der DPG ist es, diese Veränderungen zu verstehen und sie dem übrigen Teil der deutschen Gesellschaft zu erklären. Damit wir wirklich gute Nachbarn bleiben und einmal vielleicht auch Freunde werden können. Es ist für Sie eine neue Aufgabe, ich bin aber sicher, dass Sie diese bewältigen können. Und ich meine es nicht nur in Bezug auf die DGP Göttingen: Mein Appell gilt

allen Deutsch-Polnischen Gesellschaften in der Bundesrepublik  
Deutschland.

## **Grußwort zur Eröffnung des 5. Kongresses der Polenforschung\***

Magnifizenz Prof. Tietje, sehr geehrte Frau Professorin Kleinmann, verehrter Staatssekretär Ude, liebe Frau Süssmuth, liebe Cornelia Pieper,  
meine sehr verehrten Damen und Herren, Teilnehmer des Kongresses,

herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Kongress. Diese Veranstaltung ist ein guter Beweis dafür, dass das Alexander-Brückner-Zentrum für die deutsche wissenschaftliche Welt wichtig ist und zur Popularisierung des polnischen Gedankenguts beiträgt.

Ich gratuliere zur Wahl des Themas dieses Kongresses. Gerechtigkeit ist einer der Grundwerte des menschlichen Geistes und damit – jeder Kultur bzw. Zivilisation. Dank der Umbenennung ihrer Partei von „Vereinbarung Zentrum“ in „Recht und Gerechtigkeit“ konnten Jarosław und Lech Kaczyński einen viel größeren Zulauf erhalten und dreimal die Wahlen gewinnen. Damit trafen sie ein tieferes Bedürfnis ihrer Landsleute, eben das Bedürfnis nach dem Leben in einer gerechten Gesellschaft.

Die erneute Wahl dieser Partei vor einem halben Jahr zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung Polens die Errungenschaften auf dem Weg zu einer solchen Gesellschaft zu schätzen weiß,

---

\* Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 5. März 2020.

trotz des ständigen Jammerns selbsternannter Eliten, die die Wirklichkeit um sich herum nicht mehr verstehen können. Die unglaubliche Entwicklung der polnischen Gesellschaft gibt ihr Recht: Neulich beklagt sich sogar Spanien, dass Polen, durch sein enormes Wachstum auf vielen Gebieten, dessen Platz in der EU übernommen habe. Die Griechen und die Portugiesen wurden von uns bereits überholt. Frankreichs Präsident Macron, in Deutschland so sehr bewundert, meldete sich neulich in Warschau mit dem Angebot einer vertieften Zusammenarbeit zum Wohl der EU. Die Gerechtigkeit bleibt ein tragender Wert der EU, was im Art. 2 des Vertrags von Lissabon bestätigt wurde.

Meine Damen und Herren!

Manche von Ihnen wissen, dass ich Philosoph bin. Einige Philosophen haben sich mit dem Thema „Gerechtigkeit“ intensiv beschäftigt, angefangen mit Platon und Aristoteles. Die einflussreichste, aber nicht unumstrittene Gerechtigkeitstheorie verdanken wir John Rawls. Gedanken zu diesem Thema gab es also. Und dennoch muss ich gestehen: Philosophisch gesehen ist Gerechtigkeit ein komplizierter Begriff. Daher schlugen viele Denker vor, auf die Nutzung dieses unscharfen Begriffs vollkommen zu verzichten. Denn — so wurde argumentiert — jeder verstehe unter Gerechtigkeit etwas anderes. Und es steckt viel Richtiges in dieser Einschätzung. Ein Verzicht auf die Gerechtigkeit wäre dennoch eine humane Katastrophe. Daher hat einer der größten Denker des letzten Jahrhunderts, der französische Hermeneutiker und Phänomenologe Paul Ricoeur, sehr klug vorgeschlagen, die Gerechtigkeit nicht von der Seite dessen, was einem gerecht zu sein scheint, sondern von der empfundenen Ungerechtigkeit her zu fassen. Das heißt von einem Gefühl her, das wir als Menschen empfinden, wenn wir sehen, dass jemand — ein Mensch, eine Menschengruppe, gar ein Volk — nicht entsprechend seinen oder ihren Verdiensten bzw. Regelverstößen betrachtet wird. Dieses Thema habe ich in meinem Buch *Wa-*

*rum Polen ein Wert ist*, das 2021 in englischer Übersetzung in Deutschland erscheint, ausführlich dargelegt.

Das Alexander-Brückner-Zentrum ist in Deutschland ein Unikum. Ein Ort der Polen-Studien in großer Breite. Auch wenn es — im Vergleich zu den zahlreichen germanistischen Einrichtungen in Polen — ziemlich klein ist, erfüllt es eine wichtige Rolle im wachsenden Dialog zwischen Polen und Deutschland. Und bei dem Kennenlernen Polens durch die deutsche Gesellschaft. Dies ist wichtig, denn es wird von deutschen Politikern viel über die Bedeutung des sogenannten Weimarer Dreiecks als der eigentlichen geographischen und kulturellen Achse Europas erzählt. Wenn man aber die deutschen Frankreich- mit den deutschen Polen-Kenntnissen vergleicht, sieht man eine riesige Diskrepanz. Polen ist so gut wie unbekannt und gilt als Junior-Partner, dessen Rolle darin bestehe, den Westen einzuholen. Auch wenn man mit bloßem Auge sieht, in welcher Kulturkrise sich der Westen — allen voran Frankreich — gerade befindet.

Das Polen von heute ist ein gutes Exempel dafür, wie eine moderne — sagen wir ruhig: spätmoderne — Gesellschaft erfolgreich funktionieren kann, ohne der gefährlichen Postmoderne, mit ihrer Dekadenz und ihrer Atomisierung der Gesellschaften, zu verfallen. Das Exempel einer Gesellschaft, in der die Kontinuität eine Modernisierung nicht ausschließt. Eine Modernisierung, die sich von der eigenen Kultur und Tradition — den Errungenschaften der vergangenen Generationen — weder entfremdet noch distanziert. Ganz im Gegenteil: Die auf diese Errungenschaften stolz ist, anstatt sie in Abrede zu stellen.

Ich wünsche dem Kongress einen interessanten, ergebnisreichen Verlauf. Mit vielen neuen Ideen, wie die Gerechtigkeit aufrechterhalten, gerettet und entwickelt werden kann. Denn — wie bereits gesagt — ein Leben in einer von der Gerechtigkeit absehenden Gesellschaft könnte gefährlich sein: Es könnte zum sozialen Zusammenbruch führen. Zu einer Revolution, die das

Erreichte zerschmettern würde. Und das wünscht sich hoffentlich niemand von uns.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

# Rede vor dem Konzert anlässlich des Nationalfeiertags Polens\*

Verehrte Gäste,

Wir Polen versammeln uns jedes Jahr im November, um jenen Tag zu feiern, an dem unser Land nach 123 Jahren seine Unabhängigkeit wiedererlangte. Den historischen Moment der Erschöpfung der Großmächte Europas nutzten unsere Vorfahren geschickt dazu, Polen wieder entstehen zu lassen. Die Ereignisse, die dazu führten, sind hinlänglich bekannt. Dank des Mutes und des politischen Instinkts Piłsudskis und der politischen Vernunft Dmowskis konnte das polnische Volk wieder nach seiner eigenen geistigen Verfassung sein Leben gestalten. In einem eigenen Staat, der drei verschiedene, lange Zeit getrennte Teile zu einer Einheit verband.

Ich habe darüber nachgedacht, warum Polen ein Wert ist. Es gibt, wie es scheint, wenigstens zwei Argumentationslinien für eine solche Behauptung. Laut der ersten ist jeder Staat ein Wert für dasjenige Volk, dessen Leben er in eine Ordnung und damit zur Entfaltung bringt. Die polnische Sittlichkeit geht mindestens auf das 9. Jahrhundert zurück. Es gibt aber eine zweite, tiefere Argumentationslinie, die zeigt, dass die Existenz dieses Landes für die Gestalt der Welt von positiver Bedeutung ist: durch Errungenschaften und Ideale, die ein staatlich organisiertes Volk zum

---

\* Gehalten im Konzertsaal der RBB Berlin, am 10.11.2016

Vorschein bringt. Und Polen kann solche Merkmale aufweisen. Seine Einmaligkeit ist für das Schicksal der Welt von Bedeutung.

Wir Polen können stolz sein, dass wir das Erbe einer großartigen Geschichte und einer anziehenden Kultur antreten. Sie zog Tausende Immigranten an, beginnend mit den mittelalterlichen Juden über die französischen Hugenotten und Schotten bis hin zu vielen Deutschen. Vollkommen polonisierte Bamberger Familien in meiner Heimatstadt Posen sind ein exzellenter Beweis dafür. Was wäre Europa ohne Sobieskis Rettungstat bei Wien oder ohne Piłsudskis Sieg in der Warschauer Schlacht?

Dank dieser, könnte man sagen, Freiheitsbesessenheit unserer Väter eilten sie zur Hilfe, wenn andere Nationen um ihre Freiheit kämpften. Und zwar nicht nur in Europa. Erinnern Sie sich bitte an die Rolle von General Kościuszko im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Auch die Kultur Europas ist aber ohne die Namen von Chopin, Wieniawski, Lutosławski, Sienkiewicz kaum vorstellbar, ähnlich wie die Wissenschaft ohne eine Marie Curie-Skłodowska, einen Jan Czochoński oder einen Alfred Tarski.

Uns wirft man manchmal im Westeuropa vor, dass wir nicht „modern“ genug sind. Nun, wenn wir die Maßstäbe der Modernität nehmen, die große deutsche Philosophen erarbeiteten, z.B. Hegel, dann sehen wir, dass das gegenwärtige Polen sie bestens erfüllt, indem es die individuelle Freiheit in Harmonie mit den drei Säulen der modernen Sittlichkeit bringt: dem hohen Rang der Familie, der Anerkennung der freien Marktwirtschaft und einem Staat, der die Regeln des gesellschaftlichen Lebens erstellt und kontrolliert. Wir Polen wissen seit jeher, dass der Reichtum Europas aus dem Reichtum seiner Völker entsteht. Die europäische Identität kann nur ein gemeinsamer Nenner der nationalen Identitäten sein. Sonst ist sie leer. Denn einen europäischen Demos gibt es nicht.

Auch wenn wir auf unsere Geschichte stolz sind, so dürfen

wir darüber — 27 Jahren nach dem Mauerfall — die neuesten Errungenschaften nicht vergessen. Am Horizont zeigen sich bereits die Reformen der neuen Regierung, die das gesellschaftliche Leben beleben und die soziale Gerechtigkeit wieder zur Geltung bringen sollten.

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

wie Sie vielleicht wissen, feiert Polen in diesem Jahr das 1050-jährige Jubiläum seiner Christianisierung. Sie verband uns für immer mit Westeuropa. Ein Musikstück, das heute hier aufgeführt wird, ist mit diesem Ereignis verbunden. Ich danke allen Personen, die zur Entstehung und zu der heutigen Aufführung dieses Werks beigetragen haben, allen voran dem Komponisten Gabriel Kaczmarek.

## **Rede anlässlich des 30. Jahrestages des deutsch-polnischen Vertrags\***

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Prof. Dr. Liedtke,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Dr. Woidke,  
sehr geehrte Abgeordnete, Exzellenzen, meine Damen und Herren,

meine Rede möchte ich mit einem Dank für die Organisation dieser wichtigen Veranstaltung beginnen. Brandenburg ist meines Wissens das einzige Bundesland, das so etwas geplant hat.

Heute ist es 30 Jahre her, dass Polen und Deutschland den Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet haben. Es ist ein Rechtsakt, der bis heute unsere Beziehungen prägt, ein Akt, der uns gewissermaßen ein friedliches Zusammenleben, ein freundschaftliches Miteinander zum Wohle der ganzen Menschheit befiehlt. Es ist auch ein Beispiel dafür, dass Jahrhunderte von Ressentiments, sogar Hass, sich in eine freundschaftliche Nachbarschaft verwandeln können, die auf dem Prinzip des gegenseitigen Nutzens basiert.

Ich betone in meinen Reden oft, dass Polen (neben den baltischen Staaten) das größte Opfer und der größte Verlierer des Zweiten Weltkriegs war. Obwohl Deutschland geplündert und geteilt wurde, wurde sein größerer Teil schnell zu einem wichtigen Element Westeuropas, mit politischer (siehe Demokratie)

---

\* Landtag Brandenburg, 17. Juni 2021.

und wirtschaftlicher (siehe Marshall-Plan) Unterstützung der Vereinigten Staaten.

Sechs Millionen Juden wurden ermordet, darunter drei Millionen polnische Bürger. Es ist ein irreparabler Verlust und ein abscheuliches Verbrechen. Bald jedoch wurde der Staat Israel als eine Art Entschädigung für diese schreckliche Hekatombe gegründet. Ein blühender, freier jüdischer Staat, nach mehr als 20 Jahrhunderten der Nichtexistenz! Und was hat Polen, offiziell einer der Gewinner des Zweiten Weltkriegs, erhalten? 60 Jahre Versklavung durch den Sowjetkommunismus, was zu einer Degeneration des sozialen Gefüges, zur wirtschaftlichen Stagnation und zu militärischen Animositäten gegenüber dem Westen führte. Daher habe ich als Botschafter jedes Jahr ein Dilemma, ob ich das Ende des Zweiten Weltkriegs im großen Stil feiern soll. Denn er war am 8. Mai 1945 noch nicht ganz vorbei, wie eine 300.000 Mann starke, der Exilregierung unterstellte Partisanenarmee beweist. Tausende von ihnen sind danach im Kampf gefallen, der letzte Partisane — Sie werden es nicht glauben — im Jahre 1963! Daher ist es für Polen wichtiger, der Welt bewusst zu machen, dass der Zweite Krieg am 1. September 1939 mit dem Angriff des nationalsozialistischen Deutschlands auf Polen begann — und nicht erst 1941 mit dem Angriff auf die Sowjetunion.

Dank der großartigen Kultur, auch der politischen — einer Kultur, in der das Christentum eine so wichtige Rolle spielt — gelang es den polnischen und den sowjetischen Kommunisten nicht, die polnische Gesellschaft in eine gedankenlose Masse menschlicher Einzelwesen zu verwandeln, die wahnsinnigen totalitären Ideen gehorcht hätte. Die legendäre polnische Freiheitsliebe führte zu mehreren Aufständen gegen das kommunistische Regime, Aufständen, deren Quintessenz die Geburt einer Massenwiderstandsbewegung war: der *Solidarność*. Die *Solidarność* hat sehr schnell eine Erklärung abgegeben, die die kommunistischen Machthaber in Polen und der Sowjetunion

empörte, eine Erklärung zum Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation, welches auch das Recht einschloss, nach dem Willen der Bevölkerung in einem Staat zu leben. Dies wiederum legte den Grundstein für den Vertrag, dessen Jubiläum wir heute feiern.

Als ich vor einigen Tagen (auf Wunsch von Präsident Duda) den Vertrag erneut studierte, kamen mir viele Schlussfolgerungen in den Sinn. Zum Beispiel, dass sein sehr wichtiges Motiv darin bestand, den Frieden zu sichern und einen zukünftigen Krieg zu verhindern. Am sichtbarsten war jedoch, dass Polen eindeutig seine Zugehörigkeit zu Westeuropa, zum Erbe der mediterranen Kultur erklärte und die Bundesrepublik Deutschland ihren Willen bekundete, Polen auf dem Weg zu einem Zivilisationsaufschwung zu unterstützen, nachdem es sich von der Bevormundung durch die Sowjetunion befreit hatte. Dies wird in vielen Artikeln des Vertrags sehr deutlich.

Bei der Lektüre des Vertrags sollte man auch bedenken, dass er in vielerlei Hinsicht bereits an Aktualität verloren hat. Viele dort erst angekündigte Prozesse sind bereits abgeschlossen. Polen ist seit 1999 Mitglied der Nato. Als Botschaftsrat in der Botschaft der Republik Polen in Bonn bin ich Tausende Kilometern gereist, um die Bewohner nicht selten auch kleinerer Ortschaften davon zu überzeugen, dass wir ein glaubwürdiges Mitglied dieser Organisation, die den Dritten Weltkrieg verhinderte, sein können.

Im Jahre 2004 traten wir mit erheblicher Unterstützung seitens der Bundesrepublik der Europäischen Union bei, was einen beispiellosen Zivilisationssprung bedeutete. Es war eine Chance, die Polen trotz der anfänglichen Schwierigkeiten, die sich aus der Überrepräsentanz der Kommunisten im wirtschaftlichen und politischen Leben ergaben, nutzte. Dies wird heute besonders gut sichtbar, wenn wir nach der sechsjährigen Amtszeit einer Regierung, die ein echter Landesherr ist, die niedrigste

Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union und das höchste Wirtschaftswachstum haben (und das während einer Pandemie!) und Deutschlands fünfgrößter Wirtschaftspartner geworden sind. Und wenn es um den Export aus Polen nach Deutschland geht, sieht es noch besser aus, denn wir stehen seit Kurzem auf dem Siegestreppchen, neben China und den Niederlanden, vor den USA, Frankreich und Italien. Hat sich das 1991 jemand vorstellen können? Ohne den deutsch-polnischen Vertrag wäre das nicht möglich geworden.

Natürlich gibt es im Vertrag Vereinbarungen, mit deren Realisierung wir nicht zufrieden sind und wo wir weiterhin eine Verbesserung anstreben werden. Es geht vor allem um die in Deutschland lebenden Polen, denen der Status einer nationalen Minderheit abgesprochen wurde, obwohl sie ihn vor dem Krieg hatten. Görings Dekret entzog ihnen dieses Recht und verurteilte tausende polnische lokale Aktivisten zum Tode. Der deutsche Staat plünderte daraufhin den gesamten Besitz polnischer Organisationen im Dritten Reich, hauptsächlich des Bundes der Polen in Deutschland. Und er hat bis heute ein riesiges Problem damit, dem Bund mindestens eines der fünf damals beschlagnahmten Häuser in einer Bochumer Straße zurückzugeben. Gemeint ist ein Haus, das zum Zentrum des polnischen Gemeinschaftslebens in dieser Region werden soll. Seit 2016, also seit meiner Ankunft als polnischer Botschafter in Deutschland, gibt es einen Streit darüber, wer dieses Haus sanieren und in einem nutzbaren Zustand an den Bund der Polen in Deutschland zurückgeben solle und wie viel das kosten werde.

Ein weiterer Punkt, der unserer Meinung nach nicht umgesetzt wird, ist der Polnisch-Unterricht für Kinder der in Deutschland lebenden Polen. Lange Zeit herrschte die Überzeugung, dass das Erlernen der Muttersprache den Erwerb des Deutschen und damit das Einleben in Deutschland erschwere. Neulich wurde dieses Denken überwunden und Brandenburgs Ministerpräsi-

dent Dr. Woidke hat als einer der ersten deutlich gemacht, dass die Beherrschung zweier Sprachen dem Bürger eine zusätzliche berufliche und kulturelle Qualifikation verleiht.

Dennoch versteht man in Deutschland den Unterschied zwischen dem systemischen, d. h. schulischen, und dem nicht-systemischen, d. h. außerschulischen Unterricht in polnischer Sprache, Geschichte und Kultur nicht. Er geht aber ganz klar aus dem Vertrag hervor. Die deutschen Behörden versuchen, den Polnisch-Unterricht in der EU-Kategorie einer „Herkunftssprache“ zu verorten, während der deutsch-polnische Vertrag weitergeht: Er gibt das Recht, Polnisch als „Muttersprache“ zu erwerben. Es ist viel einfacher, den Kindern unter den fast zwei Mio. Polen in Deutschland einen solchen Unterricht im Rahmen der außerschulischen Bildung zu gewährleisten.

Seit fünf Jahren versuche ich, die Beamten des Bundesinnenministeriums auf diesen Unterschied aufmerksam zu machen. Inzwischen vegetieren Schulen in freier Trägerschaft, darunter auch katholische Schulen, und verlieren Schüler und Lehrer. Polen hält die Bestimmungen des Vertrags über die Finanzierung des Deutschunterrichts für die deutsche Minderheit in Polen ein. Im Endeffekt gibt daher das ärmere Land — also Polen — jährlich 50 Mio. Euro für die nicht allzu zahlreichen niederschlesischen Deutschen aus, während das reichere Deutschland keinen Weg findet, die Sprachausbildung der in Deutschland lebenden Polen mit dem (übrigens erst in diesem Jahr vorgeschlagenen) Betrag von 5 Mio. Euro zu unterstützen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie sehr das nicht nur die polnische Minderheit in Deutschland, sondern auch die polnische Gesellschaft irritiert.

Ich hoffe, dass man diese beiden Fragen — die Finanzierung des außerschulischen Polnisch-Unterrichts und die Rückgabe auch nur eines Teils des Vorkriegsbesitzes an die Organisationen der in Deutschland lebenden Polen — nach der Bildung einer neuen deutschen Regierung endgültig lösen wird. Bis vor

Kurzem wurde in Polen darüber diskutiert, ob wir nach 30 Jahren nicht einen neuen Vertrag abschließen sollten, in Anlehnung an denjenigen, der kürzlich zwischen Frankreich und Deutschland in Aachen unterzeichnet wurde. Die Meinungen zu diesem Thema sind geteilt, aber angesichts der in Europa stattgefundenen Prozesse und der Veränderungen in Polen und in Deutschland scheint dies nicht zielführend zu sein. Vielmehr gilt es, eine würdige Lösung der kleinen Probleme herbeizuführen, die aus polnischer Sicht die ansonsten eindeutig positive Bewertung des Vertrags stören.

Kürzlich habe ich den Medienberichten entnommen, dass das Land Brandenburg vorhat, die Landesverfassung zu ändern, um dort die Freundschaft zu Polen zu verankern. Ich muss zugeben, dass mich das zutiefst berührte, denn es ist ein perfektes Signal auch für die anderen Bundesländer, nicht nur für jene, die an mein Land grenzen. Ich muss jedoch hinzufügen, dass die Freundschaftserklärung eine enorme Verpflichtung darstellt. Denn von Freunden wird mehr verlangt als von gewöhnlichen Bekannten oder von Nachbarn. Freundschaft erfordert zum Beispiel einen tieferen Einblick in das, was bei einem Freund wirklich vor sich geht, denn er ist ja mehr als nur ein Nachbar. Und das bedeutet, die antipolnischen Narrative zu überwinden — ich nenne sie bewusst „antipolnisch“, und nicht „regierungsfeindlich“ —, die in den deutschen Medien zum Thema Polen dominieren. Polen hat derzeit die beste Regierung seit 30 Jahren, eine Regierung, die endlich die Ideale der Solidarność-Bewegung umsetzt. Deshalb hat sie auch die letzten Wahlen gewonnen. Die Erfolge dieser Regierung in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit, Bildung und Kultur sind unbestritten. Um sie zu unterstützen, unterbrach ich für fünf Jahre meine akademische Laufbahn und trat erneut in den diplomatischen Dienst ein. Und als einer, der in Deutschland insgesamt 17 Jahre verbracht hat, muss ich täglich mit Entsetzen erfahren, was das öffentlich-rechtliche deutsche

Fernsehen, die öffentlich finanzierten Rundfunkanstalten und führende deutsche Zeitungen über Polen berichten, indem sie es als ein nahezu totalitäres Land, ein Land der Gesetzlosigkeit und einer untergehenden Demokratie darstellen. Weit entfernt von jeder Wahrhaftigkeit. Ich pflege in diesem Bezug oft zu sagen: Fünf deutsche Korrespondenten in Warschau ruinieren 30 Jahre der deutsch-polnischen Versöhnung und Verständigung. Glauben Sie mir, dass das stimmt!

Womit wir es in Polen wirklich zu tun haben, ist ein Verrat der postkommunistischen Eliten, einschließlich einer Rebellion von Richtern, die die Ideale ihres Berufes aufgegeben haben. Die polnische Nobelpreisträgerin Olga Tokarczuk, die in Deutschland beinahe verehrt und oft hierher eingeladen wird, sagte kürzlich in einem im Ausland erteilten Interview, dass sie den Unterschied zwischen Polen und Belarus nicht sehe. Es gibt keine größere Absurdität. Aber niemand hat reagiert. Vor einer Woche fand im Auswärtigen Amt die jährliche Botschafterkonferenz statt. Ein Gast dieser Konferenz war die norwegische Außenministerin. In ihrer Rede erklärte sie, ihr Land habe gerade einigen Regionen Polens den Zugang zu den sogenannten norwegischen Fonds verwehrt, weil sich diese Regionen zu LGBT-freien Zonen erklärt hätten. Dies sagte sie im Beisein von rund 150 deutschen Botschaftern aus aller Welt. Dabei sind es offensichtliche Fake News, erfundene Lügen, die bereits vor längerer Zeit als solche entlarvt wurden: Ein linker Aktivist besuchte nämlich verschiedene Gemeinden, die sich für den Schutz von Familien und Kindern vor aufdringlicher Sexualisierung aussprachen. Er brachte vorgefertigte Schilder mit der Aufschrift „LGBT-freie Zone“ mit, befestigte sie an den Ortsschildern, fotografierte sie und schickte die Fotos an das Europäische Parlament oder an westliche Zeitungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir leben in einer eigentümlichen Zeit, im Zeitalter der sogenannten „Postmoderne“ — einer Zeit, in der Narrative und damit auch Desinformation oft die Wahrheit ersetzen. Sie ersetzen die Wahrheit, weil wir nicht nach ihr suchen wollen. Wir haben keine Zeit, wir haben keine Lust, so sehr interessiert sie uns nicht. Die postmoderne Ideologie weist übrigens die Wahrheit als Wert gänzlich zurück. Dem sollten wir uns entschlossen widersetzen. Auch um zu verstehen, was in Polen wirklich geschieht und wie sich das auf die deutsch-polnischen Beziehungen auswirken mag.

Zum 30. Jahrestag des deutsch-polnischen Vertrags möchte ich meinen Wunsch zum Ausdruck bringen, dass in Deutschland ein echtes Interesse an Polen entstehen möge: an der polnischen Kultur, der polnischen Lebensart und dem polnischen Wertesystem. Ein ähnliches Interesse wie jenes an Frankreich. Zusammen bilden wir ja das Weimarer Dreieck — das Gerüst Europas! Polen hat eine über 1000-jährige Geschichte, eine Geschichte voller einzigartiger Errungenschaften und interessanter Institutionen. Und es möchte Europa seine bewährten Werte anbieten und nicht nur stets dazu gezwungen werden, auferlegte Lösungen zu übernehmen. Wir müssen gemeinsam um ein solches Europa kämpfen, denn nur ein solches Europa hat eine Chance zu überleben!

Vielen Dank für die Einladung, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

## II. VORTRÄGE

### Eine herausgeforderte Nachbarschaft. Szenarien zur Gegenwart und Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen\*

Guten Abend meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde vom diplomatischen Corps, ich begrüße Sie alle sehr herzlich und danke für Ihr Interesse an diesem Vortrag.

Zuallererst möchte ich mich bei dem Veranstalter für die Einladung zum Halten dieses Vortrags herzlich bedanken. Wie ich erfahren habe, sollte daraus eine Vortragsreihe entstehen, die dem interessierten Publikum das Verstehen dessen, was gerade in meinem Land passiert, erleichtern sollte. Eine wunderschöne Initiative — ich danke der Adalbert-Stiftung dafür vom Herzen! Und ich glaube, es ist nicht schlecht, die Reihe mit einer Rede des polnischen Botschafters zu beginnen.

Die Botschafter werden üblicherweise als Propagandisten für ihr Land wahrgenommen, auch ich werde in der Bundesrepublik sehr oft mit diesem Bild konfrontiert. Deshalb bitte ich Sie alle, nicht zu vergessen, dass ich nicht nur Diplomat, sondern auch Philosoph bin. Ein Kulturphilosoph, wohlgermerkt. Und für

---

\* Landesvertretung NRW in Berlin, 27.03.2019.

einen Philosophen — wie die Bezeichnung selbst nahelegt — ist die Wahrheit bzw. die Wahrheitssuche das oberste Gebot. Sie erinnern sich an den Spruch von Aristoteles: *Amicus Plato sed magis amica veritas!* Mein ganzes Leben lang versuche ich, mich an dieses Motto zu halten.

Gleichzeitig will ich nicht verheimlichen, dass ich mit der Politik und der Philosophie der jetzigen polnischen Regierung sympathisiere und nur deshalb das Angebot des polnischen Staatspräsidenten und des Außenministers Polens angenommen habe, hier in Berlin mein Land zu vertreten. Meinen Job habe ich mir von Anfang an als schwierig vorgestellt, bei weitem aber nicht als so schwierig, wie er in Wirklichkeit ist. Warum? — dies wird sich hoffentlich im Verlauf meiner Ausführungen einigermaßen klären.

Viele von Ihnen, meine Damen und Herren, assoziieren mich wahrscheinlich mit dem Satz, dass das letzte Jahrhundert der deutsch-polnischen Beziehungen eine Katastrophe gewesen sei. Und mit einer kurzen Erklärung dieser Formulierung möchte ich anfangen. Denn diese Worte fielen wirklich. Nun, über die Bedeutung eines Halbsatzes in einer Rede bzw. in einem Text entscheidet der Kontext, in welchem dieser Satz fällt. Und in diesem Fall war es eine zweitägige historische Tagung über die deutsche Polen-Politik seit dem Ersten Weltkrieg (d.h. seit der Wiederentstehung Polens als souveräner Staat) bis heute. Die gegenwärtigen Beziehungen sollten nur am Rand behandelt werden. So jedenfalls habe ich, als Schirmherr der Veranstaltung, ihre Idee verstanden. Und es lässt sich nicht leugnen, dass die deutsche Polen-Politik gleich nach der Entstehung der Weimarer Republik, und nicht erst infolge der Machtübernahme durch Hitler, sehr brutal, eigentlich feindlich war. Polen wurde als Bastard des Versailler Vertrags betrachtet, wortwörtlich als „Saisonstaat“, bezeichnet. Über die Zeit des Zweiten Weltkrieges brauche ich hier gar nicht zu reden. 6 Millionen Opfer, d.h. ein

Sechstel der gesamten Bevölkerung — vor allem aus gebildeten Schichten der Gesellschaft — sprechen für sich selbst.

Auch die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war schwer, und Polen trug daran keine Schuld. Es war nicht Polen, die eine Verschiebung der polnischen Grenzen gen Westen veranlasste, was eine Ausweisung (im Potsdamer Abkommen wird der Begriff „Überführung“, nicht „Vertreibung“, verwendet) derjenigen hier lebenden Deutschen zur Folge hatte, die die polnische Staatsbürgerschaft nicht annehmen wollten. Durch diese Maßnahmen hat Polen ein weiteres Sechstel seiner Bevölkerung und 20% seines Territoriums verloren. Es gab aber immer unter den vernünftigen Bürgern in beiden Gesellschaften Leute, die ein bisschen weiter schauten. Und in meinem oben erwähnten, in dem Berliner Auswärtigen Amt gesprochenen Grußwort habe ich zwei wichtigste diesbezügliche Ereignisse erwähnt: den bekannten Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Kollegen und den Kniefall Willi Brandts vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos, der mit Brandts neuer Ost-Politik verbunden war. Eben diese Politik hat Deutschland zu dem Erfolg gebracht, den dieses Land heute genießt. Sie war unabdingbar für die Anerkennung der Bundesrepublik in der zivilisierten Welt.

Als eine für unsere Beziehungen noch wichtigere Erscheinung habe ich in meiner Rede die Erklärung der damals gerade gegründeten Solidarność-Bewegung genannt — eine Erklärung über das polnische Einverständnis zur künftigen Wiedervereinigung Deutschlands. Die Wichtigkeit dieses Aktes wurde dadurch bedingt, dass diesmal nicht ein Politiker oder einige hochstehende Geistliche, sondern eine 10 Millionen Menschen zählende Bewegung das Wort ergriff (oder ihren Willen zum Ausdruck brachte). Diese meine These hat sofort — was völlig übersehen wurde — die Feststellung über „Hundert Jahre Katastrophe“ relativiert. Weder die polnischen noch die deutschen Medien wollten sehen, dass sich infolge dieser Erklärung—und der Antwort der

deutschen Gesellschaft mit Tausenden sog. Gelben Paketen— die Atmosphäre zwischen der BRD und der Volksrepublik Polen grundsätzlich veränderte. Ich konnte also maximal 70 Jahre gemeint haben. Soweit meine Erklärung zu etwas, was einem Mitdenkenden klar war, dem polnischen Botschafter aber in Form einer weiteren negativen Erfahrung mit den Medien nicht erspart wurde.

Nun aber sollten wir uns die Frage stellen, ob die Zeit zwischen 1980 und 2019 für unsere Beziehungen ausschließlich positiv war. Mehrheitlich ja, würde ich sagen. Es gab aber Zeitperioden und Ereignisse, die furchterregend waren. Ich nenne nur die Distanzierung der von der SPD dominierten Regierung von der Gewerkschaft *Solidarność*, die Aktivitäten der Preußischen Treuhand und des Bundes der Vertriebenen unter der Leitung von Erika Steinbach, samt dem ursprünglichen Projekt eines Museums der Vertreibung. Dies gehört aber der Vergangenheit an. Die *Solidarność* wird von den deutschen Politikern, Historikern und Politologen als der echte, wirkliche Impulsgeber für den Fall des Eisernen Vorhangs und den Zusammenbruch des Kommunismus in Europa anerkannt. Und das neue Projekt des genannten Museums ist für mich nun akzeptabel. Was uns heute Sorge bereitet, ist vielmehr das Verhältnis der deutschen Gesellschaft, der deutschen Medien und der deutschen Politik zu der völlig demokratisch gewählten und legitimen Reformen einleitenden Regierung Polens. Einer Regierung, die aus der Koalition dreier Parteien entstand, mit der von Jarosław Kaczyński gegründeten Partei „Recht und Gerechtigkeit“ an der Spitze. Sie regiert seit fast 4 Jahren. Und man darf die Frage stellen, zu welchem Kapitel der deutschen Polen-Politik diese Phase gehört. Dies ist, glaube ich, auch das Thema unseres heutigen Treffens.

## **1. Meine wohlbegründete Deutung dessen, was gegenwärtig in Polen geschieht**

Vor zwei Jahren wurde dem englischen Politologen Prof. Timothy Garton Ash in Aachen der Karlspreis verliehen. Die damalige Premierministerin Polens, Beata Szydło, bat mich, sie bei der Verleihung zu vertreten. Bei dem Empfang kam ich auf den Preisträger zu, um ihm zu gratulieren. In einem kurzen Gespräch sagte ich, dass ich das, was sich jetzt in Polen abspielt, als die Vollendung der Solidarność-Revolution sehe. Er war sichtlich überrascht und sagte: „So habe ich das nicht betrachtet“. Und dennoch bin ich überzeugt, dass diese These wahr ist. Und dass die Wahrheit dieser These über den Sieg der konservativ-patriotischen Parteien-Allianz entschieden hat.

Um die Situation im jetzigen Polen zu verstehen, müssen wir in das Jahr 1989 zurückkehren. Polen war bekanntlich das erste Land, das die Möglichkeiten der Sowjetunion bezüglich der Reaktion auf legitime Freiheitsansprüche der Gesellschaften Osteuropas testete. Die Polen waren immer die „Apostel der Freiheit“, Leute, die bereit waren, „für die Freiheit zu sterben“. Deshalb stellten sie die Kraft der Sowjetunion sozusagen im Namen aller damals noch kommunistischen Länder auf die Probe — und mussten aber dafür einen ziemlich hohen Preis zahlen. Dieser Preis war ein fauler Kompromiss mit der kommunistischen Partei und mit den kommunistischen Geheimdiensten.

Der Geburtsort dieses Kompromisses war der sog. Runde Tisch. In der ganzen Welt wird dieses Modellgelobt, vielleicht berechtigterweise. In Polen wurde es jedoch missbraucht. Die am Runden Tisch gefundenen Lösungen waren vorbelastet, da sich die Kommunisten den Partner selbst auswählen durften. D.h. nicht alle wichtigen Oppositionsanführer und -strömungen durften daran teilnehmen, nicht alle Weltanschauungsgruppen

wurden eingeladen. Der Runde Tisch war also nicht repräsentativ. Und *last but not least*: Die Gewinner des Runden Tisches entschieden, sich an die Absprachen mit den Kommunisten auch nach dem Zerfall der Sowjetunion zu halten, trotz der Verletzung demokratischer Prinzipien (bei den ersten teilweise freien Parlamentswahlen) und trotz des gefährdeten geplanten Übergangs zur sozialen Marktwirtschaft (aufgrund postkommunistischer Seilschaften).

Der Übergang zum kapitalistischen Wirtschaftssystem trug dennoch sehr schnell Früchte. Die Bürger Polens erwiesen sich als unternehmungslustig und fleißig. Es herrschte die Überzeugung, dass der freie Markt **die** Lösung für alles sei und dass man sich um die Politik (verstanden als Sorge um das gemeinsame Wohl) nicht mehr kümmern müsse. Der Markt werde alles regeln. Es herrschte, mit anderen Worten, klarer Neoliberalismus. Der Gewinn der Transformationsjahre wurde zwar sehr eigenwillig verteilt — die Reichen wurden immer reicher, die Armen immer ärmer —, man fand dafür aber eine Erklärung: Ein Teil der Gesellschaft sei außerstande, die Grundsätze bzw. die Regeln des Neuen [Systems] zu verstehen; das seien die Ewiggestrigen; mit der Zeit würden sie aussterben, man brauche sich um sie nicht zu kümmern. So entstand eine Zweiklassengesellschaft. Der privilegierten ersten Klasse gehörte eine Menge ehemaliger Parteifunktionäre, Offiziere der Geheimdienste usw. an. Die Kämpfer der Solidarność-Bewegung, die das System zu Fall gebracht hatten, fanden sich mehrheitlich in der anderen Klasse wieder. Die Einkommen wuchsen. Viele schwer arbeitende Menschen hatten von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes so gut wie nichts. Sie sahen offensichtliches Unrecht, Ungerechtigkeiten und vor allem Affären, und freundeten sich nicht mit der These von der eigenen „Rückständigkeit“ an. Zu Recht glaubten sie, dass der Profit der Transformation anders verteilt werden müsste.

Das ist der Kern des Sieges der PiS-Partei. Selbstverständ-

lich hängt er mit der Misswirtschaft der vorletzten Regierung zusammen. Einer Misswirtschaft und einer Vernachlässigung der staatlichen Angelegenheiten, die immer wieder in die Öffentlichkeit durchsickerten. Deutsche Medien schwiegen damals darüber, daher ist all das in Deutschland so gut wie unbekannt. Der Höhepunkt wurde erreicht, als eine geheime Aufnahme aus einem Warschauer Restaurant, in dem viele Minister, Politiker der Tusk-Partei, und andere hohe Staatsbeamte sehr oft verkehrten, an die Öffentlichkeit gelangte. Man erblickte darin einen absichtlich verwüsteten Staat, um den sich die Regierenden gar nicht kümmerten. Ein Land, das auf finanzielle Zuschüsse aus Brüssel angewiesen war, dessen höchste Beamte vor allem an ihre eigene Karriere in Brüssel dachten. Eigentlich war das schon vier Jahre nach der Regierungsübernahme durch die der PO-Partei [die Bürgerplattform], also im Jahre 2011, klar zu sehen. Damals schaltete sich die Europäische Kommission in unsere Wahlen ein und erklärte durch ihre Funktionäre: Nur wenn ihr Polen weiter die PO-Partei wählen werdet, könnt ihr mit den versprochenen Geldern rechnen. Das Volk ließ sich einschüchtern und wählte noch einmal die PO-Partei. Vier Jahre später war das nicht mehr möglich. Das ist, wie gesagt, meine private Deutung dessen, was geschah.

Die PiS-Partei gewann, weil die Mehrheit der Bevölkerung den Zustand des Landes eingesehen hatte, das ebendiese Partei grundsätzlich zu reformieren versprach. Und sie ist die erste Partei in der Transformationsgeschichte Polens, die ihre Versprechen hält. Wenn einige davon nicht vollständig verwirklicht werden, so liegt die Schuld fast nie bei der Regierung. Ich meine v.a. die Justizreform, die Besteuerung der Banken und Supermärkte, die Repolonisierung der Medien durch ein neues Mediengesetz. Sie alle wurden bis dato von der Europäischen Kommission blockiert.

Ich nenne nun kurz die Reformen und informiere Sie, meine Damen und Herren, über ihre Ergebnisse.

An erster Stelle sollten viele Gesetze genannt werden, die das Funktionieren der Wirtschaft regeln, verbessern und entkriminalisieren. Dazu zählen auch Gesetze, die dem Staat ermöglichen, die gesetzliche Besteuerung zu kassieren. Weltbekannt ist Erfolg der neuen polnischen Regierung in der Einziehung der Mehrwertsteuer, die Schließung der sog. Mehrwertsteuerlücke. Stellen Sie sich vor: In den 8 Jahren der PO-Regierung sind Mehrwertsteuern in der Größe eines staatlichen Jahresbudgets verschwunden, und zwar wegen schlechter Regelungen und korrupter Beamten!

An zweiter Stelle steht die schon erwähnte Justizreform, die komplizierteste von allen. Aus vielen Gründen, die ich hier nicht erklären kann. Laut Statistiken gibt Polen pro Kopf europaweit das meiste Geld für seine Justiz aus, trotzdem haben wir eins der schlechtesten Justizsysteme — ein ungerechtes und langsames. Ca. 70 % der Bevölkerung war und ist also dafür, dass es verändert werden müsste. Und es wird verändert, beginnend mit der Reform der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Ernennung des Justizministers zum obersten Staatsanwalt, mit der Reform des Verfassungsgerichtshofs und des Obersten Gerichts sowie des Landesjustizrates. Eines muss ich schon jetzt vormerken: Die These, die in den westlichen Medien weit verbreitet ist, dass die Regierung bzw. die PiS-Partei sich das Justizsystem, d.h. vor allem die Richter, unterordnet habe (oder unterordnen wolle), ist völlig falsch. Es ist ganz umgekehrt. Viele Richter politisieren sich, was eigentlich einen Rechtsbruch bedeutet, und stehen fast immer an der Seite der sog. Totalen Opposition. D.h. sie haben keine Angst, dass sie von irgendwelchen Repressalien getroffen werden.

Das wäre in aller Kürze zu der Justizreform. Danach kam die Reform der Armee, des Rentenalters, der schulischen Ausbil-

dung, der Polizei, der wissenschaftlichen Forschung, usw. usf.. Der Staat fing an, wieder zu funktionieren. Ein weitgreifendes System der sozialen Hilfe konnte eingeführt werden, wie z. B. der als „500+“ bekannte Geldzuschuss für Familien für das zweite und jedes weitere Kind, mit dem die ärmsten Familien finanziell gestärkt und steigende Geburtsraten in einer alternierenden Gesellschaft gesichert werden sollen. Und das funktioniert, man könnte es sogar auf das erste Kind ausweiten. Auf Anhieb wurden fast 90% der ärmsten Familien aus der Armut geholt! Ihre Kinder hungern nicht mehr und durften zum ersten Mal in die Ferien fahren, finanzierten Nachhilfeunterricht bekommen, an Freizeitkursen teilzunehmen, usw. usf.

Wir vermerken auch ein ständiges Wachstum der Bevölkerung, d.h. einen Zuwachs der Geburtsrate. Denn die Polinnen mögen Kinder und wollen sie haben, die Regierung muss nur gute Bedingungen dafür schaffen. Eine sog. „durchschnittliche Polin“ in Großbritannien, wohin über eine Million Menschen aus Polen emigrierten, hat mehr als drei Kinder. In Polen hatte sie bis vor Kurzem nur ca. 1,4 Kind. Und Kinder sind die Garantie, dass unsere Gesellschaft nicht zusammenbricht. Ähnliches wird für die Rentner eingeführt, damit sie würdig die letzte Etappe ihres Lebens genießen können. Durch ein gesundes Verteilungssystem profitieren alle Gruppen und Schichten der Gesellschaft von den Erfolgen des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Und diese Erfolge stehen außer Frage. Ich nenne nur ein paar Daten.

Beginnen wir mit der Wirtschaft: In den letzten drei Jahren erreichten wir den größten wirtschaftlichen Aufschwung seit drei Jahrzehnten. Ein mehr als fünfprozentiges Wachstum! Die Arbeitslosenquote ist auf dem niedrigsten Niveau seit der Wende (ca. 3%); die Beseitigung des Mehrwertsteuerbetrugs gab der Regierung Mittel für die teuren sozialen Programme. Die Löhne aller Arbeitnehmer wachsen kontinuierlich. Für die

Unternehmen werden rechtliche Regulierungen durchgesetzt, die ihre Investitionen vereinfachen. Wir wagen größere Projekte, von denen unsere Vorgänger kaum träumen konnten, z.B. die sog. Drei-Meere-Initiative — eine wirtschaftliche Verbindung der Länder an der östlichen Grenze der EU — oder einen großen Flughafen für 40 Mio. Passagiere bei Łódź, der zweitgrößten polnischen Stadt Polens, in der geographischen Mitte Europas und Polens. Das sind nur wenige Beispiele.

Eine andere wichtige Reform ist die Reform der Armee, die von der vorgängigen Regierung immer kleiner gemacht wurde. Noch vor 4 Jahren sagten viele polnische Generäle, auch öffentlich, dass im Falle eines Überfalls Russlands auf Polen die Russen in drei Tagen in Warschau ständen. Heute ist das völlig ausgeschlossen. Ich brauche nicht zu betonen, dass die Erneuerung der polnischen Armee ganz Europa, und auch Deutschland, stärkt. Vor allem aber das Baltikum. Die polnische Armee entwickelt sich zu einer der stärksten Armeen der Nato.

Ähnlich Positives geschieht bei der Polizei, in der Diplomatie oder im Schulsystem. Es wächst die Überzeugung der Mehrheit der Gesellschaft, dass sie gut geschützt wird, dass es in Polen keine *No-Go-Zones* gibt. Viele Exil-Polen, aber auch viele Ausländer, ziehen aus diesem Grund nach Polen. Der Staat, und damit die Gesellschaft, hat die eigene Sicherheit im Griff und will das nicht mehr ändern. Die früher abgeschafften Polizeiwachen kehren an ihren Platz zurück. Das gleiche gilt für viele leichtsinnig aufgelösten Botschaften oder Konsulate. Bildung, die das bisherige Schulsystem lieferte, genügte weder den humanistischen noch den hochschulischen Standards. Auch dies musste reformiert werden, und zwar durch eine Rückkehr zu einem dreistufigen Modell aus Grundschule, weiterführender Schule und gymnasialer Oberstufe.

Die letzte Reform betraf das Hochschulsystem, das veraltet — als ehemaliger Akademiker würde ich sogar mit voller Ver-

antwortung sagen: postkommunistisch war. Und es ist kaum zu bestreiten, dass wir in einer Zeit leben, in der die Wissenschaft eine immer größere Rolle für die Wirtschaft und die Gesellschaft spielt, und zwar als Mittel der technologischen Innovation, der Erneuerung des Lebens, der Anpassung der Gesellschaften an neue Herausforderungen.

Ich will Sie, meine Damen und Herren, nicht mit weiteren Einzelheiten langweilen und beende diese Auszählung mit der These, die ich vor drei Monaten an der Frankfurter *University of Applied Sciences* vorgetragen habe: Auch der Pluralismus der polnischen Medien hat sich verbessert und kann heute für Europa vorbildlich sein. Die Landschaft der Printmedien reicht von der postkommunistischen *Trybuna* über die postmodern-neuliberale *Gazeta Wyborcza* bis zu der christlichen *Gość Niedzielny* und der konservativ-patriotischen *Gazeta Polska*. Von den drei führenden Fernsehanbietern ist nur einer regierungsnah, zwei weitere sind mehr oder weniger regierungskritisch. Ein einfaches Umschalten reicht aus, wenn man sich aus verschiedenen Quellen informiert möchte. Das Verschweigen einer wichtigen Nachricht ist so gut wie ausgeschlossen. Im Internet haben die regierungskritischen Medien ein Übergewicht von ca. 9:1.

Polen geht es also gut, so gut wie nie in den vergangenen 30 Jahren. Dies muss von redlichen Menschen zur Kenntnis genommen werden. Und Deutschland hat sich um diesen Zustand sehr verdient gemacht, vor allem durch die Unterstützung Polens bei dem EU-Beitritt und die vorbildliche Kooperation der beiden Wirtschaftszwecke beiderseitigem Erfolg. Es entstehen immer neue Unternehmen, vor einer Woche fand das erste deutsch-polnische Wirtschaftsforum statt, bei dem die Wirtschaftsminister beider Länder über gemeinsame Produktion von Batterien für die Elektromobilität sprachen. Sachsen will mit Polen ein Forschungszentrum der künstlichen Intelligenz aufbauen. Diese ganz aktuellen Beispiele mögen reichen, um die wachsende Rol-

le Polens in dem europäischen Produktions- und Innovationsystem zu verdeutlichen. Kein Wunder: Polen zählt fast 40 Mio. Menschen, von denen nahezu die Hälfte eine gute, solide Bildung hat und kreativ und fleißig arbeiten kann.

Das wirtschaftliche Handelsvolumen zwischen Polen und Deutschland betrug 2018 fast 120 Milliarden Euro, womit Polen unter den wichtigsten deutschen Wirtschaftspartnern den siebten Platz belegt. Großbritannien, die mit nur 500 Mio. Euro mehr auf dieser Liste auf Platz 6 steht, werden wir, glaube ich, bald überholen können. Auch als Region wird Polen für deutsche Bürger immer interessanter. Deutsche Touristen machen ein Drittel aller uns jährlich besuchenden Touristen aus. Es gibt über ein Tausend deutsch-polnische Städtepartnerschaften. Dennoch ist das Verständnis dessen, was gegenwärtig in Polen geschieht, in deutscher Gesellschaft ungenügend bzw. sogar falsch. Deshalb folgt jetzt meinerseits eine kurze Darstellung des jetzigen deutschen Polenbildes.

## **2. Die deutsche Aufnahme dessen, was in Polen geschieht**

In Deutschland war die Aufnahme der neuen Regierung von Anfang an schlecht. Dies hing mit der reibungslosen Zusammenarbeit der Tusk-Regierung mit Deutschland zusammen und führte zur Unterstützung der polnischen Opposition, in der die PO-Partei die Hauptrolle spielte (und spielt). Diese Unterstützung hatte verschiedene Formen und Quellen, sie basierte vor allem — ganz offensichtlich — auf den deutschen Medien, aber auch — ein wenig verschleiert — auf der deutschen Politik. Ich sage „ein wenig“, denn die ständigen Treffen der Polen besuchenden deutschen Politiker mit Vertretern der polnischen Opposition sind eine Seltenheit, ich würde sogar sagen: eine Merkwürdigkeit.

Weil diese Opposition sich als „total“ bezeichnete und die Wahlgewinner mit allen möglichen, auch moralisch dubiosen Mitteln bekämpfte, machte die deutsche Sympathie für sie die Mehrheit der Polen sehr unzufrieden. Man gewann den Eindruck, dass sich Deutschlandeinen möglichst schnellen Sturz der neuen Regierung wünsche. Alte Vorurteile gegenüber Deutschland und der deutschen Polen-Politik kehrten zurück. Nicht ohne deutsche Mitverantwortung, wie gesagt. Denn als ich hier noch im Jahre 2017 sehr oft hörte, wir Polen hätten die Rettung unserer Demokratie einzig und allein dem sog. KOD (d.h. dem Komitee zur Verteidigung der Demokratie) zu verdanken, machte mich das skeptisch, ob sich die Deutschen wirklich darüber informieren, was bei uns geschieht. Denn das KOD war eine merkwürdige Organisation, die sich außerhalb von Recht und Demokratie bewegte. Und der Empfang von Mateusz Kijowski, dem Leiter des KOD, in den Berliner Salons war für uns kaum zu verstehen.

Das alles hängt mit den Berichten der deutschen Medien über Polenzusammen. Sie sympathisieren eindeutig mit der Opposition. Und ihre Beiträge sind für die deutsche Gesellschaft die Hauptquelle der Informationen über Polen. Dies gilt, glaube ich, auch für die Welt der Politik, obwohl man sich hier bessere Wissensquellenvorstellen dürfte. Deshalb bin ich, meine Damen und Herren, immer wieder damit konfrontiert, dass meine deutschen Diskutanten besser zu wissen glauben, was in Polen abläuft als ich. Und dass sie sich gegenwähre, begründete Informationen sperren. Ich nenne zwei Beispiele. Als es bei uns zu Turbulenzen um den Verfassungsgerichtshof gekommen war, lud ich zwei ausgezeichnete Juristen, beide Professoren für Verfassungsrecht, nach Berlin, um das deutsche Publikum darüber zu informieren und mit ihm darüber zu diskutieren. Wir luden 30 Juraprofessoren von vier nahen Universitäten (aus Berlin, aus Potsdam und aus Frankfurt an der Oder) ein. Und 30 Journalisten, die über diesen Bereich schreiben. Es erschienen: ein einziger Journalist

einer regionalen Zeitung und zwei Professoren. Mit den beiden sprach ich nach der Veranstaltung und fragte sie, warum sie keine Fragen gestellt hatten. Die Antwort war eindeutig: weil alles ziemlich klar gewesen sei und das Recht an unserer Seite liege. Die übrigen 28 Professoren behielten aber wahrscheinlich ihre ursprünglichen, unberechtigt kritischen Meinungen.

Ein halbes Jahr danach kam im Zusammenhang mit einer weiteren Justizreform einer der führenden polnischen Justizminister nach Berlin und hielt einen Vortrag an der HU. Kein einziger deutscher Professor besuchte die Veranstaltung. Auch die Art und Weise, wie die polnische Justizreform in Brüssel betrachtet wird, weckt bei uns Enttäuschungen und Irritationen. Wir liefern einen 100-seitigen Bericht, in dem wir beweisen, dass jedes Element unserer Reformen bereits seit Jahren in einem anderen europäischen Land funktioniert, und bekommen nach ungefähr zwei Stunden die Antwort, dass der Bericht nichtzufriedenstellend sei.

Das sieht wie ein Bashing Polens aus, kann aber Konsequenzen für die ganze EU haben. Denn die Hoheit, die die Europäische Kommission über das Rechtssystem einzelner Länder gewinnt, hat keine Verankerung in den EU-Verträgen, kann aber von nun an überall angewendet werden — unter dem Vorwand, dass europäische Werte verletzt worden seien. Als jemand, der dem Problem von Werten viele Jahre wissenschaftlicher Arbeit gewidmet hat, wage ich zu bezweifeln, dass sich aus dem Werte-Katalog des Art. 2 des EU-Vertrags so viel deduzieren lässt.

Trotzdem melden sich immer wieder Richter des Bundesverfassungsgerichts, allen voran Herr Andreas Voßkuhle, mit Belehrungen und Kritik. Einer Kritik, die grundlos ist und die Unkenntnis der polnischen Verfassung verrät. Neulich betraf das die Versetzung der Präsidentin des Obersten Gerichts Polens in den Ruhestand. Für unsere tatsächlich, nicht nur deklarativ partnerschaftlichen Beziehungen bleibt dies nicht ohne Bedeutung.

Denn wir Polen würden es nie wagen, das deutsche Justizsystem beeinflussen zu wollen oder das Bundesverfassungsgericht zu belehren.

Deutsche Politiker berufen sich sehr oft auf die Entscheidungen der EU, vor allem die der Europäischen Kommission. Gleichzeitig wird sehr viel über die deutsch-polnische Freundschaft gesprochen, die sich nach den Jahren der allmählichen Versöhnung entwickelte. Von Freunden erwartet man aber, glaube ich, ein wenig mehr als die bloße Akzeptanz der Entscheidungen der EK. Wirkliche Freunde sollten die Entwicklung des Nachbarn studieren, schätzen und anerkennen, denn sie ist einfach evident und nicht auf einer Verletzung der Demokratie oder des Rechts aufgebaut. Ganz im Gegenteil. Der bloße Name der Regierungspartei (Recht und Gerechtigkeit) ist für die Regierung Programm: Mit rechtlichen Mitteln soll für alle Mitglieder der Gesellschaft eine fundamentale Gerechtigkeit geschaffen werden. Im Einklang mit den Werten der EU-Verträge, aber auch im Einklang mit den für Polen tragenden Prinzipien und Werten. Und die sind: *Bóg, honor, ojczyzna* — Gott, Ehre, Vaterland.

### **3. Szenarien für die nahe Zukunft**

Polen macht sich Sorgen um einiges, was in der Bundesrepublik geschieht. Allen voran um die sog. deutsche Willkommenskultur, infolge deren über eine Million illegaler und oft kaum identifizierter Migranten das Territorium der EU erreichte. Wir haben nichts gegen Migration, sofern sie nicht außer Kontrolle gerät und keine Bedrohung für die Bevölkerung darstellt. Wir sind uns dessen bewusst, dass in der EU die Geburtenraten sinken und wir deshalb Arbeitskräfte importieren müssen. Wir Polen tun das auch. Infolge des wirtschaftlichen Pseudo-Erfolgs der Tusk-Regierung hatten fast 2 Mio. junger Menschen das Land (die

vermeintliche Grüne Insel, die Polen gewesen sein soll) verlassen, sie waren vor allem nach Deutschland, Großbritannien und Irland gegangen. Und wir kompensierten diesen Verlust mit mehr als 1,5 Mio. Arbeitnehmer, hauptsächlich aus der Ukraine und aus Belarus. All dies geschieht aber unter Kontrolle. Diese Leute integrieren sich gut, wollen arbeiten und Geld verdienen, sie bereiten der Polizei keine Probleme.

Ich persönlich mache mir auch Sorgen um die wachsende Atheisierung Deutschlands. Deutschland hat wegen der Kirchensteuer zwei sehr reiche Kirchen, wodurch auch der Vatikan durch deutsche Kardinäle beeinflusst wird, zugleich aber stehen die Kirchen fast leer. Wen kümmert das, könnte man fragen. Mich kümmert es, denn das bildet eine kleine Mauer zwischen der religionsneutralen Bevölkerung Deutschlands (mit einem wachsenden Anteil der Muslime) und dem christlich-religiösen Polen. Durch den Bezug zur Transzendenz wirkt es sich auf die Weltanschauungen und dadurch — auf die Politik der beiden Länder aus. Noch wichtiger ist jedoch die unterschiedliche Beziehung zum christlichen Erbe Europas. Während meiner Arbeit hier in Deutschland musste ich mehrmals feststellen, dass die Anerkennung der christlichen Werte — für Polen eine tragende Säule — in der Bundesrepublik eher plakativ ist. Immer wieder werden sie durch die Werte der Französischen Revolution und der französischen Aufklärung überboten. Ohne ein klares Bewusstsein, wie kompliziert das Verhältnis der beiden Wertebereiche zueinander ist.

Für ein Szenarium der künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ist aber etwas anderes von noch größerer Bedeutung: die vollständige— ich wiederhole: vollständige— und wohlwollende, nicht erzwungene deutsche Akzeptanz des polnischen Weges innerhalb der EU, mitsamt dem polnischen Verständnis der EU im Sinne der intentionsgetreuen Deutung der Verträge. Dies wird über den Grad und die Tiefe unserer Zu-

sammenarbeit entscheiden. Polen— die jetzige polnische Regierung— ist sich des Ranges unserer Kooperation bewusst. Neulich hat das der Außenminister Jacek Czaputowicz in seiner Sejm-Rede bestätigt. Und Polen hätte nichts dagegen, mit Deutschland ebenso gute Beziehungen in jeder, nicht nur wirtschaftlicher Hinsicht, zu haben wie z.B. mit Ungarn. Denn die Nachbarschaft, angesichts einer so komplizierten Geschichte, verpflichtet.

Was Szenarien der deutsch-polnischen Beziehungen für die nahe Zukunft anbetrifft, so hängen sie erstens von der Entwicklung innerhalb der EU und zweitens von den Wahlergebnissen in Polen ab. In aller Kürze: Ich wage zu behaupten, dass Polen eine moderne Gesellschaft bleibt, während sich Deutschland an der Schwelle zu einer postmodernen Gesellschaft befindet. Ich bin der Überzeugung, dass nur durch eine Rückkehr zur Modernität die Krise der EU überwunden werden kann. Die moderne Gesellschaft ist auf zwei Säulen aufgebaut: auf der individuellen Freiheit und auf einer Sittlichkeit, die wiederum drei Teile hat: die Familie, die bürgerliche Gesellschaft und den Staat. Postmoderne Gesellschaften lehnen den zweiten Teil (nämlich die Sittlichkeit) ab oder reduzieren ihn gewaltig. Man sieht es beispielsweise in der jetzigen Krise der Familie. Wie überträgt sich das auf die deutsch-polnischen Beziehungen, könnte man fragen. Ich erkläre es sofort:

Von den Wahlen zu dem EU-Parlament erhoffe ich mir eine Ausbalancierung der linken und der rechten Kräfte, der Neoliberalen und der Republikaner. Dadurch wird die EU wieder funktionsfähig werden, indem das Prinzip der Subsidiarität seine ursprüngliche Bedeutung bekommt. Denn es gibt ohne Zweifel Bereiche, die innerhalb eines Einzelstaates allein nicht zu erledigen sind, z.B. Fragen der inneren und der äußeren Sicherheit. Es gibt aber auch Probleme, die in einem Staat besser geregelt werden können, z.B. soziale Probleme wie Obdachlosigkeit oder Arbeitslosigkeit. Denn eine echte Demokratie ist zurzeit nur im

Rahmen eines nationalen Staates machbar. Das Demokratiedefizit der EU ist allen bekannt, ich brauche darüber nicht zu reden. Das politische Gleichgewicht in der EU würde sich bestimmt auf die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen auswirken. Die Idee eines „United States of Europe“, die vielen deutschen Politikern vorschwebt, würde man dann *ad acta* legen; die Polen, Ungarn, Rumänen oder Letten müssten nicht mehr um ihre kulturelle Identität fürchten.

Nun zu den Auswirkungen der polnischen Parlamentswahlen im Herbst dieses Jahres. Wenn die jetzige Parteienkonstellation gewinnt, wird man es in Deutschland als Zeichen einer Stabilisierung der Macht in Polen verstehen. Damit wird sowohl die Anerkennung dafür, was in Polen geschieht, als auch die Bereitschaft zur politischen Kooperation innerhalb der EU wachsen — auf Augenhöhe. Und der polnische Weg, die polnische Vision der EU wird sich zum Wohl aller Nationen Europas durchsetzen können. Wenn aber die PiS-Partei die Wahlen verliert, wird die deutsche Politik wieder einen willigen, meist schweigenden Partner haben. Für Deutschland könnte das einfacher sein, für die EU würde es eine Vertiefung der Krise bedeuten. Denn noch lange werden wir, Bürger der EU, nicht in eine Entwicklungsphase treten, in der nationale Identitäten und damit auch nationale Interessen keine Rolle mehr spielen.

Mit diesem Satz möchte ich meinen Vortrag abschließen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und lade Sie zur Diskussion ein.

## Presse- und Medienfreiheit in Polen\*

Sehr verehrter Prof. Friedman, sehr geehrter Prof. Dievernich, meine sehr verehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Symposium. Sie gibt mir Gelegenheit, etwas über die Situation in meinem Land zu sagen. Von einem Botschafter erwartet man üblicherweise ein wenig Propaganda, Sie wissen aber, dass ich nicht nur Diplomat, sondern auch Philosoph bin. Dies erschwert meine Arbeit insgesamt sehr, muss ich sagen. Denn für einen Philosophen gilt die *Maxime*, die vor vielen Jahrhunderten Aristoteles geprägt hat: *Amicus Plato sed magis amica veritas*— Plato ist zwar mein Freund, aber der größere Freund ist mir die Wahrheit. Betrachten Sie also bitte meine Ausführungen als Bericht eines Philosophen, der durch sein aufmerksames Leben, in seinem Heimatland und im Ausland, über das Thema, zu dem er reden soll, einigermaßen informiert ist.

Ich beginne mit einer Geschichte— eigentlich mit der Schilderung einer Situation, die ich im Jahre 2000 in Berlin erlebte, und zwar in der ersten Phase meiner diplomatischen Laufbahn. Eine der hervorragendsten Gestalten des damaligen diplomatischen Lebens in der deutschen Hauptstadt war der tschechische Botschafter Cerny. In wenigen Tagen sollte er damals,

---

\* Vortrag bei einem Symposium an der Frankfurt University of Applied Sciences (16.01.2019)

nach — glaube ich — 5 Jahren, Berlin verlassen. Bei einer der Abschiedsveranstaltungen wurde er gefragt, was ihm nach so vielen Jahren in der Bundesrepublik in Prag fehlen werde. Nach kurzer Überlegung antwortete er: die tägliche Lektüre der FAZ. Damals waren, nehme ich an, ausländische Zeitungen noch nicht elektronisch zugänglich.

Ich erzähle dies aus dem Grund, weil auch für mich in den Jahren 1996–2001 (in der Zeit meines Dienstes in Bonn und in Berlin) der Tag mit der Lektüre der FAZ anfang. Ich dachte, dies wird nach dem Wiederkommen im Jahre 2016, diesmal als Botschafter, ähnlich sein. Desto größer war meine Enttäuschung darüber, was ich nicht nur in der FAZ, sondern in fast allen Hauptmedien Deutschlands vorfand. Eine solche Eintönigkeit, einen solchen Einfluss der *political correctness*, ein solches Vertreten der Staatsraison und — *last but not least* — derartige Manipulationen, und zwar nicht nur in den Printmedien, sondern auch im Radio und Fernsehen, hätte ich mir vorher nicht vorstellen können. Aus dem Vergnügen der vergangenen Jahre wurde eine Qual, eine tägliche Pflicht. Sie, meine Damen und Herren, empfinden es wahrscheinlich anders, denn das Vertrauen der Deutschen in ihre Medien ist weltbekannt. Sie haben aber leider nicht die Möglichkeit eines Vergleiches mit einer wahrlich pluralistischen Medienlandschaft. Und ich meine nicht englische bzw. französische Zeitungen, die Sie sprachbedingt evtl. lesen. Ich meine die polnischen Medien. Denn im Vergleich zu Deutschland herrscht hierbei in Polen ein wahrer Pluralismus. Und das ist die erste, für Sie wahrscheinlich ziemlich provokative, These meiner Ausführungen.

Sie können sich wahrscheinlich leicht vorstellen, auf welche Argumenten sich meine Kritik der deutschen Medien stützt: die bekannten Ereignisse in einer Kölner Silvesternacht, Berichte über die Vorfälle in Chemnitz oder über die Kriminalität der sog. Flüchtlinge. Ja, das auch. Ich habe aber vor allem meine

persönlichen Erfahrungen, über die ich Ihnen vielleicht später erzählen werde. Und ich meine vor allem Berichte über mein Land, über Polen, die ich seit drei Jahren, d.h. seit dem Regierungswechsel in meinem Land, erleben muss. In der *FAZ*, in der *Welt*, in der *Zeit*, im *Tagespiegel*, usw. usf.

Lassen wir aber diesen Aspekt vorläufig beiseite. Und kehren zu der Situation in Polen zurück. Der oben erwähnte Pluralismus hat — das ist die zweite These meines Vortrags — seinen Preis. Er ist das Ergebnis eines erbitterten politischen Kampfes, bei dem die Wahrheitssuche meistens auf der Strecke bleibt. Es gibt zwei wichtigste Seiten des politischen Konflikts in meinem Land, und jede von ihnen hat ihre medialen Unterstützer (bzw. Bekämpfer). Dies garantiert, dass jeder Fehler, jede wirkliche oder vermeintliche Übeltat einer der Seiten sofort angeprangert wird und die Öffentlichkeit erreicht.

In Polen hat nach wie vor das **Fernsehen** den größten Einfluss auf die Bildung der öffentlichen Meinung. Danach kommt, glaube ich, das Internet, dann die Printmedien und das Radio. Fangen wir also mit dem Fernsehen an. Es gibt vier ernst zunehmende Fernsehanstalten, die eine politische Rolle spielen: zwei private und zwei öffentliche. Die beiden privaten wurden vor mehreren Jahren von zwei polnischen Stasi-Beamten gegründet. Man kann also leicht erraten, welchen Interessen sie dienen: Sie beschützen die ganze Zeit die sog. Transformationsgewinner. Die Gewinner einer Transformation, die bestimmt auch Erfolge zu verzeichnen hat, die aber auch große Ungleichheiten, ja sogar Armut und Ungerechtigkeit verursachte — was wiederum der Grund für die Niederlage der Bürgerplattform PO bei den Parlamentswahlen vor drei Jahren war. Die beiden — sie heißen TVN und Polsat — sympathisierten mit ehemaligen Kommunisten, versuchten die sog. Lustration (d.h. Abrechnung mit der Vergangenheit) zu verhindern, förderten die Bereicherung der Postkommunisten und Neoliberalen. Heute gelten sie

als Vertreter der Modernisierung Polens, die man eigentlich als Postmodernisierung bezeichnen sollte. Sie sprechen vom „Fortschritt“ und von „Europa“. Die beiden sind ziemlich reich, ihre Programme haben daher eine gute Fernsehqualität und ziehen ein großes Publikum an. Selbstverständlich stehen sie in der ersten Reihe der Kritiker der neuen Regierung. Mit allen, auch moralisch dubiosen Mitteln. Neulich wurde die eine – nämlich TVN – an eine amerikanische Firma verkauft. Viele hatten sich davon eine Mäßigung erhofft, die aber nicht erfolgte. Denn der Fernsehsender wollte sein gewohntes Publikum nicht verlieren. Als er ein paar moralisch besonders schlimme Sachen beging (selbstverständlich verfügt er über mehrere Themenkanäle) und der öffentliche Fernsehrat ihn gesetzeskonform bestrafen wollte, meldete sich als Verteidigerin die neue US-amerikanische Botschafterin zu Wort. Dies rief Empörung hervor, die Strafe wurde aber nicht verhängt.

Polsat und TVN stehen zwei staatlich finanzierte Fernsehsender gegenüber: TVP 1 und TVP 2. Ihre Sendungen sind ausgleichener, Vertreter aller politischen Linien werden zu den Programmen eingeladen. Sie sind der Ort einer echten Diskussion, in der es nicht um das Tempo, sondern um eine Debatte geht. Trotzdem werden sie, auch in den deutschen Medien, scharf kritisiert. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie ein Mittel der Regierungspropaganda seien. Dabei wird vergessen, dass es nach der Wende in Polen zur Tradition wurde, die Leitung des öffentlichen Fernsehens durch die Gewinnerpartei zu besetzen. Nicht anders war es in den Jahren 2007–2015, als in Polen die Tusk-Partei regierte. Damals waren also alle vier genannten Sender in den Händen der Regierung. Dass das für die Zuschauer ziemlich unerträglich war, können Sie sich leicht vorstellen! Den Menschen ging es immer schlechter, trotzdem herrschte in allen Fernsehprogrammen Erfolgspropaganda. Glücklicherweise haben wir das hinter uns. Durch die gegenwärtige polnische

Fernsehlandschaft, wie ich sie hier nur ansatzweise beschreiben konnte, sind also sowohl eine Information über Ziele und Ergebnisse der Reformen als auch eine berechtigte Kritik der Regierung und allgemein der Situation in Polen gewährleistet.

Gehen wir nun weiter. Kann man in Bezug auf das Fernsehen von einem Gleichgewicht sprechen, hat die Opposition im **Internet** ein offensichtliches Übergewicht. Denn die acht Spitzenportale sind alle der Regierung gegenüber sehr kritisch. Davon haben nur drei einen polnischen Eigentümer, drei sind in den Händen von Deutschen und zwei — von Amerikanern. Zwei weitere, relativregierungsfreundliche Portale — wPolityce und Niezależna — werden von deutlich weniger Besuchern gelesen. Dies hängt mit ihrem finanziellen Potential zusammen: Sie können sich die Vielschichtigkeit der Beiträge einfach nicht leisten. Trotzdem war es das Internet, das die Kommunikation mit den konservativen Wählern ermöglicht und 2015 wesentlich zum Sieg der PiS beigetragen hatte. Die Nummer 2 auf dieser Liste, Onet.pl, bleibt im Besitz des Axel-Springer-Konzerns und kann von allen Mitteln dieses Konzerns profitieren, was Informationen und Unterhaltung angeht. Dadurch ist das Portal für den Leser einfach anziehender, bunter, auch wenn es ideologisch geprägt ist und oft Fake News verbreitet. Aber — auch hier ist die Freiheit gewährleistet: Es gibt keine Beschränkungen für die Anbieter.

Nun kurz über die **Presse**. Hier sind Zeitungen, die einen polnischen Besitzer haben, zahlreicher. Aber auch sie sind meistens regierungskritisch. Allen voran **FAKT**, eine Boulevard-Zeitung des Axel-Springer-Konzerns, die sich täglich durchschnittlich mit ca. 300.000 Exemplaren verkauft. Auf Platz zwei steht die **Gazeta Wyborcza**, eine von Adam Michnik geleitete Zeitung, die als Presseorgan der Solidarność-Bewegung gegründet wurde und nun als Alliierte der Kommunisten, der Postkommunisten und der Neuliberalen endet. Die beiden — **FAKT** und **Ga-**

*zeta Wyborcza* — tragen maßgeblich zum Verfall der journalistischen Qualität der Printmedien in Polen bei.

Ständige Tatsachenverdrehungen, Lügen, Fake News, Pseudo-Deutungen — dies alles bringt nur Chaos in die politische Debatte und schafft eine Situation, in der anstatt der Wahrheitsuche ein Narrativ gegen ein Gegennarrativ kämpft. Die beiden dürfen dennoch bestehen und ihr dubioses Geschäft betreiben, was die Freiheit der Presse deutlich unter Beweis stellt. Diese These gilt, auch wenn vor Kurzem ein Journalist der *Gazeta Wyborcza* in der *Welt* etwas anderes behauptete. Sie dürfen unbestraft die Anhänger der Regierung beschimpfen, beleidigen, gar bedrohen — auch dank der Sympathie der vermeintlich von der PiS-Partei dominierten Gerichte. Und es geschieht nichts. Ihre Lügen landen manchmal sogar in der Wikipedia, als begründete Informationen über Sachen und Personen. Zu diesen Medien werde ich noch zurückkehren.

In der **Rundfunk**landschaft spielt der private Radiosender RMF die Hauptrolle, mit — dies wird Sie ins Staunen versetzen — über 25% Zuhörern. An zweiter Stelle folgt Radio Zet, mit 14%. Erst danach kommen zwei öffentliche Sender, die zusammen ca. 17% haben. Wie viele Radiosender es in Polen gibt, kann ich Ihnen nicht sagen — es sind Hunderte. Hier ist die Landschaft wirklich bunt, denn jede Stadt kann -zig kleine Sender haben. Ich kenne diese Branche ein wenig, denn ich war sechs Jahre lang Mitglied im Beirat eines regionalen Posener Senders. Der Kampf um Zuhörer und damit um Gelder ist wirklich hart. Aber freiheitlich. Dass er politisch recht wichtig sein kann, zeigt diesebrandneue Geschichte: Als die Gebrüder Karnowski (die übrigens in Berlin neulich ein Interview mit Oberst Pasderski von der AfD durchführten), Besitzer einer Wochenzeitung und eines wichtigen Portals, den zweitgrößten Radiosender Polens, d.h. das Radio Zet, kaufen wollten, wurden sofort Kräfte um Herrn Soros mobilisiert, um dies unmöglich zu machen und damit eine

größere Pluralität der Rundfunklandschaft zu verhindern. So geht das Spiel, nicht so, wie es die deutschen Medien berichten.

Als letztes will ich kurz die Situation auf dem Markt der **Wochenzeitungen** besprechen. Sie ist aus deutscher Sicht vielleicht interessant, denn an erster Stelle steht die katholische Wochenzeitung *Gość Niedzielny* [Sonntagsgast], gefolgt von *Newsweek-Polska* und *Polityka*. Die zweite ist wieder ein Medium des Axel-Springer-Konzerns. Und sie ist einfach furchtbar, was die Einhaltung journalistischer Standards betrifft. Die dritte, *Polityka*, ist eine Zeitung der postkommunistischen Intellektuellen, also ein Überbleibsel des Kommunismus. Kaum zu glauben. Erst auf Platz 4 und 5 kommen zwei Zeitungen, die die Meinung der Mehrheit der Polen widerspiegeln: *Sieci* [Netze] der oben erwähnten Gebrüder Karnowski und *Do Rzeczy* [Zur Sache]. Trotzdem ist die Situation in diesem Feld ziemlich ausgeglichen. Und der Wettbewerb zwischen ihnen garantiert die Kontrolle der Informationen und die Freiheit der Medien.

Diese ausgewählten, politisch profilierten Titel bilden aber nur einen Teil der Printmedien in Polen. Denn daneben bestehen Hunderte Wochen- oder Monatszeitschriften, die für ein bestimmtes Klientel vorgesehen sind: für Jugendliche, Musiker, Gärtner usw., usf. Das wäre kaum der Rede wert, würden wir von den Eigentumsverhältnissen absehen. Wenn wir es aber nicht tun, dann entdecken wir etwas Verblüffendes. Wir entdecken nämlich, dass der größte Presseherausgeber in Polen die deutsche Firma Bauer ist. Sie gibt in Polen mehrere Zeitungen heraus. An zweiter Stelle platziert sich der deutsch-schweizerische Konzern Ringier-Axel-Springer-Polska, mit 20 Print- und Internet-Medien. Er ist führend in der Presse. Mit *FAKT* und *Newsweek* und im Internet mit dem Portal Onet.pl. gehört Platz 3 einer Firma, die zwar Polska-Press-Gruppe heißt, aber ebenfalls einem deutschen Konzern angehört: der Verlagsgruppe Passau.

Sie verfügt über 20 regionalen Tageszeitungen in 15 von 16 Woiwodschaften und über 150 regionale Wochenzeitschriften.

Meine Damen und Herren! Sie können sich problemlos vorstellen, was dies politisch bedeutet. Während die Kritik an der eigenen polnischen Regierung zum täglichen Brot gehört, erscheint in diesen Medien so gut wie nie eine Kritik der deutschen Regierung. Elżbieta Kruk, Mitglied des Nationalen Medienrates, hat im November 2018 im polnischen Parlament gesagt, dass in Polen im Jahre 2014 von ca. 180 Zeitungen und Zeitschriften nur ca. 50 einen polnischen Besitzer hatten. Fremdes Kapital kontrolliert 76% des Pressemarkts, davon befinden sich 75% in deutschen Händen. Frau Kruk stellte also die Frage, wie sich das auf die öffentliche Debatte im Land auswirke. Diese Frage wurde aber bereits von der *Europaen Journalist Federation* beantwortet, und zwar mit einer generellen Behauptung: Die Dominanz des ausländischen Kapitals führt zur politischen Abhängigkeit des davon betroffenen Landes. Punkt.

Deshalb sollte es nicht wundern, wenn man in Polen seit Monaten über ein Gesetz zur **Repolonisierung** der Medien spricht. Einer Repolonisierung, wohl gesagt, nicht einer Verstaatlichung bzw. Renationalisierung. Wegen des Verhaltens der Europäischen Kommission ist es bis jetzt nicht gelungen, ein solches Gesetz einzuführen. Im Bankwesen war Vergleichbares geschehen und brachte wichtige, positive Impulse für die polnische Wirtschaft mit sich. Ob das auch auf dem Medienmarkt möglich sein wird, weiß ich nicht. Tatsache ist, dass eine mangelnde Freiheit in diesem Bereich, sollte man darüber reden wollen, nicht dem Handeln der polnischen Regierung anzulasten ist, sondern der Übernahme des Marktes durch fremdes Kapital gleich nach der Wende. Unter Regierungen, denen die Ideale der Solidarność-Bewegung fremd waren.

Bevor ich zu meiner Schlussbemerkung komme, erlauben Sie mir ein paar Sätze über die **deutschen Medien in Polen**.

Ich meine jetzt nicht *FAKT*, *Newsweek* oder *Onet.pl*, die sich im Besitz des Axel-Springer-Konzerns befinden. Ich meine die deutschen Korrespondenten in Polen — von der *FAZ*, der *Welt*, der *Süddeutschen Zeitung*. Und alle anderen. Ich sage bewusst „alle anderen“, denn es gibt keine Ausnahme. Mein Stellvertreter in der Botschaft hat mal treffig gemerkt: Vier deutsche Korrespondenten in Warschau machen 25 Jahre der deutsch-polnischen Versöhnung und Verständigung kaputt. Und das ist wahr. Seit drei Jahren versuche ich hier etwas Wahres und Objektives, vielleicht auch Positives, über den Zustand des Landes unter der neuen Regierung zu lesen. Vergeblich. Was verwundert, denn trotz des ständigen Beschusses seitens fast aller Medien hat diese demokratisch gewählte Regierung nach wie vor eine ca. 40-prozentige Unterstützung der polnischen Bevölkerung. Keinen in der Bundesrepublik scheint das zu wundern, obwohl hier etwas nicht stimmen kann. Als Erklärung wird der angeborene Nationalismus der Polen ins Feld geführt, die angeblich nicht zu der EU passen. Neulich wurde ein patriotischer Marsch anlässlich des 100. Jahrestags der Wiedererlangung der Unabhängigkeit, an dem eine Viertelmillion Menschen teilnahmen, sowohl in den deutschen Medien wie auch von den EU-Politikern als „Versammlung von Faschisten“ abgestempelt. Diese Medien, diese Politiker sollten sich schämen. Mit ihnen geht die EU zugrunde.

Darüber hinaus versuchen deutsche Medienkonzerne, die in Polen aktiv sind, immer öfter, die Freiheit der polnischen Journalisten zu begrenzen, indem sie die Gunst der Justiz und die Kraft ihrer eigenen Rechtskanzleien nutzen. Drei polnische Journalisten, die in den sozialen Netzwerken (FB oder Twitter) Axel-Springer-Polska scharf kritisierten, indem sie dem Konzern vorwarfen, die Interessen des deutschen Staates gegen die Polens auszuspielen, wurden neulich vor Gericht gebracht. Mit der Aussichtauf eine große finanzielle Strafe, die sie ruinieren wür-

de. Das halbe Land verfolgt diesen Prozess und wird daraus Schlussfolgerungen ziehen. Auch für die Freiheit der Medien aus der westlichen Sicht.

In den führenden deutschen Medien in Polen vergeht kein Tag, ohne dass die Bevölkerung mit Pseudo-News über drohende Katastrophen bzw. über große Probleme, die ihnen die staatlichen Reformen und neue Regelungen vermeintlich bringen würden, bombardiert worden wäre. Die angekündigten Katastrophen erfolgen nicht, dennoch bringt das die Herausgeber gewisser Zeitungen bzw. Portale nicht davon ab, immer neue Probleme auszudenken, um die Bevölkerung einzuschüchtern. Über Erfolge der polnischen Reformen — in der Wirtschaft, im Bereich der Sozialhilfe, im Schulwesen, in der Justiz — finden Sie, meine Damen und Herren, in diesen Berichten kaum eine positive Information. So sieht man ganz klar, an welcher Seite die Medien stehen: Sie wünschen sich eine Neuauflage der früheren Regierung von Tusk und Schetyna. Und die ständigen Treffen der deutschen Politiker mit der Opposition, mit der sog. „Totalen Opposition“, bei jedem ihrer Besuche in Warschau — von einfachen Abgeordneten bis hin zu der Kanzlerin — sind ein gutes Argument für diesen Verdacht.

Zum **Schluss** darf ich also feststellen: Die Freiheit der Presse und anderer Medien ist in Polen unangetastet. Zum einen weil bei uns verschiedene weltanschauliche Kräfte ihre Medien nutzen und finanzieren können, von der postkommunistischen *Trybuna* (ein Pendant der russischen *Prawda*), die nach wie vor erscheint, über die sozialistisch-neuliberale *Gazeta Wyborcza* oder die national-konservative *Gazeta Polska* bis zu erzkatholischen Zeitungen und Zeitschriften. Zum anderen weil unser Recht keine Zensur zulässt. Was mich persönlich traurig macht, ist nicht ein Mangel an Freiheit, sondern manchmal zu viel Freiheit. Zu viel Freiheit, die in der Produktion von Fake News resultiert, deren Autoren unbestraft bleiben. Dies müsste sich ändern, und zwar

in der ganzen Welt. Und so würde ich ein Gesetz begrüßen, das mehr Verantwortungsübernahme für Verleumdungen und Lügen verlangt.

# Nationale Freiheit und europäische Verantwortung\*

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Vortrag. Das ist eine schöne Auszeichnung, die ich zu schätzen weiß. Ich empfinde es als große Ehre. Der Anlass dieser Vortragsreihe ist das runde Jubiläum des Luthertums. Meine Einstellung zum Luthertum ist zwiespältig: Einerseits erkenne ich es als seiner Zeit berechtigte Proteststimme gegen die Irrwege der römischen Mutterkirche an, andererseits bedauere ich, dass es nach den Reformen der römisch-katholischen Kirche nicht dazu kam, dass sich die beiden Kirchen wiedervereinigten. Dies schwächt, meiner Meinung nach, das Christentum bis heute. Und ohne Christentum — nicht nur „ohne das christliche Erbe“, wie man neulich zu sagen pflegt — ist die Existenz der europäischen Kultur für mich undenkbar, jedenfalls wäre sie als exzellente Errungenschaft der Menschheit in großer Gefahr. Glücklicherweise ist die Entwicklung dieses Gedankens nicht das Thema meines Vortrags, denn ich bin weder Soziologe noch Theologe.

Meine Damen und Herren,  
als Rahmenthema wurde der Begriff „Freiheit“ gewählt — sehr glücklich, wie ich meine. Und in diesem Rahmen wurde mir, wie

---

\* Vortrag in der Nikolaikirche zu Potsdam am 18.10.2017

Sie wissen, das Problem des Verhältnisses zwischen der nationalen Freiheit und der europäischen Verantwortung eben „verantwortet“.

An dieser Stelle möchte ich eine wichtige Vorbemerkung machen: Das Thema wurde wahrscheinlich aus dem Grund so und nicht anders formuliert, weil Polen neulich in Deutschland als ein Land dargestellt wird, das Probleme damit hat, seine eigene Freiheit als Staat zugunsten der EU zu begrenzen. Ich möchte jedoch klarstellen, dass ich hier nicht als Botschafter Polens in der Bundesrepublik, der einen offiziellen Standpunkt der Regierung bzw. die Ideologie der regierenden Partei zum Ausdruck bringen wird, spreche. Das wäre ohnehin schwierig, weil so etwas in eindeutiger, schriftlicher Form gar nicht existiert. Wir haben nur Aussagen einzelner Politiker, darunter einiger Minister. Nein, ich möchte, dass Sie, meine Damen und Herren, meine Worte als Aussagen eines Philosophierenden verstehen, der sich mit der Problematik der Beziehung zwischen dem National-Partikularen und dem Übernational-Universellen ein wenig beschäftigt.

Dies geschah u.a. in einem 2013 veröffentlichten Buch, das unter dem polnischen Titel *Dlaczego Polska jest wartością* (zu Deutsch: Warum Polen ein Wert ist) erschien. Dieses Buch konzipierte ich als den dritten Teil einer systematisch zu entwickelnden hermeneutischen Philosophie. In ihrem ersten Teil, in der Abhandlung *Die hermeneutische Wende der Philosophie*, habe ich diese Theorie im Bereich der Ontologie und Epistemologie (also den Hauptdisziplinen der Philosophie) skizziert. Im zweiten, d.h. in meinem Buch u. d. T. *Ethik im Lichte der Hermeneutik*, habe ich die praktische Philosophie aus der hermeneutischen Perspektive zum Ausdruck gebracht. Und der dritte Teil, also das oben erwähnte Buch, trug den Untertitel *Grundriss einer hermeneutischen Philosophie der Politik*. Dies wird die Basis meiner heutigen Ausführungen sein.

Für den Aufbau der hermeneutischen Philosophie sind für

mich die Werke H.-G. Gadamers (des größten Denkers Deutschlands in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts) grundlegend, ergänzt durch die Beiträge M.Heideggers, W.Diltheys und P. Ricoeurs. Im Bereich der hermeneutischen Theorie der Politik spielt darüber hinaus die Geschichtsphilosophie Hegels — als Weiterführung der politischen Philosophie Kants und Fichtes — eine wesentliche Rolle. Dies wird in meinen Ausführungen sehr deutlich werden.

Zur hermeneutischen Philosophie, manchmal verkürzt „Hermeneutik“ genannt, sage ich nur ein paar Worte: Diese Philosophie ist eine neue, auf dem Begriff des Verstehens gestützte Version der Lebensphilosophie. Ihr Ausgangspunkt ist nicht der Mensch als erkennendes Subjekt, sondern als Leben, als lebendiges Wesen, dessen Vernunft aus der Erfahrung kommt. Und zwar nicht nur aus der individuellen Erfahrung, sondern auch und vor allem aus der gesellschaftlichen Erfahrung, die in der Kultur, in der Tradition und v.a. in der Sprache aufbewahrt wird. Der Mensch ist für diese Philosophie ein „homo symbolicum“, der zugleich ein „homo metaphysicum“ bleibt, d.h. durch den Bezug zur Transzendenz bestimmt wird. Die Transzendenz kann dabei sehr unterschiedlich aufgefasst werden. Die hermeneutische Philosophie betont die Macht der Geschichte und die Selbstfindung des Menschen via Geschichte. Für sie ist Europa nicht — wie für Hegel — eine „rein logische“ Konsequenz des geschichtlichen Entwicklungsprozesses, dem sich alle Völker anpassen müssen, sondern eine glückliche und geglückte Errungenschaft, die auf einem Kontinent zur Geltung kam und dann, partiell, auf andere Kontinente übertragen wurde.

\* \* \*

Gehen wir nun zu dem Hauptthema meines Vortrags über. Im Titel wurden vier Begriffe miteinander verbunden: Nation, Freiheit, Europa und Verantwortung. Und aus der Formulierung des Titels

geht hervor, dass es zu einer Konfrontation zwischen dem Nationalen und dem Übernationalen — hier: dem Europäischen — kommt bzw. kommen kann. Beides scheint einen Wert zu haben, es liegt also nahe, einen Kompromiss zwischen ihnen zu suchen bzw. dem einem oder dem anderen Vorrang geben.

In Brüssel gibt es seit kurzem eine Ausstellung zur europäischen Geschichte, die in Polen auf großen Protest gestoßen ist. In den Medien und bei den Politikern. Der Kultusminister Prof. Gliški, namhafter Soziologe und zurzeit Vizepremierminister, hat sogar einen öffentlichen Protestbrief an die Verantwortlichen geschrieben, in dem er nicht nur seine Bedenken angesichts der Gestaltung verschiedener Elemente dieser Ausstellung zum Ausdruck bringt. Eines davon ist die Rolle der Nation. Die Geburt der Nation wird dort auf das 19. Jahrhundert verschoben und als Hauptgrund für die Entstehung der modernen Nationen werden Kriege in dem Europa des 19. und des 20. Jahrhunderts gesehen. Das erste ist schon deshalb falsch, dass z.B. die polnische Nation zwischen dem 11. und dem 13. Jahrhundert entstanden ist. Grundlage dafür wäre eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Religion und ein europaweit anerkannter Staat. Ob die Geschichte des 20. Jahrhunderts als Kampf zwischen Nationen gedeutet werden kann, ist ebenso fraglich. Man kann sie vielleicht besser als Kampf zwischen Imperien bzw. Großmächten interpretieren, die die Dominanz in Europa gewinnen wollten und sich kleinere Nationen unterzuordnen suchten.

Laut der hermeneutischen Philosophie wird jeder Einzelmensch zu dem, was er ist, durch die Kommunikationsgemeinschaft, in der er oder sie aufwächst und kultiviert wird. Die universelle, sagen wir: die Kantische Perspektive des „Menschen als solchen“, einer völlig rationalen Subjektivität, entwickelt sich — u. z. nicht immer — nur auf dieser Grundlage. Und diese Gemeinschaft ist der Ansatz einer Nation oder sie ist bereits eine Nation. Sie wird durch Hauptmerkmale begründet wie gemein-

same Geschichte (als Schicksalsgemeinschaft), Muttersprache (mit der dazugehörigen Literatur), Religion, soziale Ordnung.

Georg W. F. Hegel benennt das Ganze mit einem Begriff, der heute etwas anderes bedeutet, der mir aber dennoch sehr passend scheint: dem der „Sittlichkeit“. Die Sittlichkeit jedes Volkes, jeder Nation, ist einmalig und unverwechselbar. Es ist ganz falsch, wenn man über eine slawische Mentalität spricht, denn die Mentalität eines typischen Tschechen, eines typischen Polen und eines typischen Russen, nur als Beispiel genommen, ist ganz unterschiedlich, manchmal sogar konträr zueinander.

Wenn wir in diesem Denkhorizont über Freiheit sprechen, dann darf nicht übersehen werden, dass sich Freiheit immer im Rahmen des in einer solchen Gemeinschaft Erlaubten verwirklichen kann. Selbstverständlich geht es um die politische Freiheit nicht um die philosophische, die man als Willensfreiheit auffassen kann. Die letztere wurde neulich problematisch, vielleicht gibt es sie gar nicht oder nur beschränkt. Diskussionen darüber laufen. Dies hat aber keine Bedeutung für die Existenz der politischen Freiheit, die durch das in jedem Land geltende Rechtssystem vorgezeichnet ist. Ich meine damit die Möglichkeiten jedes Individuums zur Verwirklichung eigener Absichten, eigener Ziele, eigener Lebenspläne, von der Freiheit zur Niederlassung in einem Land bis zur Freiheit der Beteiligung an der staatlichen Macht, z.B. durch Wahlen, im Rahmen einer Demokratie.

Die Geschichte eines Volkes hinterlässt eine Art Überlieferung, d.h. ein kulturelles Umfeld, das fast alles im Leben einer Gemeinschaft bestimmt, samt der Bedeutung der natürlichen Umgebung und dem Zugang zu ihr. In Polen und für die meisten Polen war die Selbstbestimmung immer der größte Wert. Das sieht man ganz klar in unserer Geschichte. Die Freiheit der Bürger in ihrem Lande und die Freiheit des Landes auf der Weltbühne hatten immer Vorrang. Die Polen waren stets bereit, um die Selbstbestimmung zu kämpfen, oft den höchsten Preis dafür

zu zahlen. Der Gedanke, dass wir nun jetzt in einem post-nationalen Zeitalter leben, gilt in Polen als völlig falsch. In Europa bestimmen nach wie vor die nationalen Interessen das Geschehen. Wie Sie wissen, verlor Polen 1795, vor allem infolge des Verrats eines Teils der Gesellschaft, ihre staatliche Unabhängigkeit für 123 Jahre. Dies geschah im Ergebnis von drei Teilungen unseres Landes, infolge deren Polen von der Landkarte verschwand.

Die polnische Gesellschaft, die polnische Nation, hat dennoch überlebt, getragen durch ihre eigene Kultur, ihre eigene Literatur (d.h. ihre Sprache), durch ihre eigene Vorstellung vom guten Leben (d.h. durch ihre überlieferte Tradition). Die Zeit der Unabhängigkeit war aber kurz: Es waren 21 Jahre der Zwischenkriegszeit, beendet durch den brutalen Angriff zweier Mächte: des nationalsozialistischen Deutschlands und des kommunistischen Russlands. Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg war durch den wachsenden Kampf der polnischen Gesellschaft gegen die „Präsenz und Essenz“ des real-sozialistischen System geprägt. Im Unterschied zu anderen sozialistischen Ländern, wo es nur je einen misslungenen Aufstand gegen kommunistische prorussische Regierungen gab, revoltierten die Polen ca. alle 10 Jahre erneut.

Entscheidend war die Entstehung der Solidarność-Bewegung. Ich bezeichne die „Solidarność“ bewusst als eine Bewegung, denn sie war viel mehr als eine Gewerkschaft, auch wenn sie als eine solche registriert wurde. Ihre Entstehung wäre ohne die Wahl des polnischen Kardinals K. Wojtyła zum Papst Johannes Paul II. und ohne seine Besuche in Polen nicht möglich. Und ohne ihre Entstehung und ihren Kampf wäre wiederum der Mauerfall m.E. unvorstellbar. Jemand musste ja die Kommunisten in Russland und im Ostblock herausfordern. Nicht zufällig taten es die Polen.

Bis das Jahr 1989 kam — durch die Ausschöpfung des kommunistischen Systems; ein Jahr, in dem es in Polen zu Gesprä-

chen am Runden Tisch kam: zu Gesprächen zwischen einem auserwählten Teil der Opposition und der kommunistischen Regierung. Und infolgedessen zu einem — aus der heutigen Sicht: faulen — Kompromiss mit den Kommunisten.

Aufgrund seiner Kultur, die unter großem Einfluss des Mittelmeers stand, verstand sich Polen immer als zur westlichen Zivilisation zugehörig. Deshalb wurde bei uns — im Unterschied etwa zu der Ukraine — gleich nach der sog. Wende ein Wunsch klar und eindeutig artikuliert: der Wunsch nach einer Wiederkehr zur abendländischen Kultur, in jeder Hinsicht. Daher der Antrag auf die Aufnahme in die Nato und in die EU. In die EU von damals, wohlbemerkt, denn die EU von heute scheint vielen in Polen ein ideologisch (und zwar links-liberal) gesteuertes Monster, das jene Werte zerstört bzw. in Frage stellt, die in unseren Augen den Kern der europäischen Kultur bilden. Werte wie Familie, Republik, Religion (das Heilige), Staat und Nation. Was uns vor allem fehlt, ist der mangelnde Stolz auf diese Kultur und ihre Errungenschaften, der sich in verschiedenen empfohlenen Techniken der sog. Dekonstruktion dieser Kultur äußert.

Um die polnischen Probleme mit der jetzigen Beschaffenheit der EU besser zu verstehen, lohnt sich die Unterscheidung zwischen einer modernen und einer postmodernen Gesellschaft. Das ist ein Begriffspaar, das sich in der heutigen Geisteswissenschaft großer Beliebtheit erfreut, vor allem durch den Einfluss tonangebender Philosophien von Denkern wie J. Derrida, G. Vattimo oder R. Rorty. Auch der vor kurzem verstorbene polnische Exilsoziologe Zygmunt Bauman spielte hier eine Rolle. Ich hatte die Gelegenheit, sie alle persönlich kennenzulernen. Die Unterscheidung zwischen dem modernen und dem postmodernen Denken, die ja viele Facetten hat, versuche ich nun in Anlehnung an Hegel zu veranschaulichen.

\* \* \*

Infolge einer im Sinne der hermeneutischen Philosophie gemachten Anwendung der Rechtsphilosophie Hegels hat eine moderne Gesellschaft die folgenden Hauptbestandteile: die Familie, die bürgerliche Gesellschaft und den Staat. Eine — sagen wir — „gute“ Gesellschaft stellt eine harmonische Verbindung dieser drei Elemente dar. Die moderne Familie ist monogam und mit dem Wunsch, Kinder zu haben, verbunden. Also heterosexuell. Denn Kinder garantieren das Überleben und die Entwicklung dieser Gesellschaft. Der Grund der Familiengründung ist existentieller Natur: Es ist die Liebe, die gegenseitige Zuneigung zwischen zwei Partnern; Partnern, die sich verpflichten, wenigstens so lange eine Familie zu sein, bis die Kinder großgezogen sein werden. Denn sie sind verantwortlich nicht nur für die biologische Geburt ihrer Kinder, sondern auch für ihre Enkulturation: ihre Erziehung zu einem erfolgreichen Leben in einer Gesellschaft, und zwar durch das Erlernen ihrer Regeln. Man kann es eine zweite Geburt, die kulturelle, nennen.

Wenn Kinder großgeworden sind, werden sie sozusagen in die bürgerliche Gesellschaft entsandt: Sie suchen ihren Erfolg, ihr Glück, auf dem Markt der Dienstleistungen für die Gesellschaft. Nur das Recht auf Privateigentum, d.h. auf den Besitz der Früchte eigener Aktivitäten, garantiert die Freiheit der menschlichen Individuen. Und die Freiheit, samt ihrem Bewusstsein, ist das Hauptmerkmal einer modernen Gesellschaft. Ein Merkmal, das sie von den vormodernen unterscheidet. Selbstverständlich ist es, wie ich bereits sagte, die sog. politische und juristische Freiheit (u.a. die zum Abschließen von Verträgen). Die bürgerliche Gesellschaft ist der Ort der Arbeitsteilung und der Messung individueller Leistungen und Begabungen. Nur der Kapitalismus kann Bedingungen schaffen, dank deren der Beitrag eines jeden Menschen zum gemeinsamen Wohl richtig belohnt wird. Die bürgerliche Gesellschaft ist also der Antriebsmotor für die Entwicklung der modernen Gesellschaft.

In der bürgerlichen Gesellschaft lauern aber auch Gefahren: Es sind Egoisten, die hier ins Spiel kommen und auf Erfolg ausgerichtet sind; die versuchen, die Regeln der ethischen Kooperation zu verletzen oder sogar aufzuheben, um sich einen Vorteil im Wettbewerb zu sichern. Deshalb ist das Entstehen des modernen Staates notwendig, um ihnen eine Grenze zu setzen. Und zwar durch die Setzung eines rechtlichen Rahmens und durch die darauf ausgerichtete Kontrolle. Der Staat ist darüber hinaus dafür zuständig und zugleich verantwortlich, dass die äußere Sicherheit besteht: die Sicherheit vor dem Überfall durch ein fremdes Land. Er hat aber auch eine ideelle Funktion: Durch das Entstehen des Staates etabliert sich ein Volk als Nation. Und der Staat ist auch dazu da, damit jede Nation ihre eigene Sittlichkeit — nennen wir sie: Tradition und Wertestruktur — leben, pflegen und entwickeln kann. Auch im Rechtssystem.

Daraus folgt, dass der von einer größeren, überstaatlichen Organisation erhobene Anspruch, die Gesetzgebung eines Staates mit zu beeinflussen, in vielen Ländern mit Unbehagen aufgenommen werden kann. Hier ist das Prinzip der Subsidiarität von großer Bedeutung. Die Verletzung dieses Prinzips kann zu großer Unzufriedenheit und dem Gefühl einer verlorenen Souveränität führen. Der durch die Geschichte durchleuchtende Geist jeder historischen Nation manifestiert sich im breit verstandenen Staat, der ihn fördern soll. Die Geschichte ist laut Hegel durch die Konkurrenz derartiger Geister bestimmt. Johannes Paul II. korrigiert es nur ein wenig: Der Reichtum Europas ist durch den kulturellen Reichtum seiner Völker und Länder bedingt. Jede Universalisierung, die eine Gleichschaltung mit sich bringt, ist eine Gefahr für diesen Reichtum. Und die Kultur der Länder ist ja durch die Leistungen der Staaten maßgeblich bedingt.

In der Postmoderne werden diese drei Fundamente der modernen Gesellschaft auf eines reduziert, nämlich auf die bürgerliche Gesellschaft, d.h. auf den Markt der Dienstleistungen,

der über alles entscheiden soll. Alles wird durch-ökonomisiert und berechnet, auch der Besitz und die Erziehung von Kindern. So gesehen lohnt sich das letztere kaum, denn es schwächt den Lebensstandard für Jahre. Darüber hinaus wird die Familie zu einem Ort der Unterdrückung und Gewalt umgedeutet und damit entwertet. Anstelle der modernen Ehe treten kurzweilige, üblicherweise kinderlose Beziehungen. Das im langen Entwicklungsprozess der westlichen Kultur ausgearbeitete Modell der Ehe — als eine staatlich bestätigte Rechtsbeziehung zwischen Mann und Frau — wird durch die „Ehe für alle“ völlig ruiniert. Auch der Staat wird in der Postmoderne als Störfaktor gesehen; seine Institutionen sollen nach Möglichkeit durch Nichtregierungsorganisationen ersetzt werden. Ein Leben in der Post-Wahrheit, Post-Demokratie und Post-Politik wird angesagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die polnische Gesellschaft ist nach der Wende einem modernen Europa beigetreten. Es zeigte sich aber schnell, dass sich die EU bereits in einem Übergang zur Postmoderne befindet. Die postmoderne Gesellschaft ist durch Merkmale wie grenzenloser Individualismus (jeder ist für sich das Wichtigste, die Gemeinschaft verschwindet, die Gesellschaft ist nur ein Mittel zur Erreichung egozentrischer Ziele, kein Selbstwert), Konsumismus (Bürger werden langsam, infolge der Dominanz großer Konzerne, zu Konsumenten reduziert), Atheismus (Leben nur im Diesseits, Verschwinden der Dimension von Jenseits, Ewigkeit bzw. Transzendenz). Die Welt wird nicht mehr als greifbare Wirklichkeit aufgefasst, sondern zu einer Sammlung von Narrationen reduziert, zu einer Erzählung über die Wirklichkeit. Hinzu kommt ein flacher Hedonismus mit seinem Kult des Körperlichen und der damit einhergehenden Übersexualisierung des Lebens, die bereits in den schulischen Programmen eine immer größere Rolle zu spielen beginnt. Die Liebe wird immer öfter mit Sex gleichgesetzt, Gefühle durch das Erlernen von Sextechniken er-

setzt. Die Bedeutung der Ehe schrumpft, und damit schrumpft auch die Geburtenrate als Grundbedingung der Weiterexistenz jeder Gesellschaft. Dies erzeugt wiederum den Bedarf nach einem „Import der Arbeitskräfte“, vor allem aus nichteuropäischen Ländern. Als „Multi-Kulti“ gepriesen, führt das zu Auseinandersetzungen zwischen den Kulturen und zur Entstehung von sog. Parallelgesellschaften. Wir beobachten es in den drei größten Ländern Westeuropas – in Deutschland, in Frankreich und in England –, aber auch in Belgien, Holland oder Spanien.

Polen möchte diesen Weg nicht gehen, denn wir glauben, dass dies ein Irrweg ist. Ein Ende Europas als Vorbildkultur für alle anderen. Deshalb setzt sich die jetzige polnische Regierung dafür ein, dass kein europäischer Superstaat gebaut wird, dass die Kultur als Verantwortungsbereich von Einzelstaaten als Akteuren der zivilisatorischen Entwicklung aufrechterhalten bleibt; dass die Selbstständigkeit, die Unabhängigkeit und damit auch die Freiheit der Nationen, auch die Freiheit zum Verlassen des gemeinsamen Weges, garantiert wird. Denn nur das Ende der Geschichte kann uns eine Antwort dafür geben, welcher Weg der richtige war.

\*\*\*

Dies aber nivelliert keinesfalls die Bedeutsamkeit des zweiten Teiles im Titel meines Vortrags: der europäischen Verantwortung, die als Verantwortung für Europa zu interpretieren ist.

Vor fast 20 Jahren habe ich in Köln, aus Anlass des sog. Doppelgipfels, eine Tagung zum Thema „Europas neue Einheit?“ organisiert. Es wurde mit einem Fragezeichen versehen, denn ich wollte die Teilnehmer – je drei aus Polen, Deutschland und Italien – provozieren, auch die Unmöglichkeit der Vereinigung Europas in Erwägung zu ziehen. Die meisten Antworten, die später in einem Band veröffentlicht wurden, blieben dennoch optimistisch. Die Integration der neuen Anwarterstaaten – Polen

zählte damals dazu — sei machbar und werde zum Wohl des Kontinents beitragen. Das Novum beruhte darauf, dass einige Teilnehmer auf die Botschaft Johannes Pauls II. hinwiesen, der einmal sagte, Europa habe zwei Lungen und müsse, um wirklich gesund — sprich: überlebensfähig — zu sein, mit den beiden atmen. Das sollte heißen: Die historischen Erfahrungen der beiden Teile Europas, des westlichen und des mittelöstlichen, müssen berücksichtigt und durchdacht werden. Kaum einer nahm und nimmt das ernst, denke ich.

Die Umgestaltung des modernen, ausgewiesenen Gesellschaftsmodell in ein postmodernes machte keinen Platz für die Weisheiten des anderen Europas. Der Prozess schien unaufhaltsam, vielen schien er sogar einen Fortschritt zu bedeuten. Was er brachte, sehen wir heute. Ein wachsendes Chaos im Bereich der Sicherheit, eine Ausbeutung der kleineren Länder infolge verschiedener Direktiven (neulich — der Entsendungsdirektive), die die Wettbewerbsfähigkeit einiger Länder schwächen sollen, einen Auszug des Kapitals aus den Ländern Mittelosteuropas. Hinzu kommt nun das sog. Europa vieler Geschwindigkeiten. Länder, die nicht imstande sind, ihre Grenzen zu schützen, wagen den Versuch, „als Bereicherung ihrer Kultur“ oder als „Aufruf zur Solidarität“ den anderen Ländern nicht integrierbare, oft anonyme Immigranten aufzuzwingen. Solche Beispiele kann man multiplizieren.

Wie steht es also um die „europäische Verantwortung“? Ich sehe es nicht so, dass die EU, als selbsternannte Vertreterin Europas, die Verantwortung für die Armut und das Leid der ganzen übrigen Welt auf sich nehmen muss bzw. soll. Vor einigen Wochen hörte ich von einem deutschen Politiker, einem ehemaligen Botschafter in einem fernen Land, Folgendes: Wir sollten Opfer der Naturkatastrophen als Flüchtlinge betrachten und bei uns aufnehmen, weil die Industrierentwicklung in Europa in den letzten 400 Jahre dafür verantwortlich sei, dass dort

solche Katastrophen vorkommen. Weiter kann man, glaube ich, in der Selbsterstörung der eigenen Würde und in der Selbstbeschuldigung nicht gehen.

Unsere Verantwortung für Europa beruht m.E. darauf, dass die EU als Modell einer erfolgreichen und friedlichen Zusammenarbeit der europäischen Völker aufrechterhalten und perfektioniert wird. Der Völker, die dort zusammenarbeiten, wo es notwendig ist, also vor allem im Bereich der Sicherheit und der Wirtschaft. Es sollte selbstverständlich auch einen Raum für die Präsenz derjenigen Werte geben, die mit der späteren Entwicklung der europäischen Kultur zusammenhängen. Dazu gehören Freiheit der Individuen, Gleichheit der Frauen und Männer, Rechte der Kinder, aber auch der Eltern, Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Lebensauffassungen (auch im religiösen Bereich), wenn sie die gesellschaftliche Ordnung nicht ruinieren und keine Bedrohung für unsere Freiheit und Sicherheit darstellen. Den anderen Teilen der Welt soll Europa ein Vorbild bleiben, nicht ein Zufluchtsort. Das Beispiel Chinas ist hier maßgebend: Wer würde heute, angesichts des Erfolgs dieses Landes, wagen, die Chinesen zu belehren, wie sie zu leben haben??? Genau das tun wir aber sehr oft — oder die Europäische Kommission tut es— bei anderen Völkern und Nationen.

Was nicht heißen soll, dass wir parallele Gesellschaften bei uns tolerieren sollen. Gleichberechtigung der Frauen oder Nichtverhüllen des eigenen Antlitzes in der Öffentlichkeit dürfen nicht aufgegeben werden. Für solche „Andersheiten“ kann es in der EU keinen Platz, keine Toleranz geben. Wer zu uns kommt und mit uns leben will, muss die Regeln befolgen, die aus unserer Tradition und aus unserem Rechtssystem folgen.

Mein Land, die Republik Polen, trägt selbstbewusst zur Lebendigkeit Europas bei, so gut es kann. Wir wissen z.B., wie wichtig die Ukraine für die Vervollkommnung Europas, für seine Stärke als globaler Akteur ist. Daher weisen wir ständig auf die

Gewalt hin, die diesem Land von Russland angetan wird. Die europäischen Ambitionen dieses Landes wurden für Jahre ausgebremst und die EU macht dagegen fast nichts. Geschäfte mit dem Aggressor scheinen vielen westlichen Politikern wichtiger zu sein als Anstand, Recht und Moral.

Jetzt werde ich realpolitisch, meine Damen und Herren: Mein Land hat schon zweimal das Weiterbestehen der europäischen Zivilisation gesichert: das erste Mal durch die Entsendung der polnischen Armee unter Sobieski in die Schlacht um Wien, im Jahre 1683, und das zweite Mal, als die polnischen Soldaten und Generäle unter Piłsudski in der Schlacht um Warschau 1920 den Aufmarsch der sowjetischen Armee in Europa aufgehalten haben. Und wir Polen haben jetzt manchmal das Gefühl, dass wir Europa zum dritten Mal retten müssen: durch das Festhalten an der modernen — sprich: der normalen — Gesellschaft, durch unseren Republikanismus und unsere Religiosität sowie durch das Bewusstsein der lauernden Gefahren und der Bedeutung von Sicherheit.

Freiheit, das Hauptthema dieser Vortragsreihe, bedeutet auch, dass ich mich in meinem Land überall frei bewegen kann. In Polen ist es noch der Fall. Gilt das auch für das westliche Europa? Können wir in manchen skandinavischen Städten, in Brüssel, Leeds, Calais oder Paris sicher sein, dass uns infolge der unkontrollierten Migrationsmasse nichts zustoßen wird? Es reicht aus, sich entsprechende Filme auf You Tube anzuschauen. Das gleiche gilt, wie es scheint, für viele Orte von Berlin. Die Sicherheit steht aber höher als die Aufnahmebereitschaft. Die oft zitierte Nächstenliebe, die uns Christen vermeintlich dazu bewegen sollte, jeden, der zu uns will, aufzunehmen, wurde neulich, geschickt, durch einen der katholisch gesinnten, großen Politiker meines Landes mit dem fast vergessenen christlichen Prinzip der „ordo caritatis“ konfrontiert: der Ordnung der Liebe bzw. der Sorge, könnte man sagen.

Abschließend möchte ich die Hauptlinie meiner Ausführungen folgendermaßen zusammenfassen:

Die Freiheit eines jeden Menschen mündet in der Gemeinschaft, in der er/sie sein/ihr Leben verbringt. Diese Gemeinschaft entwickelte sich in Europa zu einem staatlichen Gebilde. Die Bedeutung des Staates für die Entwicklung der nationalen Kultur ist unbestreitbar. Die Nationen entwickeln ihre Sittlichkeit via Staaten bzw. mit Hilfe von Staaten. Das Europäische ist eine Art gemeinsamer Nenner dieser Kulturen. Europa, bzw. die abendländische, transatlantische Zivilisation, ist die bisher größte Errungenschaft der Menschen auf dieser Erde und soll aufbewahrt und perfektioniert werden. Die EU ist nicht mit Europa gleichzusetzen, sondern ist nur eine Institution, die den Frieden und die zwischenstaatliche Zusammenarbeit, damit aber auch den Wettbewerb zwischen den EU-Ländern, sichern soll. Die ideologisch motivierte Einmischung der EU in die sittliche Ordnung einzelner Staaten bringt eine Gefahr der kulturellen Stagnation mit sich, die wir Polen aus der Zeit des Kommunismus kennen.

Diese Gefahr wird durch die Vorherrschaft der Postmoderne evident. Europa verliert damit seine Konturen und kann eines Tages durch eine andere, ihr fremde Kultur dominiert werden. Durch eine Kultur, in der möglicherweise die so hoch geschätzte „Würde jedes Menschen als Person“ nicht mehr gelten wird. Und dies würde zweifelsohne einen Regress der ganzen Menschheit bedeuten. Die Hoffnung darauf, dass sich unser materieller Reichtum bei den Migranten jeder Kultur in ihre Bereitschaft zur „Verwestlichung“ übersetzen wird, kann enttäuscht werden. Daher sollten wir mit unserer Überlieferung sehr sorgsam umgehen. In der Befolgung der ausgearbeiteten Ideale sollten wir realistisch bleiben, um das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Denn entgegen den falschen Versprechungen des postmodernen Denkens, das an der Erschaffung eines neuen, von der

Vergangenheit und von Traditionen nicht belasteten Menschen arbeitet, sollten wir uns nicht als gottgleich ansehen, sondern als Teilnehmer an einem großen Erbe betrachten, das uns gegeben und aufgegeben wurde.

# Die Zukunft Europas aus polnischer Perspektive\*

Sehr geehrte Frau Sigrid Keler, ehemalige Finanzministerin des Landes MVP,  
sehr geehrte Frau Prof. Weber, Rektorin der Universität Greifswald,  
sehr geehrter Herr Dr. Hagemeyer, Präsident des Greifswald University Clubs,  
sehr geehrter Herr Prof. Metelmann,  
sehr geehrter Herr Siegerist,

an erster Stelle möchte ich mich für die Einladung zu diesem Vortrag herzlich bedanken. Das ist immer eine Herausforderung, zugleich aber auch eine große Ehre und eine Anerkennung. Denn ich glaube, dass ich nicht nur als polnischer Botschafter in Deutschland, sondern auch als Philosoph nach Greifswald eingeladen wurde. An eine noble Universität, die ich vor Jahren besuchen durfte. Ich war vor ca. 20 Jahren dabei, und zwar als Kultur- und Wissenschaftsattaché der polnischen Botschaft, als der Rektoren der Stettiner und der Greifswalder Universität hier den Kooperationsvertrag unterzeichneten. Ich habe das nach wie vor in lebhafter Erinnerung.

Ich wurde gebeten, ein Thema vorzuschlagen, das sowohl mit meiner diplomatischen als auch mit meiner wissenschaftli-

---

\* Vortrag an der Universität Greifswald, 12.12.2020.

chen Tätigkeit verbunden ist. So bin ich auf den Titel „Die Zukunft Europas aus polnischer Perspektive“ gekommen. Ich will Sie aber, meine Damen und Herren, nicht mit der typisch diplomatischen Redeweise, im Sinne einer Darstellung der abgerundeten Position einer Regierung zu diesem und jenem, langweilen. Ich will was Substantielles und zugleich Kontroverses sagen, was Ihnen Stoff zum Nachdenken geben wird. Daher betrachten Sie bitte meine Ausführungen eher als Vortrag eines Philosophen denn eines Botschafters. Eines Kulturphilosophen wohlgerne, denn seit meiner Habilitation beschäftige ich mich hauptsächlich mit der Philosophie der Kultur. Von der Analyse des Neukantianismus über die Lebensphilosophie Simmels und Diltheys und die Philosophie der symbolischen Formen des aus Deutschland verbannten Ernst Cassirer bis zu der Hermeneutik Gadammers und Heideggers. Ein wichtiger Teil meiner Forschung betrifft die klassische deutsche Philosophie; allen voran waren es Kant, Fichte und Hegel, in deren Werken ich Inspiration suchte, und zwar zum genuinen Verstehen der Moderne. Vor Jahren war ich sogar Vizepräsident der Internationalen Hegel-Gesellschaft mit Sitz in Berlin. Meine Affinität zu Hegel werden Sie, meine Damen und Herren, in diesem Vortrag sehr gut zu spüren bekommen.

Kehren wir nach dieser Einleitung zum Hauptthema zurück: Europas Zukunft aus polnischer Sicht. In Deutschland wurde es zur Gewohnheit, Europa mit der EU gleichzusetzen. Immer wieder höre ich von einer „Sorge um Europa“, einer „Verteidigung Europas“ oder „den Werten Europas“, während es eigentlich um die EU geht. Wir sollten aber nicht vergessen, dass Europa als ein Kontinent, das durch eine besondere Geschichte und Kultur ausgezeichnet ist, etwas Größeres ist als die EU. Die EU setzte sich zwar die Integration aller Staaten des Kontinents zum Programm (vielleicht unter Ausschluss von Russland, das mehrheitlich in Asien liegt). Es gibt, wie Sie wissen, Verhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien, danach sollen Serbien, Ko-

sovo, vielleicht sogar Moldawien an die Reihe kommen. In Polen träumt man von der Zugehörigkeit der Ukraine und Belarus' zur EU. Erst dann wäre die EU sozusagen abgerundet, ein Kontinent mit gleichen, friedlichen Regeln. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass es politisch entwickelte, prosperierende Länder gibt, die der EU nicht angehören möchten. Denken wir an die Schweiz, an Norwegen oder an Island. Aber auch an Großbritannien, das gerade die EU verlassen hat, und zwar nicht ohne Grund. Sie alle liegen in Europa und sind wichtige Bestandteile der europäischen Kultur.

Die EU ist mit ihren fast 600 Mio. Bürgern eigentlich ein Riese. Eine Großmacht, die ruhig mit den USA, mit China, mit Indien, von Russland ganz zu schweigen, verglichen werden könnte. Sie befindet sich aber zurzeit leider in der größten Krise seit ihrer Entstehung. Und ich meine nicht nur die manifesten Egoismen einzelner Mitgliedstaaten. Es geht vor allem um die Entwicklung der Kultur. Der wuchtige, fast grenzenlose Individualismus hat zur Atomisierung der Gesellschaften Europas geführt. Die Folgen sind Zerfall der Familie, Kinderlosigkeit, Forderungen nach Rechten ohne Pflichten. Das Gleichgewicht zwischen einem Einzelmenschen und seinem Umfeld, d.h. der Gesellschaft, ist aus den Fugen geraten. Der Fleiß der Europäer, ihre Kreativität und Kooperationsbereitschaft haben im Weltvergleich stark nachgelassen. Wir haben technologisch so oft gegen die USA verloren, jetzt droht uns das gleiche im Wettbewerb gegen China. Die Entwicklung der Demokratie, die ja die Haupterrungenschaft des Westens ist, geht in eine Richtung, die den juristischen Formalismus vor die Gerechtigkeit stellt, was wiederum zur Herrschaft der Juristen führt. Wenn demokratisch gewählte Regierungen der Verletzung der Demokratie beschuldigt werden und zur gleichen Zeit eine große Oppositionspartei eines großen Landes seit Jahren ihres Rechts, einen Vizepräsidenten des Parlaments zu stellen, beraubt wird, haben wir es mit einem sehr problema-

tischen Verständnis der Demokratie zu tun. Das zeigt sich z.B. in der Behauptung des bekannten Journalisten Michel Friedman, aber auch des deutschen Bundespräsidenten Steinmeier, dass der von Victor Orban benutzte Begriff „illiberale Demokratie“ ein Widerspruch darstelle, also Unsinn sei. Man liest neulich in Deutschland die eigenen großen Philosophen nicht mehr, z.B. Vittorio Hösle. In seinem vor kurzem erschienen Buch unter dem Titel *Globale Fliehkräfte. Eine geschichtsphilosophische Kartierung der Gegenwart* zeigt er eindeutig, dass Liberalismus und Demokratie etwas ganz Unterschiedliches bedeuten. Deshalb lassen sich sowohl eine illiberale Demokratie wie auch eine liberale Monarchie vorstellen. Vittorio Hösle ist einer der fünf wichtigsten lebenden Philosophen Deutschlands und schreibt keinen Unsinn. Auch er stellt sich an die Seite der liberalen Demokratie, weiß aber, wovon er redet, und hält den ungarischen Premierminister nicht für einen Trottel.

In Deutschland, eigentlich in ganz Westeuropa, wächst der Anti-Amerikanismus. Die gemeinsamen Wurzeln werden geleugnet, Amerikaner werden lächerlich gemacht. Besonders gravierend wurde das in der Zeit der Trump-Präsidentschaft. Auch das spaltet die EU: Während in Deutschland vor jeder US-amerikanischen Wahl Buchhandlungen -zig Bücher verkaufen, die Trump kritisieren, manchmal sogar als Idioten darstellen, gibt es so etwas in Polen, Litauen oder Ungarn gar nicht. Diese Länder wissen die helfende Hand der Amerikaner im gesamten 20. Jahrhundert zu schätzen. Besonders deutlich wird das Problem mit Blick auf die Einstellung zu militärischer Präsenz der USA: Während die deutsche Gesellschaft in ihrer Mehrheit die Amerikaner loswerden will (und Trump als gefährlicher denn Putin einschätzt), bitten die Länder Mitteleuropas um deren erweiterte Präsenz. Und sie bekommen diese — zur Unzufriedenheit vieler Deutscher, die die Marschrouten der amerikanischen Soldaten nach Polen und ins Baltikum zu blockieren versuchen. Dabei ist

die militärische Schwäche der EU allen bewusst. Nur von ihren eigenen Kräften verteidigt, würde Europa einem Angriff der Russen nicht standhalten.

Es gibt selbstverständlich auch positive Seiten der EU. Die EU gilt z.B. als soziales Paradies. Sie zieht Tausende Einwanderer an, die sich neuerdings sehr oft als Flüchtlinge ausgeben. Auf Grundlage dessen, was in den 1980-er und 1990-er Jahren hier errungen wurde, kann es sich die EU leisten, viele Tausende Menschen aufzunehmen, die weder sprachlich noch kulturell noch beruflich in das Arbeitssystem integriert werden können. Wie lange wird sich Deutschland (aber auch Italien oder Spanien) das leisten können, wissen wir nicht, wir leben momentan von der Substanz. Daran, dass wir durch diesen „Raub“ an vor allem jungen Leuten die Entwicklung in deren Herkunftsländern verlangsamen bis unmöglich machen, denkt kaum jemand.

Aus dem, was ich hier, im Ansatz, geschildert habe, schimmert ein Grundriss der polnischen Sicht auf die EU und auf Europa durch. Zugleich ergeben sich daraus die polnischen Probleme in der und mit der EU. Probleme, die unsere Entwicklung wesentlich verlangsamen. Davon aber ein wenig später. Zunächst skizziere ich **die deutsch-polnischen Beziehungen** der letzten 5 Jahre in einem etwas breiteren historischen Kontext, im Kontext der Solidarność-Bewegung in Polen und des Mauerfalls in Deutschland.

Die Mehrheit der deutschen Historiker sowie die führenden Politiker hegen keinen Zweifel daran, dass die sog. Wende ohne die Solidarność-Revolution nicht geschehen wäre. Auch wenn sich die Mitglieder der Solidarność an dem Mauerfall nicht direkt beteiligten, bedeutete die Deklaration der Solidarność-Gewerkschaft eindeutig, dass Polen die Vereinigung der beiden Teile Deutschlands für richtig und gerecht hält. Nicht zu reden davon, dass Mittelosteuropa — ich rechne die DDR dazu — ohne den sog. Runden Tisch in Polen nicht gewusst hätte, dass die

Sowjetunion gar nicht willens war, militärisch zu intervenieren. Polen war also in dieser Hinsicht ein Versuchskaninchen. Der Runde Tisch in Polen im Jahre 1989, der diese Prozesse in Gang brachte, spielt dennoch in der neueren polnischen Geschichte eine merkwürdige Doppelrolle — er wird als Befreiung, aber auch als ein faules Kompromiss betrachtet. Denn er war eine Verhandlung zwischen Kommunisten und von den Kommunisten gewählten Oppositionellen mit Lech Wałęsa an der Spitze. Der konservative, mehrheitliche Teil der Solidarność-Anführer wurde zu diesen Gesprächen gar nicht eingeladen. Und das Ergebnis der Verhandlungen war bei Weitem nicht zufriedenstellend. Das zeigten die Ereignisse der darauffolgenden Jahre.

Die ehemaligen Funktionäre der kommunistischen Partei und die polnischen Stasi-Beamten nutzten die Wende zu ihren Gunsten. Um Ihnen, meine Damen und Herren, das Ausmaß dieser Prozesse zu veranschaulichen, sage ich nur: In Polen gibt es drei große Fernsehsender, die technologisch und journalistisch ungefähr gleich stark sind; zwei davon wurden direkt nach der Wende von ehemaligen Stasi-Offizieren gegründet, mit Geldmitteln, deren Quelle recht unbekannt bleibt. Der dritte ist das öffentliche Fernsehen. Die beiden privaten Fernsehsender hatten inzwischen ihren Besitzer geändert, die Programmlinie blieb aber bestehen: scharf gegen die aktuell regierende Koalition, und zwar seit der Entstehung der Parteien, die sie bilden. Darin kann man aber auch etwas Positives sehen: Wenn man dies mit der Situation in Deutschland vergleicht, sieht man sofort, dass damit ein in Deutschland schwer zu finden der Pluralismus der Medien garantiert ist. Diesbezügliche Beschuldigungen gegen Polen seitens der Europäischen Kommission oder des Europäischen Parlaments sind in diesem Sinne völlig grundlos.

Lassen wir aber die Medien beiseite und wenden uns den Folgen dieses „faulen Kompromisses“ zu. Hier sind sie: massenhafter Ausverkauf der staatlichen Unternehmen für den symbo-

lischen Zloty, Massenarbeitslosigkeit, die für eine kurze Zeit die Rückkehr der Kommunisten an die Macht nach sich zog, Übernahme von Banken, Medien und Unternehmen durch die Funktionäre des *ancien regime*. Die nicht unbedingt die Begabtesten waren und darauf abzielten, die Konkurrenz der jungen, dynamischen und kreativen Kräfte aus der Gesellschaft zu erschweren. Der Kommunismus ging in den Postkommunismus über, der wiederum, mit Unterstützung des Neoliberalismus, in dem mündete, was ich Postmoderne nenne. Also eine Ideologie, für die jede Gesellschaft lediglich eine Summe von Individuen ist, für die die geschichtlich erreichte Kultur einen Ballast auf dem Weg zu einem „neuen Menschen“ darstellt, für die die Wahrheit nicht mehr existiert, ähnlich wie das Schöne und das Gute; wo also alles relativiert wird. Die Demokratie ging in eine Postdemokratie bzw. Postpolitik über und die großen Erzählungen, d.h. metaphysische Weltbilder — darunter auch die Religionen — sollen aus dem öffentlichen Diskurs eliminiert werden. Das Resultat habe ich am Anfang erwähnt.

Ein Widerstand gegen diese völlig falsche Anthropologie, dieses völlig irreführende Menschenbild konnte sich nur in dem nach wie vor metaphysisch geprägten, denn religiösen Polen regen. Die ersten Anzeichen waren im Jahre 2005 zusehen, als Jarosław Kaczyński zum ersten Mal die Macht errungen hatte. Infolge eines von „dubiosen Kräften“ organisierten Putschs, als ihn zwei Koalitionspartner verrieten, kam danach aber die Macht für 8 lange Jahre in die Hände Donald Tusks und seiner Parteikollegen. Ein Riesenskandal: Die Veröffentlichung politischer Gespräche unter Mitgliedern seiner Regierung in einem Warschauer Restaurant bereitete dem glücklicherweise ein Ende.

Das ist, meine Damen und Herren, die wahre Geschichte der polnischen Dritten Republik. Eines Staates, der erst jetzt das zu verwirklichen versucht, was die friedliche Revolution der Solidarność beabsichtigte: eine ausgeglichene, fleißige Gesell-

schaft, die im Einklang mit den Werten und Idealen lebt, die Polen seit seiner Geburt im 10. Jahrhundert prägen. Ein Land, in dem alle von dem enormen Erfolg der Wirtschaft profitieren. Wo mehr Menschen aus der Emigration zurückkommen, als zwecks Arbeitssuche ins Ausland auswandern. So eine Situation haben wir heute, nach 5 Jahren eines vernünftigen, gerechten, moralisch gesteuerten Regierens. In den 8 Jahren der Amtszeit der vorigen Regierung haben Polen fast 2 Mio. Menschen verlassen.

Trotzdem lesen oder hören Sie, meine Damen und Herren, fast täglich von den vermeintlichen „Verbrechen“ dieser Regierung in Ihren Medien. Woraus resultiert das und wie viel Wahrheit steckt darin? So gut wie keine. Die politische Dominanz der linksliberalen Kreise sowie ähnliche Einstellungen der Mehrheit der Journalisten, darunter 5 oder 6 deutsche Korrespondenten in Warschau, lassen die Wahrheit über den Zustand der polnischen Gesellschaft nicht zum Vorschein kommen. Wenn ich mir die Polen-Berichte in Deutschlandfunk anhöre oder in ARD/ZDF ansehe, frage ich mich fast immer: Was soll das eigentlich, wem dient das, wie kann man so die Situation verfälschen? Ich erfuhr es auf eigenem Leib, als eine Journalistin vom Deutschlandfunk ein Interview mit mir gemacht hatte und in der Ansage alles verdrehte, um mich zu kompromittieren.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, glauben, dass ich das nur als Abschweifung erzähle, die mit der polnischen Perspektive auf die EU wenig zu tun hat, irren Sie sich. Deutschland ist in der EU federführend, Deutschland ist das Maß aller Dinge. Die Tatsache, dass Deutschland Donald Tusk und seine Bürgerplattform PO unterstützte, dass Deutschland – konkret gesagt die CDU – bei der Gründung der Vorgängerin dieser Partei dabei war, wirkt sich auf die gegenwärtige deutsche Unterstützung der polnischen Opposition. Ich habe die Zeit meiner Dienstübernahme im Jahre 2016 noch sehr lebendig vor Augen: Es besuchten Deutschland jede Woche Delegationen der sog. Totalen Oppo-

sition, die von allen Gremien in Berlin empfangen wurden, während ich bei Besuchen offizieller polnischer Delegationen oft auf Kälte und Desinteresse stieß. So ist es teilweise auch noch heute: Frau Kanzlerin hat Donald Tusk zuerst zum Präsidenten des Europäischen Rates gemacht, gegen den Willen der polnischen Regierung, und dann, d.h. jetzt, zum Vorsitzenden der EVP. Und in diesen beiden Positionen schadet und schadet er seinem Heimatland, so sehr es geht. Es wäre zweitrangig, wenn es sich nicht auf die Entwicklung der EU auswirken würde, aber das tut es leider, indem die pseudo-konservative EVP Experimente einführt, die die EU — oder besser gesagt: die Mitglieder der EU — stark verändern sollen.

Betrachten wir ein paar Beispiele. Das erste — die **Migrationsfrage**. Es ist ziemlich klar, dass die Europäische Kommission den Unterschied zwischen Immigranten und Flüchtlingen nicht anerkennen will. Und anstatt entschieden die Migration zu stoppen, führt sie immer neue Programme der Aufnahme von sog. Flüchtlingen ein — es sind meistens Bürger aus ruinierten bzw. korrupten Ländern, in denen kein Krieg, zumindest kein Krieg auf dem ganzen Staatsgebiet, geführt wird. Und erzeugt damit immer wieder Druck auf diejenigen Länder, die sich keine Probleme mit der Integration kulturfremder Migranten wünschen. Ich verstehe dabei sehr gut, dass die EU neue Arbeitskräfte sucht. Sie sollte aber, um dieses Problem zu lösen, einen anderen Weg gehen. Einen Weg, den Polen in Bezug auf die Ukrainer und die Belarussen geht. Es sollten in den deutschen oder französischen Botschaften Aufnahmestellen entstehen, in denen junge Leute aus den betreffenden Ländern ihren Aufenthalt in der EU beantragen dürften. Es sollte nicht so sein, dass „postmoderne Schiffskapitäne“ von der Mafia eingeschmuggelte Wirtschaftsmigranten an den Küsten Nordafrikas aufsammeln, um sie in einem griechischen, spanischen oder italienischen Hafen auszusetzen. Das ist völlig illegal, ich sehe aber wegen der ideologi-

schen Verblendung vieler Leute keine Chance, diese illegale Migration aufzuhalten. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, was es mit uns Europäern machen wird, wenn halb Afrika zu uns kommt, reicht es aus, das faszinierende Buch des in diesem Jahr verstorbenen französischen Schriftstellers Jean Raspail zu lesen. Der Titel lautet *Das Heerlager der Heiligen*. Ich empfehle es Ihnen sehr, meine Damen und Herren. Die polnische Sicht auf diese Herausforderung ist klar und eindeutig: Die illegale Migrationswelle soll gestoppt werden; die EU soll vor Ort Hilfe leisten und keinen *drain brain* betreiben.

Ein anderes Beispiel: Die **LGBT-Ideologie**, bekannt auch als Gender-Ideologie. Es gebe sie nicht, sagen ihre Vertreter, es gebe nur LGBT-Menschen. Dabei gibt es sie ohne Zweifel, es geht aber nicht um sie. Es geht um die allgemeine Sexualisierung unseres Lebens, darunter um die Frühsexualisierung der Kinder, um die Verbannung der Scham, der Privatheit und der Intimität einer sexuellen Beziehung, mit einem Wort: um die Reduzierung des Menschen auf das Animalische in ihm. Das Leben im Diesseits soll die einzige Lebensdimension sein, das Höhere und das Geistige sollen verschwinden, denn sie stören das Vergnügen, das man ja sofort kriegen wolle. Auch das ist ein Aspekt der Postmoderne: das Ende der großen Erzählungen, damit auch der Weltreligionen, allen voran des Christentums. Und damit auch der Sexualmoral. Auch hier stellt sich Polen quer: Zwar herrscht in Polen in Bezug auf die Homosexualität eine Toleranz, die der Rest Europas nicht kennt, und zwar seit dem Mittelalter, nichtsdestotrotz halten wir nach wie vor eine moralisch geregelte Sexualität für das Fundament einer gesunden Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der Ehen geschlossen werden, damit Familien entstehen, die wiederum dank ihren Kindern eine neue Generation ins Leben rufen. Und so weiter und so fort. Unsere Lebensform hält sich an dieses Muster. Und wir sind bereit, diese Lebensform zu verteidigen.

Bei dem Beitritt zur EU wurde klar gesagt, dass dieser Aspekt des Lebens außerhalb der Entscheidung der Gemeinschaft liegt. Heute, 16 Jahre danach, wollen uns die herrschenden linksliberalen Ideologen in der EU zwingen, unsere Lebensweise zu verändern, indem wir Homo-Ehen anerkennen, indem wir den LGBT-Personen Sonderrechte zuerkennen, indem wir Kinder schon im Kindergarten mit Sex bekannt machen, indem wir die Adoption von Kindern durch Homo-Ehen akzeptieren sollen. Wir werden uns aber nicht so leicht geschlagen geben, denn wir hoffen, im Namen des im Christentum begründeten europäischen Kulturerbes zu kämpfen. Die *Gender Ideology* betrachten wir als einen weiteren Aspekt der Postmoderne, einen Aspekt, den wir als Nihilismus ansehen. Als Nihilismus, der überwunden werden muss, und zwar ohne der LGBT-Menschengruppe den gehörigen Respekt abzuerkennen. Alle Bürgerrechte und jeder persönliche Schutz — aber keine Sonderrechte bzw. keine Privilegien.

Ein drittes (und letztes Beispiel): die **Rechtsstaatlichkeit**. Viele von Ihnen, meine Damen und Herren wissen, dass die neue polnische Regierung schon 2015 mit dem Vorwurf einer Verletzung der sog. Europäischen Werte konfrontiert wurde, u.a. der Demokratieregel. Die neue, nicht nationalistische, sondern patriotische polnische Regierung gefiel den EU-Funktionären von Anfang an nicht. Sie war ihnen zu wenig linksliberal, zu wenig postmodern. Damals wurde gegen Polen das Verfahren auf Grundlage des Artikels 7 des EU-Vertrags initiiert. Und bis heute nicht abgeschlossen. Aus einem einfachen Grund — immer mehr EU-Staaten haben bemerkt, dass die erhobenen Vorwürfe unbegründet sind und dass sie auch gegen ihre Länder ebenso unbegründet angewendet werden könnten. Unbegründet sind sie, weil es im EU-Vertrag klar heißt: Die Gestaltung des innerstaatlichen Rechtssystems liegt in der Kompetenz des jeweiligen Landes. D.h.: Niemand darf auf Grundlage des Artikels 2, d.h.

einer enumerativ genannten Werteliste, die Bestrafung eines EU-Staates verlangen. Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, kurz erklären, wie diese Kritik anfing.

Im Mai 2015 gewann Andrzej Duda ganz unerwartet die Präsidentschaftswahlen. Die Tusk-Partei begriff sofort, dass sie auch die Parlamentswahlen im Herbst dieses Jahres verlieren würde, und zwar zu den beiden Kammern des Parlaments. Was blieb ihr übrig als eine „dritte Kammer“, gegen die anerkannte Regel der Gewaltenteilung und den Geist der Verfassung, zu kreieren? So entstand die Idee einer neuen, verfassungswidrigen Rolle des Verfassungsgerichts. Dieses Gericht sollte alle Reformgesetze des neu gewählten Parlaments für verfassungswidrig erklären und dadurch den Sturz der neu gewählten Regierung herbeiführen. Der Weg zur Kontrolle des Parlaments durch das Verfassungsgericht führte über die unerlaubte Wahl von fünf neuen Richtern, sozusagen auf Vorrat. Dieses Prozedere wurde vom neuen Parlament sofort als nichtig erklärt. Die 5 Richter wurden regelkonform neu gewählt. Daraufhin schlug die Opposition in der ganzen Welt Alarm, und weil sie die Sympathie sowohl der westlichen Medien als auch der westlichen Politiker hatte, sind viele auch von Ihnen, meine Damen und Herren, wahrscheinlich tief überzeugt, das neue Parlament habe gegen die Regeln verstoßen.

Diese Denkmuster gelten in Bezug auf Polen bis heute. Vermeintlich herrsche in Polen Chaos, Unrecht, Oppositionelle würde man verfolgen, Journalisten einsperren. Purer postmoderner Unsinn: Eine immer wieder wiederholte Lüge gilt als Wahrheit, auch wenn in Wirklichkeit Polen eins der sichersten Länder der Welt ist. Die Konsequenzen für Polen sind aber schmerzhaft, denn wir können z. B. die korrupte Justiz in unserem Land nicht in dem von der Bevölkerung gewünschten Temporeformieren. Die ständigen Einmischungen sind ein „Beitrag“ der Europäischen Kommission zur Erhaltung des polnischen Postkommunismus,

gegen den Willen der Polen und ihrer demokratisch gewählten Regierung.

Meine Damen und Herren: Polen verstößt in keinem Punkt gegen die Regeln der Rechtsstaatlichkeit, auch aus dem Grund nicht, weil diese Regeln nicht definiert, nicht bestimmt sind. Eine bloße Auflistung von Werten kann diese Rolle nicht übernehmen — das bestätigt jeder Philosoph, der mit Werten zu tun hatte. Wer gegen Rechtsstaatlichkeit verstößt, sind oft die Brüsseler Politiker. Ein markantes Beispiel: Wie Sie wissen, wurde Ursula von den Leyen mit den Stimmen der PiS-Partei zur Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt. In ihrer ersten Rede (*Exposé*) hat sie u.a. Folgendes gesagt: Es könne nicht sein, dass Ehen, die in einem Staat als Ehen anerkannt werden und das Recht auf Adoption von Kindern erhalten, in einem anderen Staat nicht als solche anerkannt werden. Dagegen werde sie vorgehen. Gemeint sind selbstverständlich die Homo-Ehen, die in Polen aufgrund der Verfassung nicht anerkannt werden dürfen. Damit sagt Frau von den Leyen aber, dass sie vorhat, gegen die polnische Verfassung, also das in Polen geltende Recht, zu kämpfen, um die polnische konstitutionelle Ordnung zu zerstören. Brauchen wir ein evidenteres Beispiel für eine Verletzung der Rechtsstaatlichkeit!?

Um diesen Teil abzurunden: Die deutsche Politik und die deutschen Medien haben sich nicht mit dem Sieg der PiS-Partei abgefunden. Diese Partei hat 7 nacheinander folgende Wahlen gewonnen, jedes Mal versuchten die deutschen Medien und die EU-Politiker (z.B. Herr Timmermans), der Totalen Opposition zum Sieg zu verhelfen. Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, dass viele Polen das übersahen. Dabei sind wir Polen die größten Sympathisanten der EU, was die Umfragen deutlich zeigen, und zwar seit Jahren. Trotz unserer Sympathie für die USA bleiben wir Realisten: Geographisch sind wir ein Teil — ein ziemlich

großer Teil — Europas und nur in europäischen Allianzen können wir uns gemäß unserem Potential entwickeln.

Der EU geht es aber schlecht. Ihre Entwicklung ist merkwürdig, was uns große Sorgen bereitet. Wir sollten nicht vergessen, dass die EU als Wirtschaftsorganisation gegründet wurde. Man dachte, völlig korrekt, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die allen einen gewissen Wohlstand bringt, einem erneuten Krieg zwischen den Europäern vorbeugen werde. Die Erweiterung der EU nach dem Völkerherbst von 1989 war beinahe selbstverständlich. Und sie war keine Gnade des Westens, denn der Westen brauchte neue Absatzmärkte und begabte Arbeitskräfte, um weiter zu expandieren und möglicherweise ein *global player* zu werden. Zum Fundament der EU nach der Erweiterung wurden die berühmten 4 Freiheiten: freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital.

Dass die EU nicht nur ein Wirtschaftsbündnis, sondern auch eine Wertegemeinschaft ist, war allen klar. Nicht klar war aber, was einige Politiker mit dieser Wahrheit machen werden. Verschiedene Nationen haben in ihrer Geschichte verschiedene Wertehierarchien ausgearbeitet. Für die polnische Kultur beispielsweise, die unter der Unterdrückung seitens fremder Mächte extrem gelitten und dank ihrer Kultur und der Zugehörigkeit zur römisch-katholischen Kirche ihre Identität bewahrt hat, spielt die folgende Werte-Triade eine entscheidende Rolle: *Bóg-honor-ojczyzna* — d.h. Gott, Ehre, Vaterland. Keiner dieser Werte wird im Art. 2 des EU-Vertrags genannt. Eine Präambel zum EU-Vertrag über die Herkunft Europas aus dem Geist des Christentums wurde — wie Sie wissen — explizit abgelehnt. Und in dem Brüsseler Europa-Museum spielt Karl Marx eine viel größere und positivere Rolle als Jesus Christus oder der polnische Papst.

Einer der mächtigsten Politiker des Westens hat vor drei Jahren Folgendes gesagt: „Die grundlegende Frage unserer Zeit lautet: Will der Westen überleben? (...). Wir können die größten

Volkswirtschaften und die tödlichste Waffe der Welt haben, aber wenn wir keine starke Familie und keine starken Werte haben, werden wir schwach sein und nicht überleben. Wenn jemand die Wichtigkeit dieser Dinge vergisst, lass ihn in ein Land gehen, das sie nie vergessen hat, lass ihn nach Polen kommen, hierher, nach Warschau (...). Unser Kampf für den Westen beginnt nicht auf dem Schlachtfeld, sondern in Geist, Seele und Kampfwillen. (...). Unsere Freiheit, unsere Zivilisation und unser Überleben hängen von unseren Bindungen, unserer Geschichte, unserer Kultur und unserem Gedächtnis ab. (...). Lasst uns alle wie Polen zusammen kämpfen: für die Familie, für die Freiheit, für das Land und für Gott“.

Es wird oft vergessen, dass — wie Johannes Paul II. es trefflich betonte — der Reichtum Europas in dem Kulturreichtum seiner Völker liegt. Darunter auch in der Buntheit der Rechtssysteme, die so etwas wie die Verfassungsidentität jeder geschichtlichen Nation Europas abbilden. Die Europäische Kommission will alles vereinheitlichen, alles den in den reichsten EU-Ländern ausgearbeiteten Regeln unterordnen. Manchmal nimmt das fast imperialistische Züge an. Wenn man zum Beispieldie relativen Vorteile Mitteleuropas mit Regelungen vernichten will, die eine der 4 gerade genannten Freiheiten außer Kraft setzen. So war es neulich im Fall einer EU-Direktive, die vor allem die polnische Lastwagenflotte, die in der EU führend ist, unter dem merkwürdigen Vorwand gleicher sozialer Rechte von LKW-Fahrern in jedem EU-Land wettbewerbsmäßig schwächen sollte. Die Initiative ging von Frankreich aus, Deutschland schloss sich ihr sehr zügig an.

In den Diskussionen über die „Unanständigkeit“ von Ungarn oder Polen ist immer wieder von Subventionen die Rede, die diese Länder von der EU erhalten würden und deshalb aus purer Dankbarkeit schweigend alles tun müssten, was die Europäische Kommission sich wünscht. Auch wenn das zum Zerfall der Gesellschaft führen sollte. Man vergisst dabei, dass diese Gel-

der eine Entschädigung sind. Eine Entschädigung für das Zur-Verfügung-Stellen großer Absatzmärkte. In Polen sind das fast 40 Millionen Konsumenten, die täglich eine Menge deutscher Waren konsumieren. Eben deshalb war der EU-Beitritt Polens ein Gewinn für alle und nicht ein Geschenk des Westens. Polen zahlt in die EU-Kasse ca. 25% der Summe ein, die es erhält. Und von jedem Euro, den Polen von der EU erhält, kehren 80 Cent zurück in den Westen, vor allen nach Deutschland, weil die Infrastrukturinvestitionen sehr oft von deutschen Firmen geleistet werden. Darüber ist man sich in Polen in immer stärkerem Maße bewusst.

Was läuft falsch in der EU und warum? Hierzu habe ich, in Anlehnung an zwei meiner größten denkerischen Vorbilder, Hegel und Gadamer, eine Theorie herausgearbeitet: die Theorie der modernen Gesellschaft. Diese im 19. Jahrhundert entstandene Gesellschaftsform zeichnet sich durch zwei Merkmale aus: erstens die Freiheit der Individuen, die in ihrer Glückssuche nicht mehr an ihre Geburtskondition gebunden sind, und zweitens etwas, was Hegel „Sittlichkeit“ nennt. Die moderne Freiheit — das wird von Hegel klar betont — ist immer eine „konkrete“, keine „abstrakte“ Freiheit, d.h. ein Freiraum, den die konkrete Gesellschaft, in der es lebt, dem Individuum öffnet. Und das zweite Element, die Sittlichkeit, beinhaltet laut Hegel drei Bestandteile: die aus der monogamen und heterosexuellen Ehe herauswachsende Familie, die bürgerliche Gesellschaft (als System der Arbeit, der Befriedigung sozialer Bedürfnisse) und den Staat (als Organisator der sozialen Ordnung und Hüter des sozialen Friedens). Das ist ein Modell, das in vielen Ländern Europas noch funktioniert, wenn auch in seiner spätmodernen Form. Die Zugabe von Gadamer (der dieses Modell explizit akzeptierte) beruht darauf, dass für ihn die Geschichte kein Ende hat. Das heißt: Wir können von der Moderne zu einem anderen Stadium übergehen, verkürzt gesagt: zu der Vormoderne (die uns islamische Staaten vor Augen führen) oder zu der Postmoderne (in

der die Gesellschaft aus Kunden und Konsumenten, nicht aus Staatsbürgern, besteht).

Die Krise der EU ist mit dem Übergangsversuch zu einer postmodernen Gesellschaft verbunden, einer Gesellschaft, in der atomisierte Einzelmenschen vermeintliche Kontrakte zur Aufrechterhaltung des Staats abschließen — eines Staats, der nur dafür da ist, um ihre vordergründigen Wünsche zu befriedigen. Sie dagegen haben dem Staat gegenüber keinerlei Verpflichtungen außer vielleicht der Steuer.

Diese hermeneutisch bereicherte Sittlichkeitslehre Hegels steht — zufällig oder nicht, dass weiß ich nicht — der Soziallehre der katholischen Kirche nah. Die Polen folgen ihr, ohne Hegel je studiert zu haben. Und deshalb sind sie zurzeit die gesündeste Gesellschaft Europas, ein Vorbild für andere. Viele Westeuropäer aus Großbritannien, den Niederlanden oder Deutschland fragen mich, wie sie nach Polen umsiedeln können. Neulich traf ich einen belgischen Professor, der mit seinen Kindern aus Brüssel nach Warschau ausgewandert war, ohne die polnische Sprache zu sprechen. Er war einfach der Entfremdung und der Bedrohungen in seinem Heimatland überdrüssig. Und fühlt sich in Polen pudelwohl.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die polnische Perspektive auf die EU ist ganz einfach: Die Verträge sollen nicht durch die Europäische Kommission, die immer mehr Macht an sich reißen will, beliebig interpretiert werden. Sie sollen im Geiste ihrer Unterzeichner ausgelegt werden. Wenn z. B. die Justiz den Mitgliedstaaten vorbehalten wurde, dann sollte es auch so bleiben. Es gibt in der EU Kräfte, die sie in einen föderalen Staat umwandeln möchten. Damit sind wir nicht einverstanden. Wir schätzen unsere Unabhängigkeit sehr hoch und glauben nicht, dass sich die Souveränität der Mitgliedstaaten unproblematisch mit der Souveränität der EU verbinden lässt.

Es gibt meines Erachtens drei Schlüsselemente der EU-Re-

form, die Polen als Bedingung des erfolgreichen Fortbestehens dieser Gemeinschaft besonders betont: (1)Prinzip der Subsidiarität, d.h. die EU soll nur dort aktiv werden, wo die Mitgliedstaaten es nicht allein schaffen; (2) Rückkehr der Europäischen Kommission zur Rolle der Vertragswächterin; (3) Stärkung der Rolle der Parlamente der Mitgliedstaaten, weil das Europäische Parlament nicht genügend repräsentativ ist.

Als ich einmal in Eberswalde gefragt wurde, ob wir schon von einem europäischen Bewusstsein sprechen dürfen, lautete meine Antwort: leider noch nicht. Wir fühlen uns zwar oft als Europäer, wenn wir uns auf einem anderen Kontinent befinden. In Europa empfinden wir uns aber als Deutsche, Polen, Schweizer etc.. Das ist sprach- und kulturbedingt. Um das zu verändern, müssten wenigstens zwei Phänomene vorhanden sein: (1) ein gemeinsames historisches Gedächtnis, z.B. auf Grundlage europäischer Geschichtslehrbücher, (2) eine gemeinsame Sprache. Warum eine gemeinsame Sprache? Weil wir sie für einen vertieften Gedankenaustausch aller Bürger einfach brauchen. Kann Englisch diese Rolle spielen, da uns Großbritannien gerade verlassen hat? Es gibt zwar einen neutralen Kandidaten für diese Funktion: die Plansprache Esperanto. Sehen Sie, meine Damen und Herren, bei den Politikern eine große Bereitschaft, Esperanto in den Grundschulen einzuführen? Ich plädiere dafür seit Jahren, sehe aber kaum eine Chance, das durchzusetzen. Auch wenn man nach einem Jahr des Esperanto-Unterrichts so viel gelernt hat wie nach vier Jahren des Englisch-oder nach fünf Jahren des Französisch-Unterrichts.

Und mit diesem Gedanken möchte ich schließen.

# III. INTERVIEWS

„Ich erkenne Deutschland nicht wieder“\*

**Herr Botschafter, warum haben Sie sich per Brief an die „FAZ“, „Welt“ und „Süddeutsche Zeitung“ gewandt?**

Seit Jahren beobachte ich mit Staunen, was die deutschen Mainstream-Medien über mein Land schreiben. In einem polnischen Fernsehinterview sagte ich jüngst, dass sich unter hundert Beiträgen über Polen in Ihren Medien vielleicht ein positiver findet. Und der bezieht sich meist auf die wirtschaftliche Entwicklung oder die Wirtschaftskooperation mit Deutschland.

**Worum geht es in den negativen Beiträgen?**

Meist um die politische Situation in Polen. Wobei die nötigen Reformen der demokratisch gewählten und demokratisch handelnden, von der PiS angeführten Regierung so einseitig und meist falsch dargestellt werden, dass der Eindruck erweckt wird, in Polen geschehe Gefährliches, ja Katastrophales. Diese „Bericht-

---

\* Junge Freiheit 33/2017 (7.08.2017).

erstattung“ weckt die Feindschaft der deutschen Gesellschaft gegenüber Polen.

**Sie meinen „Antipathie“ – „Feindschaft“ dürfte doch wohl übertrieben sein?**

Nein, Feindschaft. Ich habe diesbezüglich viele Briefe deutscher Bürger erhalten.

**Zum Beispiel?**

„Polen soll sofort aus der EU ausgeschlossen werden!“, schreiben mir oft besorgte deutsche Bürger, und beschimpfen PiS-Chef Jarosław Kaczyński oder Staatspräsident Andrzej Duda — ohne eine Ahnung von deren intellektuellen Qualitäten zu haben. „Ausgeschlossen werden“ sollen wir wegen angeblichem Bruch der Rechtstaatlichkeit, weil wir nicht bereit sind, Pseudoflüchtlinge aufzunehmen, oder weil wir die Gender-Ideologie ablehnen. Aber es sind nicht nur die deutschen Bürger, natürlich beziehen auch Ihre Politiker Informationen über Polen aus den deutschen Medien — welche andere Informationsquelle hätten sie auch sonst —, und selbstverständlich wirkt sich das auch negativ auf ihre Einstellung gegenüber Polen aus. Die deutschen Leitmedien ruinieren so unsere langjährige deutsch-polnische Versöhnungsarbeit und machen das Verstehen dessen, was in Polen geschieht, unmöglich!

**Was genau berichten deutsche Medien Ihrer Meinung nach falsch?**

Etwa wird die destruktive Rolle, die die sogenannte „Totale Opposition“ der Bürgerplattform PO, d.h. der Partei Donald Tusks, spielt, nie erwähnt.

**Ob Oppositionspolitik destruktiv ist oder nicht, beurteilt eben jeder anders. Es ist legitim, dass Sie als Vertreter Polens das so sehen. Aber ebenso legitim ist es, wenn Medien das anders bewerten.**

Ich bin kein Mitglied der PiS, aber ich sage dennoch, dass der jetzige politische Kurs und die Staatsreformen zur Überwindung des Postkommunismus beitragen — und daher für Polen unverzichtbar sind und übrigens nachweislich auch Erfolge bringen. Deshalb habe ich mich als Universitätsprofessor und anerkannter Philosoph dieser Regierung zur Verfügung gestellt. Nun aber muss ich mit Entsetzen sehen, wie in Deutschland über mein Land berichtet wird! Besonders gravierend: die Berichterstattung ab März, also in den Wochen vor der geplanten polnischen Präsidentschaftswahl am 10. Mai. Dazu müssen Sie wissen, dass die Bürgerplattform, in einem Wahlbündnis mit Grünen und Liberalen, mit Małgorzata Kidawa-Błońska eine so schlechte Kandidatin aufgestellt hatte, dass sie in den Umfragen von ca. dreißig auf drei Prozent fiel. Deshalb verlangte die Opposition — mit Erfolg, die Wahl unter Berufung auf die Corona-Gefahr auf den 28. Juni zu verschieben — was ihr die Möglichkeit gab, Rafał Trzaskowski als neuen Kandidaten zu nominieren. Und bei alledem haben die deutschen Medien assistiert — zudem mit Argumenten, die jeder Logik entbehren! Das aber ist eine klare Einmischung in unsere internen Angelegenheiten. Deshalb auch meine Briefe an die Herausgeber bzw. Chefredakteure von „FAZ“, „Welt“ und „SZ“. Damit die pseudoobjektiven Darstellungen, man muss ja schon sagen: die antipolnische Propaganda

in diesen Blättern endlich ein Ende findet und man zu rechtschaffenem Journalismus zurückkehrt.

**Es mag sein, dass die Berichterstattung höchst unfair und parteiisch war. Aber ein Versuch der Einmischung einer Regierung in diese ist doch um keinen Deut besser.**

Moment, bitte halten Sie das auseinander: Selbstverständlich ist mediale Kritik erlaubt und sogar erwünscht! Sie sollte aber gerecht und begründet sein, nicht jedoch voreingenommen. Voreingenommene Kritik wird bei Ihnen in Deutschland genauso abgelehnt — ja von der Bundesregierung als Fake News gezielt bekämpft! Es ist nicht fair, wenn man dies in Deutschland für demokratisch, in Polen aber für antidemokratisch erklärt. Tatsächlich herrscht in Polen sogar viel mehr Presse- und Medienfreiheit als in Deutschland. Denn das, was die deutschen Korrespondenten in Warschau schreiben, entspricht wirklich ausschließlich der Meinung jener polnischen Medien, die den Sturz der Regierung wollen — was zeigt, wie viel schmalere das deutsche Medienspektrum ist! Zudem beschränken sich deutsche Medien nicht nur auf demokratisch legitimierbare Versuche: Nehmen Sie etwa den vor zwei Jahren geplanten, aus Teilnehmermangel aber nie erfolgten Marsch von Ex-Präsident Lech Wałęsa nach Warschau, angesichts dessen (wie Wałęsa sagte) „die PiS-Funktionäre aus den Fenstern springen“ würden. Haben Sie in deutschen Medien je etwas von dieser Drohung gelesen? Ein anderes Beispiel für „gute“, angeblich „journalistische“ Arbeit deutscher Medien, das ich in Erinnerung habe: Als in Danzig zwei historische Museen fusionierten, übte einer der Direktoren heftige Kritik an dem Kulturminister. Deutsche Zeitungen schrieben daraufhin von einer geplanten Fälschung der Geschichte durch die PiS-Regierung. Dabei wurde der Minister von keinem

deutschen Blatt gefragt, ob er nicht vielleicht gute Gründe für sein Vorhaben hatte. So arbeiten deutsche Medien in Polen seit fünf Jahren!

**Aber es ist doch klar, dass politische Einmischung in die Arbeit der Medien, selbst wenn sie in der Sache berechtigt sein sollte, unweigerlich zu einem Ende der Pressefreiheit führt. Denn welche Regierung würde nicht so lange intervenieren, bis die Presse ihre Politik ausschließlich lobt?**

Begründete Kritik der Medien ist immer positiv zu bewerten! Sie dient nötigen Korrekturen, sie stoppt negative Entwicklungen oder falsche Personalentscheidungen. Etwas anderes aber sind Fake News, die man produziert, um politische Gewinne zu erzielen. Ein Beispiel: In der vorletzten Woche vor der Präsidentschaftswahl brachte „Fakt“, eine in Polen erscheinende Tageszeitung des Ringier-Axel-Springer-Verlages, auf dem Titelblatt ein Bild Andrzej Dudas mit der Fake-Information, er habe einen pädophilen Straftäter begnadigt. Dabei habe ich schon vor etwa zwei Jahren dem Geschäftsführer des Konzerns mehr als zehn Beispiele für Fakes seiner Medien präsentiert — ohne Reaktion!

**Aber welchen relevanten Einfluss sollten deutsche Medien denn auf die Verlegung der Präsidentschaftswahl haben? Das entscheiden doch allein die Polen.**

Stimmt, doch gibt es fast zwei Millionen Polen in Deutschland, die durch die deutschen Medien ohne Zweifel beeinflusst werden. Hinzu kommt, dass die Polen im Inland in polnischsprachigen, aber von deutschen Verlagen herausgegeben Medien das

zu lesen bekommen, was deutsche Medien in Deutschland über die angeblich „nationalistische“, „antieuropäische“ und „die Rechtsstaatlichkeit verletzende“ PiS-Regierung denken. Und das wirkt sich auf ca. 45 Prozent der polnischen Wähler aus. Ohne diese Beeinflussung bekämen die antipatriotischen Kräfte in Polen zweifellos nicht mehr als zwanzig Prozent der Stimmen. Denn jeder, der durch diese Medien nicht verblendet ist, sieht, wie sich mein Land in den letzten Jahren entwickelt hat: Wir werden zum europäischen Tiger!

### **Haben Sie nun eine Antwort auf Ihre Briefe erhalten?**

Nach längerer Zeit, ich hatte schon nicht mehr damit gerechnet, schrieben Ulf Poschardt, Chefredakteur der „Welt“, und Jürgen Kaube, Herausgeber der „FAZ“. Beide verteidigten ihre Berichterstattung, bezogen sich aber nur auf zwei, drei Artikel, die ich als Negativbeispiele angeführt hatte. Mein Anliegen war jedoch ein anderes, nämlich darauf aufmerksam zu machen, dass deren Medien seit fünf Jahren journalistisch mangelhaft arbeiten! Die Art und Weise, wie unsere legitim gewählte Legislative und Exekutive — die PiS, das Parlament, Premierminister Morawiecki, Staatspräsident Duda, der Parteivorsitzende Kaczyński — geschildert werden, entbehrt jeder Hochachtung, jeden Respekts! Und das ist nicht nur die Linie dieser Zeitungen, das gilt auch etwa für ARD und ZDF. Entscheidend ist dabei die Besetzung der Korrespondentenstellen. Und ich habe wiederholt gewarnt, dass die wenigen deutschen Korrespondenten in Warschau unsere langjährige Versöhnungsarbeit zunichte machen!

**Das sehen die Anhänger der polnischen Opposition wahrscheinlich ganz anders.**

Es ist klar zu beobachten, wie in Polen wegen Ihrer verzerrten Mediendarstellung die Antipathie gegen Deutschland wächst. Und man stellt sich die Frage: Agieren die deutschen Medien im Interesse der deutschen Politik oder handelt es sich „nur“ um ihr linksliberales Ausscheren?

### **Was meinen Sie?**

Ich meine die Ideologisierung, die seit Jahren in den größten deutschen Medien zu beobachten ist. Und die dazu führt, dass diese die traditionelle Aufgabe von Medien, die Weltbeschreibung, aufgegeben und durch das Ziel, eine Weltveränderung herbei zuschreiben, ersetzt haben. Eine Ideologisierung im Sinne linksliberaler Verirrung!

### **Sie klagen allerdings nicht nur über die deutschen Medien, sondern äußerten unlängst, dass Sie Deutschland an sich „nicht mehr wiedererkennen“ würden. Warum?**

Mein Abenteuer mit Deutschland begann 1987, als ich für einen Sprach- und Kulturkurs nach Heidelberg kam, dem ein zweijähriger Aufenthalt 1991 folgte. Ich war Forschungsstipendiat der Humboldt-Stiftung und schrieb unter Konsultation des renommierten Philosophen Hans-Georg Gadamer meine Habilitation über den badischen Neukantianismus. 1996 bis 2001 war ich dann im diplomatischen Dienst in Bonn und Berlin. Insgesamt verbrachte ich mit meiner Familie über 15 Jahre hier, und meine Söhne sprechen Deutsch wie ihre Muttersprache! Doch Deutschland, ja der ganze europäische Westen, hat sich nach der Jahrtausendwende sehr verändert: weitgehende Atomisierung der

Gesellschaft, Zerfall der Familie, wachsende Feindschaft gegen den christlichen Glauben, Dominanz der Gender-Ideologie und destruktive Kritik an der europäischen Kultur. Wir Polen, zumindest die Mehrheit, können uns in diesem Europa nicht mehr zurechtfinden. Jüngst starb der großartige französische Schriftsteller Jean Raspail. In seinem besten Buch, dem Roman Das Heerlager der Heiligen von 1973, beschrieb er bereits prophetisch, was in Europa heute passiert: den Selbsthass und die Ideenlosigkeit sowie deren Konsequenzen. Nach der Lektüre des Buches sagte mir ein Diplomaten-Freund: „Frankreich ist so postmodern, dass es nicht mehr zu retten ist. Deutschland jedoch ist noch zu retten — indem es an die Ideale einer modernen Gesellschaft anknüpft, die Hegel so überzeugend beschrieben hat!“

### **Helfen Sie uns bitte auf die Sprünge!**

Individuelle, aber zugleich „konkrete“, das heißt, in der gegebenen Gesellschaft verankerte Freiheit. Verbunden mit der modernen Sittlichkeit in Form der Familie, der bürgerlichen Gesellschaft, das heißt, des kapitalistischen Arbeitssystems, und des modernen Staates. Polen lebt nach wie vor nach diesem Muster — in der derzeit möglichen, spätmodernen Gestalt. Deutschland dagegen befindet sich auf der Schwelle von einer modernen zu einer postmodernen Gesellschaft. Doch wenn es den Schritt zurück machen würde, wäre Europa gerettet!

### **Was sehen Sie als Ursache dieses Zustands?**

Den Triumph der neomarxistischen Ideologie von 1968, philosophisch unterstützt von der „Frankfurter Schule“ mit ihrem auf einer abstrakten individuellen Freiheit als höchstem Götzen ba-

sierenden Menschenbild, ihrer Vorstellung von der Rolle der Erziehung (Stichwort: Schule als Spaß) und der Eltern-Kind-Beziehung (Familie als Tatort von Gewalt), von Rechten, denen weder Pflichten noch Verantwortung gegenüberstehen, sowie von der Gesellschaft als Vertrag und loses Aggregat von Menschen. Das heutige Europa ist damit auf in eine Sackgasse führende Prinzipien gestellt. Die Linke propagiert immer mehr Emanzipation und die Rechte hat keine Kraft, sich dem entgegen zu stellen. In Polen versucht man es immerhin noch. Aber wir stehen allein, als letztes Bollwerk des Abendlandes. Nehmen Sie die Ökologie als Beispiel, sie war ursprünglich mit der konservativen Weltauffassung verbunden: Die Natur sollte als Gegebenes konserviert werden. Die Linke dagegen war für den technischen Fortschritt — der die Natur ruinierte. Wie konnte es dazu kommen, dass die Linke den Konservativen diese Idee gestohlen hat? Die von französischen und amerikanischen Universitäten kommende Postmoderne verändert unser Bild von der Wirklichkeit grundlegend — und zwar in einem Ausmaß, dass dies zum Untergang Europas führen wird! Denn die Postmoderne ist ein Triumph der Narrative und der Infragestellung des Wahrheitsanspruchs. Davon ist leider auch der heutige Journalismus geprägt — was man in der Erzählung Ihrer Medien über mein Land klar vor die Augen geführt bekommt. Ich aber bin Philosoph, kein Sophist. Und für Philosophen ist die Wahrheit heilig, denn sie ist das, was unseren Bezug zur Wirklichkeitsamt unseren Versuchen, sie zu verändern, bestimmen muss! Sie ist der Hauptwert der abendländischen Kultur und die Hauptursache ihrer historischen Erfolge. Wenn wir auf die Wahrheit, also auf einen echten, von political correctness freien Dialog — denn Wahrheit wird im Dialog geboren — verzichten, dann können wir, Europäer „einpacken“, sprich: das Ende unserer Kultur und Größe verkünden.

## „Ist der Puffer Polens Schicksal?“\*

Der Botschafter der Republik Polen in Deutschland, der Diplomat Andrzej Przyłębski, steht als Philosoph und Hegel-Experte tief in der Tradition der deutschen Geistesgeschichte. Aus seiner Verwunderung über die deutsche Politik und Öffentlichkeit der Gegenwart macht er keinen Hehl. Mehr Sorgen als das Verhältnis Deutschlands zu Polen macht ihm aber der Druck auf Polen von Seiten Russlands.

ANDREAS LOMBARD: **Exzellenz, Berlin und Brüssel lösen mit ihrer Dekonstruktion von Religion, Nation und Familie im Ausland, in Europa und darüber hinaus immer mehr Irritation aus. Dazu kommen Versuche, auch gegen Widerstände anderer Länder die Migrations- und Klimapolitik supranational zu steuern. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?**

Ich würde es statt Dekonstruktion sogar eine Destruktion nennen. Denn die Privatisierung der Religion, d.h. ihre Verschlussenheit im individuellen Erleben fern von der Einwirkung auf die Sozialmoral und auf die Rechtsgestaltung, führt dazu, dass das Christentum — und das ist immer noch die Hauptreligion des Abendlandes — seine die Öffentlichkeit mitgestaltende Rolle ver-

---

\* CATO 2/2020

liert. Und es führt auch dazu, dass Muslime uns Europäer als ideenlosen, orientierungslosen, abtrünnigen Teil der Menschheit missachten werden. Ohne Bezug zur Transzendenz werden wir auf den Status von Konsumenten reduziert. Wir sind dann keine Personen und Bürger mehr, sondern bloß noch Wesen, die den Warenkreislauf in Gang halten.

Ähnliches gilt für den Angriff auf Nation und Familie. Die Familie muss als Ort der zweiten, kulturellen Geburt jedes Menschen aufrechterhalten und sogar geschützt werden. In der Familie wird man mit den altruistischen Werten vertraut. Mit Werten also, die konstitutiv für das Menschsein sind, in dem auf hartem Wettbewerb basierenden Arbeitssystem aber kaum eine Rolle spielen. Geschichte, Tradition und vor allem Sprache machen uns zu Mitgliedern einer Nation, egal ob es jemandem passt oder nicht. Das zu negieren, ist für das Abendland katastrophal.

**Wie beurteilen Sie aktuell das polnisch-deutsche Verhältnis auf Diplomaten- bzw. Regierungsebene? Welche Positiva gibt es, welche Negativa – und welche Aussichten für die Zukunft?**

2015 konnte sich die deutsche Politik lange nicht mit dem Regierungswechsel arrangieren. Das wurde in zahlreichen Aussagen der Politiker und der Medien deutlich. Übrigens auch in den Einladungen, die lange Zeit noch vor allem der polnischen Opposition galten. Das habe ich öffentlich kritisiert. Nach vier Jahren und infolge des erneuten Sieges der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) sieht man eine langsame Veränderung der Einstellung. Es gab vor einem Jahr ziemlich gute Regierungskonsultationen, die in diesem Jahr wiederholt werden. Die Kontakte zwischen den beide Präsidenten und den Außenministern, auch zwischen Kanzlerin Merkel und Premierminister Morawiecki, sind

zahlreich und gut. Trotzdem setzt sich das Verständnis für den Sinn, die Notwendigkeit und die Berechtigung der polnischen Reformen hierzulande viel zu schwer durch. Ein gutes Beispiel dafür sind die Aussagen von Frau Katarina Barley, früher als Justizministerin und jetzt als EU-Parlamentarierin. Sie ist ideologisch voreingenommen und macht sich darum nicht die Mühe, ein vertieftes Verständnis der Gesamtproblematik zu erarbeiten. Zudem mischt sie sich in die Angelegenheiten eines anderen demokratisch regierten EU-Landes ein. Das würden wir Polen nie wagen. Nicht einmal, wenn wir sehen, dass im Bundestag nun schon zum fünften Mal der Vizepräsident der größten Oppositionspartei nicht gewählt werden kann, was der Demokratie, mehr sogar: dem Anstand, evident widerspricht.

**Ein großes Thema in den deutschen Medien ist die Reform des polnischen Justizwesens. (Siehe dazu Beitrag von David Engels in diesem Heft.) Erklären Sie bitte unseren Lesern, worum es bei dieser Reform geht.**

Dazu bräuchte ich einen Vortrag. Doch ich versuche es kurz zu schildern: Es geht um die Rückgabe der Justiz an die Bevölkerung. Es geht darum, dass in den Gerichten ein Recht gesprochen wird, das mit dem Gerechtigkeitsgefühl harmoniert. Denn es gibt unzählige Beispiele dessen, dass sich Richter aus der Gerechtigkeit nichts machen. Sie haben sich zu einer unantastbaren Gruppe ernannt und wollen keiner Kontrolle des Volkes unterliegen. Das sieht man in allen Komponenten der Justizreform, die seit vier Jahren eingeführt wird. Nehmen wir nur das vorletzte Stück: Die Reform des Landesjustizrats, einer Institution, die die neuen Richter auswählt, begutachtet und dem Präsidenten vorschlägt. In vielen Länder der EU gibt es so etwas gar nicht. In Deutschland werden die neuen Richter von Politikern

ausgewählt: zu einer Hälfte von den Landtagsmitgliedern und zur anderen Hälfte von den Justizministern der Bundesländer. Und die Europäische Kommission bezeichnet diese Tatsache, anders als im Falle Polens, nicht als Politisierung des Gerichtswesens. In Polen wurden bis vor kurzem Richter nur von den Richtern nominiert. Das musste geändert werden, damit das Volk, via Parlament als seine Vertretung, auch einen gewissen — nicht einmal einen entscheidenden — Einfluss auf die Besetzung der Gerichte hat. Und genau das ist jetzt durch die Europäische Kommission als Politisierung in Frage gestellt worden. Ebenso falsch wird von der Europäischen Kommission die Einführung der Disziplinarkammer gedeutet, die dafür sorgen sollte, dass Richter, die gegen grundsätzliche Berufsregeln verstoßen, bestraft bzw. in den schlimmsten Fällen suspendiert werden. Es gab hunderte Urteile, die so ungerecht waren, dass fast 80 % der Polen die Notwendigkeit einer solcher Kammer für nötig halten. Eines muss ich dabei unterstreichen: In den fünf Jahren der PiS-Regierung wurde kein einziger Fall der politischen Beeinflussung eines Gerichtsurteils bekannt — im krassen Unterschied zu den acht Jahren der in Deutschland so gelobten Tusk-Regierung, die wir ertragen mussten.

### **Von Cato wurde sie nicht gelobt ... aber worum geht es bei dem innerpolnischen Streit um die Reform?**

Durch den faulen Kompromiss des Runden Tisches von 1989 haben sich die Postkommunisten (und dazu zähle ich nicht nur die Sozialdemokraten der SLD-Partei, sondern auch die Tusk-Partei PO und die Bauernpartei PSL) als selbsternannte Elite an der Spitze der Macht festgesetzt. Sie genossen und genießen unzählige Privilegien, von der billigen Übernahme des Volkseigentums zur Zeit der Wende (Firmen, Banken, usw.) bis zur

strafrechtlichen Immunität. Jetzt machen sie alles, um diese Privilegien nicht zu verlieren. Und es ist eine Schande, die ihres gleichen sucht, dass vor allem die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof sie dabei unterstützen. Dadurch wird die Demokratie in Frage gestellt, denn die Justizreform ist der Wunsch von etwa 80 % der polnischen Bevölkerung. Die Europäische Kommission versucht, sie zu verhindern. Sie möchte, dass Polen ewig im Postkommunismus und im Postkolonialismus verharret. Die postkommunistischen Richter würden gerne weiter andere Richter nach ihrem Gusto nominieren. Sie würden auch gerne unbestraft bleiben. Auch wenn ihre Verbrechen evident und dokumentiert sind. Sie haben sich selbst zu einer „außergewöhnlichen Kaste“ ernannt und wollen sich dem neuen, auf westlichen Lösungen gründenden System nicht unterordnen. Deshalb suchen sie Unterstützung im Ausland. Mich erinnert das an die verräterischen Polen im 18. Jahrhundert, die maßgeblich zur Teilung Polens durch Russland, Preußen und Österreich beitrugen. Wir bestehen darauf, dass laut dem EU-Vertrag die Justiz immer die Sache der Mitgliedstaaten ist, in die sich die Europäische Kommission nicht einmischen darf. Sie tut es zurzeit, um ihre eigene Macht vertragswidrig zu erweitern.

**Das sieht die Mehrheit der deutschen Medien anders. Dort wird die Justizreform heftig kritisiert. Man wirft Ihrem Land antidemokratische Tendenzen vor.**

Meine Einschätzung des Mainstreams der deutschen Medien ist sehr kritisch. Nicht nur in diesem, aber auch in diesem Aspekt. Sie sind ideologisch links orientiert und wollen dazu beitragen, dass die EU so schnell wie möglich zu einem Bundesstaat wird. Genau das wollen die europäischen Nationen aber nicht. Diese wollen weiterhin als Nationen bestehen bleiben. Um die Vor-

eingonnenheit der deutschen Medien zu veranschaulichen, nenne ich ein Beispiel. Als vor drei Jahren unsere Reform des Verfassungsgerichtshofes in den deutschen Medien als Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit überaus heftig kritisiert wurde, lud ich zwei bekannte Juraprofessoren nach Berlin ein. Sie sollten die juristische Korrektheit und Konformität jener Reform mit dem polnischen Recht deutlich machen. Zu dieser Veranstaltung lud ich außerdem dreißig Juraprofessoren von den vier nahen Universitäten (HU Berlin, FU Berlin, Universität Potsdam und Viadrina in Frankfurt/Oder) und dreißig Journalisten ein. Aber gekommen sind lediglich zwei Professoren und ein Journalist. Als ich die beiden Professoren nach der Präsentation fragte, warum sie keine Fragen gestellt hatten, bekam ich die Antwort: weil alles logisch, rechtskonform und klar sei. In den Medien wurde diese Veranstaltung totgeschwiegen. Kein Wort dazu in der Welt, der FAZ, der Süddeutschen Zeitung, die uns stets besonders scharf kritisieren, und immer völlig an der Sache vorbei.

### **Wurden denn zumindest Sie gebeten, in Deutschland die Hintergründe der Justizreform zu erläutern?**

Ja, und ich tue es mit gebotener Klarheit. Neulich bei einem Vortrag in Potsdam und vor zwei Monaten in der Bibliothek für die Opfer des Kommunismus in Berlin. Die Zuhörer, also normale, ideologisch nicht formatierte Bürger, reagierten darauf mit Verständnis und Sympathie. Einmal wurde ich von Michel Friedman mit diesem Thema an seine Hochschule in Frankfurt/Main eingeladen. Ich fuhr in Begleitung meiner Frau Julia Przyłębska, der Präsidentin des polnischen Verfassungsgerichtshofes. In der Diskussion entkräftete sie alle Einwände der Veranstaltungsteilnehmer souverän, unter Anwesenheit vieler Juristen (auch einer ehemaligen Richterin des Bundesverfassungsgerichts) und Frank-

furter Journalisten (u.a. von der FAZ). Bei einer regelgerechten Diskussion haben die Kritiker unserer Reformen keine Chance.

**Konservative Deutsche, die derzeit auf Polen blicken, tun dies mit gemischten Gefühlen. Zum einen könnte das von der PiS regierte Polen wie die anderen Visegrád-Staaten ein wichtiger Bündnispartner im Kampf gegen den antichristlichen, postnationalen, immigrations- und islamfreundlichen Umbau der EU sein. Andererseits machen die nach dem Regierungsantritt der PiS (2015) wieder ins Spiel gebrachten Reparationsforderungen in einem hohen dreistelligen Milliardenbereich keinen sehr deutschfreundlichen Eindruck. Welches Ziel verfolgt Ihre Regierung mit dieser Debatte? Wird es zu einer offiziellen Forderung kommen?**

Ob es zu einer offiziellen Forderung kommen wird, weiß ich nicht. Inzwischen ist der Bericht einer parlamentarischen Gruppe entstanden, der alle Daten beinhaltet. Er wurde aber bis jetzt nicht veröffentlicht. Ein Ziel dieser Forderung haben wir dennoch bereits erreicht: die Aufmerksamkeit auf Polen als das größte Opfer des Zweiten Weltkrieges zu lenken. Fast ein Fünftel der Bevölkerung wurde getötet, 40 Prozent der Wirtschaft ruiniert. Danach der Eiserne Vorhang und 45 Jahre kommunistische Misswirtschaft, die die zivilisatorische Entwicklung Polens erheblich verlangsamte. Daher resultieren u.a. unsere Ansprüche auf die Kohäsionsmittel der EU.

**Andererseits haben konservative Deutsche den Eindruck, dass das deutsche kulturelle Erbe in Polen teilweise mehr wertgeschätzt wird als in Deutschland. Was schätzen die**

## **Polen daran? Warum die Fürsorge für schlesische und ostpreußische Kulturdenkmäler?**

Seit dem Entstehen der Ersten Republik war Polen — damals einer der größten Staaten der Welt — multikulturell. Man war seitdem besonders sensibel für den Wert der Kultur und die Pluralität ihrer Erscheinungen. Dies gilt nach der Westverschiebung Polens infolge des Zweiten Weltkriegs nun für die Denkmäler der deutschen Kultur in Pommern oder in Schlesien. Darin manifestiert sich der wahrhaftig europäische Geist der polnischen Nation, die den Reichtum Europas in dem kulturellen Reichtum ihrer Völker sieht. Genauso wie es der größte Pole des 20. Jahrhunderts, Papst Johannes Paul II., in seinen philosophischen Werken darstellte.

## **Welche Chancen gäbe es, ausgehend von den Visegrád-Staaten, für eine Reform der EU, die stärker die traditionellen Werte (Religion, Familie, Nation) in den Vordergrund stellen würde? Hoffen Sie, Deutschland als Partner für eine solche Reform gewinnen zu können?**

Ich hoffe sehr, dass sich die anderen mittel- und osteuropäischen Länder auf ihre Interessen besinnen. Es zählen nicht nur die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine unkontrollierte Massenimmigration oder das Wohl der französischen und deutschen Firmen. Es geht um die kulturelle Identität und damit um den Erhalt der zivilisatorischen Werte Europas. Darunter der Familie und der Nation, zwei Säulen der Moral, wie es Hegel richtig formulierte. Das sind Werte, die uns in der Geschichte trugen und Europa attraktiv machten. Ob Deutschland für eine in diese Richtung gehende Bewegung zu gewinnen sei, hängt nur von den Bürgern dieses wunderschönen Landes ab. Dieses Land

steht noch mit einem Bein fest in der modernen Gesellschaft im Sinne Hegels, und dies gibt mir die Hoffnung.

**Viktor Orbán hat gesagt, dass wir eine Renaissance der „christlichen Demokratie“ brauchen. Ende letzten Jahres haben Sie in der Landeshauptstadt Thüringens eine Besinnung auf das christliche Erbe Europas angeregt, was Ministerpräsident Ramelow mit dem ruppigen Hinweis konterte, die Kirchen hätten 1938 die Reichspogromnacht nicht verhindert. Ist das Christentum wirklich noch ein Identitätsfaktor von hinreichender Stärke? Anders gefragt, was motiviert Sie, trotz der seit 1945 erheblich fortgeschrittenen Säkularisierung am Christentum festzuhalten?**

Viktor Orbán ist klar, dass sich ein genuines Europa wegen der evidenten Machtstellung des Islam nur durch eine Rückkehr zum Christentum aufrechterhalten lässt. Er meint hier vor allem die Anthropologie des Christentums. Denn das Faktum des Glaubens ist jedem von uns als Subjekt selbst überlassen. Das Christentum ist eine friedliche und universalistische Religion, im Unterschied zu dem in seinem Kern politischen, frauenfeindlichen, militärisch ausgerichteten Islam. Eine vollkommen atheistische Gesellschaft hat gegen den Islam keine Chance. Und eine Atheisierung der Muslime ist nicht zu erwarten. Ihr Glaube trägt entscheidend zu ihrer Identität als Kulturmenschen bei. Ich empfehle den Lesern von Cato die Lektüre des Buches von Laila MirzoNur ein schlechter Moslem ist ein guter Moslem.

**Sie waren Professor für Philosophie in Chemnitz, Sie waren u.a. im Vorstand der Internationalen Hegel-Gesell-**

**schaft und Mitherausgeber der Allgemeinen Zeitschrift für Philosophie. Falls nicht das Christentum eine Rückbesinnung auf den kulturellen Nährboden Europas auslöst, wie steht es dann um die deutsche Geistes- bzw. Philosophiegeschichte, deren ausgewiesener Kenner Sie sind? Was hat diese Tradition Europa heute zu sagen?**

Ich möchte in diesem Bereich deutlich unterstreichen, dass die Klassiker der deutschen Philosophie seit der Aufklärung (Kant, Fichte, Hegel) die Bedeutung der Religion für die Moral und Existenz stets stark betonten. Im Unterschied zur religionsfeindlichen französischen Aufklärung. Die britische Aufklärung hatte ebensolche Tendenzen. Hegel bemühte sich sogar – was mir besonders imponiert –, die besondere Stellung des Christentums unter allen bisher bekannten Religionen philosophisch zu begründen. Kant, Fichte und Hegel war bewusst, wie wichtig unser Bezug zur Transzendenz ist. Daraus entstanden meines Erachtens die Ideen der Menschenrechte und der Menschenwürde, die ohne religiöse Untermauerung wenig Sinn und überdies keine echte Begründung haben.

**Wie und wodurch begann Ihr Interesse für die deutsche Kultur und Sprache?**

Es begann während meines Philosophiestudiums. Davor war ich anglophil. Die deutsche Existenzphilosophie, vor allem Jaspers und Heidegger, hat mich fasziniert. Ich begann autodidaktisch Deutsch zu lernen, um ihre damals in Polen kaum zugänglichen Werke lesen zu können. 1991 erhielt ich ein Prestigeforschungsstipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung und durfte zwei Jahre in Heidelberg in der Nähe Hans-Georg Gadamers forschen. Gadamer ist für mich der größte deutsche Philosoph

der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ich war damals, mit 29, bereits promoviert. In Heidelberg schrieb ich meine Habilitationsschrift über den badischen Neukantianismus, profilierte mich aber langsam um, in Richtung der hermeneutischen Philosophie. Die Hälfte meiner Publikationen sind der Hermeneutik gewidmet.

### **Welche Erinnerung haben Sie aus jener Zeit an Hans-Georg Gadamer?**

Heidelberg ist für mich bis heute die schönste Stadt Deutschlands. Ich habe regelmäßig die Sprechstunden Gadamers besucht, der damals schon 91-jährig war und trotzdem an der Uni erschien. Er hatte dort, trotz Emeritierung, sein Zimmer und seine liebe Sekretärin, Frau Hornung. Während des Gesprächs hörte er aufmerksam zu, aus Interesse an der Meinung des anderen, aber auch, um den Kontext der Frage oder die Denkhorizonte des Fragenden zu verstehen, egal ob es ein Professor oder ein Doktorand war. Sein Wissen war unglaublich, sein Gedächtnis ebenfalls. Über Max Scheler erzählte er einmal so, als ob er ihn gestern getroffen hätte, dabei starb Scheler ja 1928. Einmal sollte er einen Vortrag im Jaspers-Haus halten. Das Publikum erschien so zahlreich, dass man ihn kurzfristig in eine Kirche verlegen musste. Ich erinnere mich, wie er vor dem Alter stand und über Kant und Hegel vortrug. Ohne Zettel, dagegen mit reichen, langen Zitaten aus dem Kopf. Das war unglaublich. Als ich ihn später fragte, wie dies möglich war, antwortete er: „Ich habe seit meiner Jugend eine Gewohnheit, täglich ein Gedicht oder ein Klassikerfragment zu memorieren.“ Das kann ihm heute niemand nachmachen, denke ich.

### **Lassen Sie uns über Russland reden. Das polnische Parla-**

**ment hat einen seltenen parteiübergreifenden Beschluss verabschiedet, in dem es russische Geschichtsfälschungen verurteilt: die regierende PiS Seite an der Seite mit der Opposition. Was wurde in diesem Beschluss kritisiert?**

Vor allem die gravierende Fälschung des etablierten Geschichtsbildes, der historische Revisionismus. Putin nutzt die Tatsache, dass unsere Wahrnehmung des Krieges auf den Holocaust reduziert wurde. Und Putin stilisiert Stalin (und damit indirekt sich selbst) zum Retter der Juden. Womit er u.a. die Befreiung des KZ Auschwitz meint. In dieser Linie bleibend versucht er, Polen der Beteiligung am Aufbau der zahlreichen KZ-Lager im besetzten Polen zu beschuldigen. Wohl vergessend, dass die polnische Regierung im Londoner Exil darauf keinen Einfluss hatte. Im Gegenteil, sie informierte die Alliierten darüber. Ich meine damit u.a. die Berichte des polnischen heldenhaften Rittmeisters Witold Pilecki. (Er ließ sich von Deutschen auf der Straße festnehmen, wurde nach Auschwitz deportiert, verbrachte über zwei Jahre in diesem KZ, machte zahlreiche Notizen, versuchte, einen Widerstand zu organisieren, und floh 1943 — ein unglaublicher Kerl!). Darin war auch die Bitte enthalten, die Schienen nach Auschwitz zu bombardieren, um weitere Judentransporte unmöglich zu machen. Die Briten reagierten nicht. Übrigens: Eine Ausstellung zum Aufenthalt Pileckis in Auschwitz ist in Berlin in dem nach ihm benannten Institut am Brandenburger Tor zu sehen.

**Aus deutscher Sicht kommt es in diesen Tagen zu erstaunlichen geschichtspolitischen Turbulenzen. Polen gibt Russland eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, und Russland beschuldigt Polen, 1939 mit dem nationalsozialistischen Deutschland gekungelt zu haben.**

## **Warum diese Debatte zu diesem Zeitpunkt? Und spielt Katyn dabei eine Rolle?**

In der russischen Geschichtserzählung gilt die Rote Armee als der Befreier Europas vom Nationalsozialismus. Und der Krieg begann für sie 1941, als Hitler Stalins Sowjetunion angriff. Dass die Sowjetunion im August 1939 einen Pakt mit Hitler zur Teilung Polens abschloss, will man in Russland gerne vergessen. Infolge eines geheimen Protokolls zu diesem Pakt griff uns die Sowjetunion am 17. September 1939 an, 17 Tagen nach dem deutschen Einmarsch in Polen, wodurch uns eine Verteidigung in den sumpfigen, schwer zugänglichen Tiefen des Landes unmöglich wurde.

Der Mord an den infolge des russischen Angriffs inhaftierten polnischen Offizieren in Katyn (es waren fast 40.000 Menschen, die durch einen Schuss in den Hinterkopf ermordet wurden) spielt auch eine Rolle. Bekanntlich gelang es den Sowjets für eine lange Zeit, diesen Mord den Deutschen unterzuschieben. Weil dieses Täuschungsmanöver aufgefliegen ist, versucht Putin jetzt, dieses Massaker mit dem Tod der in Polen internierten russischen Soldaten nach dem polnisch-russischen Krieg im Jahre 1920 zu vergleichen. Bei dem letzteren handelte es sich jedoch um keinen Mord, sondern um den Tod einer Soldatengruppe durch Krankheiten, bei denen die damalige polnische Medizin keine Chance hatte. Anders als in Katyn gab es damals keinen Befehl, die russischen Soldaten zu töten.

## **Warum hat Präsident Duda seine Teilnahme an dem diesjährigen Holocaust-Forum in Jerusalem abgesagt?**

Weil ihm das Wortergreifen verwehrt wurde. Seit Wochen versucht der russische Präsident Putin, ein merkwürdiges Narrativ

durchzusetzen, das auf eine Revision der geschichtlichen Forschung hinausläuft. Präsident Duda, als Vertreter eines Landes, das zweifellos im Zweiten Weltkrieg am meisten gelitten und den ganzen Krieg in alliierten Formationen an allen Fronten gekämpft hat, wollte nach Putin das Wort ergreifen, um ggf. dessen Lügen zu demaskieren. Dies wäre nicht gegangen, weil die Veranstaltung von einem Putin-nahen Oligarchen gestaltet wurde.

### **Was könnte Präsident Putins Motiv sein, sich auf Kosten Polens zu profilieren?**

Putin will eine Deutung etablieren, laut deren die Rote Armee nicht nur Auschwitz befreite, was man nie bestritten hat, sondern Länder wie Polen, Litauen, Ungarn usw. ebenfalls. Die semantische Voraussetzung des Befreiungsbegriffs ist aber, dass der Befreier den Befreiten in Ruhe lässt. Und ihn nicht fast fünfzig Jahre lang okkupiert, eine sowjethörige Regierung erzwingt und den Kommunismus als Ideologie durchsetzt. Putin bestreitet auch die Tatsache, dass es ein geheimes Protokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag gab, in dem der Angriff auf Polen und die Teilung Polens zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion festgelegt wurde. Eine gemeinsame Parade an der neuen russisch-deutschen Grenze im soeben noch polnischen Brześć (Brest) bezeugt dies eindeutig. Ich persönlich glaube denjenigen Historikern, die sagen: Ohne den Angriff der sowjetischen Armee am 17. September 1939 hätte Hitler Polen nicht bezwungen. Das polnische Heer hätte dann nämlich, wie gesagt, noch viel Rückzugsraum im Osten, in dem Moor von Podolien, es hätte sich sammeln und erholen können.

### **George F. Kennan hat 1997 die Osterweiterung der Nato**

**als „verhängnisvollsten Fehler der amerikanischen Politik in der Ära nach dem Kalten Krieg“ beurteilt, weil dadurch „die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der Meinung Russlands entzündet werden“. Hat er recht behalten?**

Kennan liegt vollkommen falsch. Die Nato ist und war nie ein Gegner Russlands. Es ist ein Frieden garantierendes Projekt. Ohne ihre Nato-Zugehörigkeit müssten heute Länder wie Lettland, Litauen, Polen oder die Slowakei einen Tribut an Russland zahlen, wie an einen Gangster. Was unsere Entwicklung schrecklich hemmen wurde. Wir warten die ganze Zeit auf eine positive Veränderung Russlands, von einem Raubstaat zu einem Land, dass sein enormes Potential in Innovationen, in Nutzung von Ressourcen, kurz gesagt: in einer hochwertigen, absatzstarken Produktion zeigt. Und mit anderen Ländern friedlich zusammenlebt.

## **Warum kämpft Polen gegen die Gaspipeline Nord Stream 2?**

Weil dieses Projekt mit der energetischen Solidarität der EU bricht. Weil es Putin Gelder gibt, die er für die Entwicklung von Waffen ausgibt. Waffen, mit denen er direkt den baltischen Ländern und Polen droht. Mit diesem Geld kann er auch seine eigene Bevölkerung korrumpieren, wodurch die Veränderungen in Richtung einer echten Demokratie und damit in Richtung Friedlichkeit, Marktwirtschaft, Menschenrechte verlangsamt werden. Gegenwärtig bedroht Putin Belarus.

## **Die ideologische Entfremdung zwischen Berlin und War-**

**schau lenkt allzu leicht von den harten geopolitischen Implikationen ab. Die Nato ist in die Lücke gestoßen, die der Zusammenbruch der Sowjetunion hinterlassen hat. Die Osterweiterung hat die Bündnisgrenze nach Osten verschoben. Polen will, um Janusz Reiter zu zitieren, einen Ihrer Vorgänger als Botschafter in Deutschland, „nie wieder Puffer sein“. Aber der Preis ist hoch. Berlin und Brüssel machen vom Westen Druck auf Polen, Putin vom Osten. Man fühlt sich an ältere Konstellationen erinnert, als wollte sich die alte Gemengelage auch unter neuen Umständen restituieren ... Ist der „Puffer“ Polens Schicksal?**

Vor Deutschland haben wir, nicht nur im militärischen Sinne, keine Angst mehr. Die Deutschen wurden zu vorbildlichen Pazifisten, und den Zustand der Bundeswehr beschreibt sogar die deutsche Presse mit Sorge. Wir haben Angst vor der Verletzung der Hautprinzipien der EU, der sogenannten vier Freiheiten. Manchmal geschehen Sachen, die uns zu denken geben, wie der Nord Stream 2, den der in Deutschland beliebte frühere polnische Außenminister Radek Sikorski eine Neuauflage des Hitler-Stalin-Pakts nannte. Die Intentionen Deutschlands sind dabei klar: ein Gas-Hub der EU zu werden. Die negative Folge ist: Putin bekommt Gelder, die er in die Waffenentwicklung investieren kann, was sich direkt auf Gefahren für das Baltikum, Polen und die Ukraine überträgt. Gefahren, die von Russland ausgehen, schätzt man in Polen anders ein. Und sie sind empirisch untermauert. Es reicht aus, darauf zu schauen, was in Georgien geschah und auch jetzt geschieht (z.B. ständige Grenzverschiebungen). Oder auf die Ukraine bzw. Moldawien. Es gab auch direkte Drohungen aus Russland in Richtung Polen. Die Litauer haben dies schon begriffen, die Esten und Letten sind dabei, sich das zu bewusst zu machen. Neulich auch die Belarussen.

## **Ihre Zeit als Botschafter in Berlin geht zu Ende. Was machen Sie danach?**

Im Ministerium trägt man sich mit dem Gedanken, meinen Aufenthalt in Berlin zu verlängern. Was mich zwingt, dies zu überlegen. Ziemlich klar ist, dass ich nach der Beendigung meines Diensts vor die Alternative gestellt werde, im Außenministerium einen Posten zu übernehmen oder an die Universität (wo ich beurlaubt bin) zurückzukehren. Mein Traum wäre es, in Warschau eine humanistische Universität zu gründen oder daran mitzuwirken. Sie könnte der von Soros finanzierten „Central European University“ in Budapest Paroli bieten. Es ist höchste Zeit. Ich lade gleichgesinnte Gelehrte aus Deutschland und die Leser Ihrer Zeitung zum Mitdenken an diesem Projekt ein.

## **Wenn Sie gegenüber der deutschen Regierung drei Wünsche frei hätten — welche wären das?**

Dass sie erstens versucht, die Reformen der polnischen Regierung zu begreifen, und diese dann vor der Europäischen Kommission verteidigt. Dass sie zweitens die eigenen Fehlentwicklungen einsieht und zur Erneuerung der modernen Gesellschaft im Sinne Hegels („konkrete Freiheit“ und dreiteilige Sittlichkeit, d.h. Familie, kapitalistisches Arbeitssystem und Staat) zurückkehrt. Und dass sie drittens die polnische Kultur — damit meine ich sowohl Literatur und Kunst als auch die politische Tradition und unsere Lebensweise — als eigenständige Größe anerkennt. Wodurch ein echtes „Weimarer Dreieck“ entstehen könnte, in dem Polen nicht nur als Frankreich ebenbürtig, sondern auch als

Repräsentant Mitteleuropas betrachtet wird. Dies alles wäre auch für das Weiterbestehen der EU fundamental.

## **„Unser Lebensstil ist ein wenig anderer“.\***

**Herr Botschafter, eines Ihrer Bücher trägt den Titel *Warum Polen ein Wert ist*. Was wollten Sie damit deutlich machen?**

Dass die größte Gruppe, mit der sich ein einfacher Mensch identifizieren kann, nicht die Menschheit im Sinne Kants ist, sondern sein eigenes Volk, die eigene Nation. Bedingt durch das, was wir Tradition nennen und durch die Erfahrung eines Volkes in der Entwicklung, die sich auch sprachlich manifestiert. Sprache ist eine Versammlung des Denkens und der Erfahrung, die sich durch Kontakte mit Anderen entwickelt. Ich wollte mit diesem Titel betonen, dass nationale Kultur behütet werden sollte, ohne damit Polen über andere Länder zu erheben.

**Sie sind 1958 geboren. Können Sie sich einen solchen Buchtitel von einem Autor Ihrer Generation auch auf Deutschland bezogen vorstellen?**

Schon. Obwohl wenige deutsche Philosophen in diese Richtung denken. Das ist eine Spannung zwischen der Moderne und Postmoderne. Ich verstehe die moderne Gesellschaft von Hegel aus,

---

\* Neue Osnabrücker Zeitung, 20.04. 2017

meine deutschen Kollegen eher in Anlehnung an Nietzsche. Hegel hat für mich ein sehr überzeugendes und meines Erachtens bis heute aktuelles Konzept der modernen Gesellschaft in seiner Rechtsphilosophie konzipiert. Individuelle Freiheit ist dort durch Sittlichkeit bedingt und in ihr verankert. Und Sittlichkeit hat drei Elemente: Familie, bürgerliche Gesellschaft und Staat. Alle drei sind wichtig. Jetzt droht uns, dass die Freiheit des Individuums verabsolutiert wird.

### **Sind gute Beziehungen zwischen Polen und Deutschen für Sie auch ein Wert?**

Selbstverständlich. Es ist wichtig, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu haben, und wir sind dankbar für die Hilfe Deutschlands beim Beitritt zur Nato und zur EU. Wir fanden uns immer zugehörig zum Kern Europas. Deshalb bedauere ich, dass die Beziehungen in letzter Zeit schlechter geworden sind. Die Schuld liegt nach meiner Meinung auf deutscher Seite.

### **Aber Angela Merkel ist seit zwölf Jahren Bundeskanzlerin. Polen hat es also schon lange mit derselben Partnerin zu tun...**

Nachdem Polen eine andere Regierung gewählt hatte, wurden wir zu einem schwierigeren Partner. Weil wir der Ansicht sind, etwas Besseres zu verdienen, als nur wie kleiner Mitspieler behandelt zu werden. Beschäftigte in Polen arbeiten im Schnitt mehr als 2.000 Stunden im Jahr und sind immer besser ausgebildet, Deutsche arbeiten 500 Stunden weniger. Mit dem Programm unseres neuen Wirtschaftsministers Mateusz Morawiecki verbinden wir Hoffnungen auf einen deutlich höheren Lebensstandard. Zu-

dem ist unser Lebensmodell traditionsgemäß anders. Zum Beispiel lehnen wir es ab, dass die Gender-Ideologie aus dem Westen per Gesetz zu uns transferiert wird. Man kann im polnischen Parlament keine Mehrheit für die Homo-Ehe bekommen. Daher sollte man es lassen. Wir sind ein katholisches Land.

### **Sind Sie wie Ihr Außenminister Witold Waszczykowski der Meinung, dass die übrigen EU-Staaten und Brüssel sich im Streit mit Polen dem Willen Deutschlands unterwerfen?**

Leider ja. Kürzlich hat sogar der neue deutsche Außenminister Sigmar Gabriel bedauert, dass wichtige Telefonate aus China, Amerika oder Russland nicht mit Brüssel, sondern mit Berlin geführt werden. Das ist gefährlich. Ich weiß auch, dass Deutschland sich wehrt, wenn auf diese Dominanz hingewiesen wird. Aber es wäre besser, wenn EU-Entscheidungen wie die Wiederwahl von EU-Ratspräsident Donald Tusk nicht in Berlin angekündigt würden. Es war ein Fehler der Kanzlerin, dies am Vortag des EU-Votums im Bundestag zu tun, obwohl sie ein paar Wochen vorher in Warschau etwas Anderes versprochen hatte. Ob andere EU-Länder sich dadurch instruieren ließen, bleibt offen. Aber ich halte ein solches Vorgehen für falsch.

### **Am Tag vor der Entscheidung zugunsten Tusks war Gabriel in Warschau. Wurde dabei kein letzter Versuch der Verständigung unternommen?**

Ich weiß, dass auch Tusk ein Thema war. Offenbar gab es aus Sicht Berlins dringende Gründe, Tusk im Amt zu bestätigen. Ich glaube, diese hängen mit Plänen für eine Reform der EU zusammen. In Deutschland denkt man offenbar, dass dies mit Tusk

besser gelingen würde. Das Votum für ihn war also gar nicht so sehr gegen Polen gerichtet, sondern als Beginn der Umsetzung eines Plans gemeint. Die Frage ist, ob dieser Plan ein guter ist. Da sage ich: Nein. Tusk verhielt sich in der Brexit-Krise viel zu passiv. Auf der anderen Seite ist er ein zu großer Euro-Enthusiast, wenn es um Probleme geht, die etwa in Griechenland oder in Ungarn aufgetreten sind. Und für uns als Polen stellt sich die Frage, wie sehr wir und die übrigen Vysegrád-Länder oder das Baltikum bei der notwendigen EU-Reform berücksichtigt werden.

**Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz, Demokratie, Wahrung der Menschenrechte und Pressefreiheit werden von westlichen Politikern oft als europäische Werte genannt. Die EU-Kommission untersucht gerade, ob sie alle in Polen gelten...**

...und ich bin der Meinung, dass alle diese Werte in Polen gepflegt werden. Das Problem ist die Interpretation. Brüssel ist zu sehr ideologisch geprägt. Und zwar durch eine linksliberale Ideologie. Polens Regierung hat der Bevölkerung vor der Wahl eine Reform versprochen — und die Umsetzung ist nur möglich, wenn wir so vorgehen wie jetzt. Die Mehrheit der Polen ist mit der Justizunzufrieden. Im Vergleich mit Deutschland haben wir mehr Richter pro Kopf. Trotzdem ziehen sich die Prozesse über Jahre hin, und die Urteile fallen manchmal unglaublich aus. Ungerecht und formalistisch. Das größte Problem in Polen ist die Justiz.

**Ist Europa noch eine Wertegemeinschaft?**

Da bin ich etwas skeptisch, weil ich weiß, wie problematisch der Begriff der Werte ist. Aber wir können Europa durchaus als

Wertegemeinschaft sehen. Es muss eine Diskussion darüber in Gang kommen, welche Werte außer den von Ihnen genannten in Frage kommen. Polen stützt sich stark auf christliche Werte, die sich in der Präambel der Römischen Verträge oder in der Debatte über eine EU-Verfassung nicht wiederfinden. Manchmal höre ich in Deutschland, dass man sich an den Werten der Aufklärung oder der Französischen Revolution orientieren sollte. In Polen wird die Französische Revolution nicht nur mit den Begriffen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in Verbindung gebracht, sondern auch mit der massenweisen Ermordung von Geistlichen und mit der Eliminierung der Religion aus dem bürgerlichen Leben. Europas Werte sollten vielfältiger sein. Familie ist für uns ein Wert — und der Staat kann auch ein Wert sein.

**Herr Botschafter, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland entwickeln sich gut. Das bilaterale Handelsvolumen pro Jahr ist auf mehr als 100 Milliarden Euro gestiegen. Welche Chance bietet aus Ihrer Sicht die Hannover-Messe, bei der Polen in diesem Jahr das Partnerland ist?**

Es freut uns sehr, dass sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern trotz kleinerer politischer Probleme wunderbar entwickeln. Die Unternehmer nehmen keinen Anstoß an den Differenzen in der Politik, und die deutsche Wirtschaft investiert sehr gerne in Polen. Die Hannover-Messe ist eine gute Gelegenheit, die Stärke unserer Wirtschaft zu präsentieren. Es haben sich mehr als 170 polnische Unternehmen angemeldet.

**Mit welchen besonderen Produkten und Technologien präsentiert sich Polen in Hannover?**

Mit Elektrobussen zum Beispiel. Bekannt ist auf diesem Sektor das Posener Unternehmen Solaris, das als einer der ersten Hersteller die Produktion dieser Fahrzeuge aufgenommen hat. Über 30 Elektrobusse von Solaris fahren schon in Warschau, einige auch in deutschen Städten. Das durch seine Traktoren bekannte Unternehmen Ursus aus der Nähe von Warschau plant ebenfalls den Bau von Elektrobussen. Beide Firmen sind in Hannover vertreten — ebenso wie viele Aussteller aus den Branchen Elektronik und IT. Eine Stärke der Polen ist das Programmieren und die Entwicklung von Computerspielen. In Hannover werden auch 3-D-Drucker von Zortrax aus Olsztyn (Allenstein) oder Paneele der Firma Saule zur Erzeugung von Solarenergie auf Basis von Mineralien zu sehen sein. Auch Traditionsfirmen wie Posener ehemals größte Fabrik Cegielski, die nahe am Konkurs war, widmen sich nun neuen Aufgaben, etwa in den Bereichen Umweltschutz und Stahlkonstruktionen. Nach Hannover kommen aber auch viele kleinere Firmen und auch Start-ups, die Kontakt zu internationalen Partnern suchen.

**Das hört sich so an, als ob Polens Industrie stark auf Umweltschutz setzt. Dabei gibt es mit den EU-Partnern einen Konflikt in der Energiepolitik wegen der starken Kohle-Abhängigkeit Ihres Landes. Kann eine Messe wie die in Hannover diesen Konflikt entschärfen?**

Ich glaube schon. Ich würde aber nicht vom Konflikt sprechen, sondern eher von unterschiedlichen Meinungen, inwiefern Energie, die von Kohle abhängt, schädlich ist. Ich habe gelesen, dass in Deutschland die Energieproduktion noch zu 40 Prozent auf Kohle basiert. In Polen sind es 80 Prozent. Das ist zu viel, und man muss versuchen, mehr Energie aus erneuerbaren Quel-

len zu bekommen. Aber ein zusätzlicher Weg ist, die auf Kohle basierende Energiegewinnung umweltverträglicher zu gestalten. Experten haben mir berichtet, dass es Möglichkeiten dazu gibt, indem man die Kohle zum Beispiel schon unter der Erde bearbeitet. Wir sind nicht so reich wie Deutschland, und Solar- oder Windenergie ist teurer als Energie aus fossilen Quellen. Deshalb kann sich Deutschland mehr „saubere“ Energie leisten. Aber wir müssen uns auch in diese Richtung entwickeln.

### **Im Nordwesten Deutschlands gibt es führende Hersteller von Windkraftanlagen. Ist Polen für diese ein interessanter Markt?**

Wie ich auf meinen Reisen beobachte, entwickelt sich die Sache — und Deutschland ist führend auf dem Markt. Ich weiß aber auch, dass es manchmal vor Ort Probleme mit großen Windkraftanlagen gibt — etwa durch Lärm. Es ist wichtig, diese Technologien zu entwickeln, aber sie müssen auch Akzeptanz finden. Wenn Deutschland in dieser Hinsicht neue Angebote hat, wird Polen sehr interessiert sein. Und ich persönlich denke: Je kleiner, desto besser. Überhaupt ist Innovation das Wichtigste, wie sich gerade auch bei einem Wirtschaftskongress der Visegrád-Staaten in Warschau gezeigt hat. Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn wollen diesen Weg beschreiten — und nicht nur etwas nachahmen, was vor Jahren schon im Westen gemacht wurde. In diese Richtung zielt auch ein Wettbewerb, den unsere Regierung zum Bau von kleinen, städtischen Elektroautos organisiert. Bald werden wir — davon bin ich überzeugt — in diesem Bereich führend sein.

### **Anders als die Handelsströme fließen die Investitionen noch sehr stark in eine Richtung: von Deutschland nach**

## **Polen. Gibt es inzwischen auch größere polnische Investitionen in Deutschland?**

Das bekannteste Beispiel ist das der polnischen Tankstellenkette Star. Weniger bekannt sind die vielen polnischen Baufirmen, die in Deutschland Fuß gefasst haben. Der Schienenfahrzeugproduzent PESA aus Bydgoszcz (Bromberg) versucht gerade, sich auf dem Markt zu etablieren. Bei elektrischen Schienenfahrzeugen gehört PESA zur Weltklasse. In Berlin hat das Unternehmen gerade die erste Zulassung für Regionalzüge bekommen. Aber es bleibt festzustellen, dass es bei den Investitionen noch riesige Unterschiede gibt. Viel zu wenige polnische Unternehmen wagen es, in Deutschland Fuß zu fassen.

## **Wie lange wird Polen noch den Zloty behalten?**

Wir haben uns verpflichtet, den Euro einzuführen. Aber der Zeitpunkt hängt davon ab, wann das günstig sein wird. Auch die Opposition sieht, dass die Eurozone derzeit nicht sehr stabil ist. Es kann zu einer Beschleunigung der Euro-Einführung kommen, wenn sich im Rahmen eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten eine stabile Eurozone herausbildet, die für uns interessant wäre. Aber ich hoffe, dass es dazu nicht kommen wird, weil wir grundsätzlich Angst vor einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeit haben. Und man fürchtet in Polen vor allem, dass Waren teurer werden, so wie man es in der Slowakei sieht. Viele Slowaken kaufen heute Lebensmittel in Polen, weil diese durch die Einführung des Euro in ihrer Heimat viel teurer wurden. Drei bis sechs Jahre wird Polen den Zloty wahrscheinlich noch behalten, aber nicht zehn oder fünfzehn.

## **„Moralische Verpflichtungen bei Frage der Reparationen“.\***

**Herr Botschafter, am Sonntag wird in zwei Bundesländern in Polens direkter Nachbarschaft gewählt. Wie blicken Sie auf diese Wahlen?**

Die Landtagswahlen werden in Polen mit großem Interesse verfolgt. Wir hoffen, dass in beiden Ländern die jetzige Politik fortgesetzt wird — mit kleinen Korrekturen. Würden sie etwas konservativer regiert werden, würde das unsere Zusammenarbeit noch einfacher machen. Die CDU entwickelt sich, leider, immer stärker nach links, um sich mit Hilfe der SPD und der Grünen an der Macht zu halten. Das führt dazu, dass die AfD immer wichtiger wird.

**Macht ihnen die Stärke der AfD Sorgen?**

Nein, die Partei ist in Teilen konservativ und patriotisch. Was wir indes nicht verstehen und gutheißen können, ist die Nähe zu Russland — und auch das Lob der Wehrmacht. Aber die AfD wird in Sachsen und Brandenburg nicht an die Regierung kommen, selbst wenn sie die Wahlen gewinnt.

---

\* RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND), 30.08. 2019

## **Polen hat sich vehement gegen eine Aufnahme von Flüchtlingen gesperrt. Aber Sie brauchen Zuwanderung?**

Unsere Wirtschaft boomt, wir brauchen Arbeitskräfte und sind inzwischen auf Wirtschaftsmigranten angewiesen. Mehr als eine Million Ukrainer leben inzwischen im Land. Nur wenige von ihnen beantragen Asyl, weil sie dann sofort arbeiten dürfen. Wir versuchen, die Einwanderung zu steuern, nicht so spontan und unbedacht zu agieren wie Deutschland.

## **Allein in Großbritannien leben mehr als zwei Millionen polnische Emigranten. Was geschieht mit ihnen nach dem Brexit?**

Es sind schon welche zurückgekommen, nach dem Brexit werden es mehr werden. Wir laden sie zur Rückkehr ein. Wir werben um Polen, die mit ihrem in Großbritannien erarbeiteten Kapital zu Hause investieren. Wir befürchten aber, dass einige zunächst nach Deutschland gehen und dort Firmen gründen werden. Das wäre gut für Deutschland — und weniger gut für uns.

## **US-Präsident Trump wird nach Polen kommen und auch die Standorte für die neuen US-Armeestützpunkte an der russischen und weißrussischen Grenze besuchen. Wie viele Truppen aus Deutschland können denn realistisch nach Polen verlegt werden?**

Es wäre eine Illusion, dass die USA alle Soldaten aus Deutschland verlegt. Die Infrastruktur, die in Ramstein und anderswo besteht, könnten wir gar nicht zur Verfügung stellen. Es wäre

aber gut, wenn zu den jetzt rund 5.000 Mann noch ein paar Tausend dazukommen.

### **Wird Russland das nicht als Provokation werten?**

Natürlich werden sie das. Aber das Verhältnis der Kräfte ist so, dass es einfach eine Lüge ist, wenn die Russen ein paar Tausend US-Soldaten für eine Bedrohung halten. Infolge der Ereignisse in Georgien und in der Ukraine müssen wir ständig mit einem russischen Angriff rechnen. Eine US-Präsenz in Polen dient unserer Sicherheit.

### **Am 13. Oktober wird in Polen gewählt. Es gab während der bisherigen Regierungszeit der PiS immer wieder große Demonstrationen. Ist Polen eine gesplante Gesellschaft?**

Ja, es gibt eine Spaltung in Polen. Es gibt einen Teil der Gesellschaft, der sehr prowestlich ist und unreflektiert alles begrüßt, was aus dem Westen kommt. Und es gibt einen anderen Teil, der bis vor ein paar Jahren vom westlichen Lebensstandard begeistert war, aber inzwischen feststellt, dass die egozentrische Lebensweise auch Nachteile hat. Dieser Teil der Gesellschaft würde am liebsten ein Gesellschaftsmodell wie in der alten Bundesrepublik haben, eher konservativ und sozial abgesichert. Das ist die große Mehrheit der polnischen Gesellschaft, ich würde sagen, an die 90 Prozent. Aber zu den übrigen 10 Prozent gehören die Eliten in Medien, Wissenschaft und Kultur, dazu gehören Schauspieler. Parteichef Jarosław Kaczyński wird nach den Wahlen, wenn die PiS an der Macht bleibt, für die nationale Einheit werben — aber nicht um jeden Preis. Wir stehen gegen

die LGBT-Ideologie, gegen Frühsexualisierung, wir wollen eine gesunde Gesellschaft.

**Was meinen Sie mit „LGBT-Ideologie“? Warum sollten Homosexuelle nicht gleichgestellt werden und heiraten dürfen?**

Homosexuelle haben in Polen alle Rechte, aber die Homo-Ehe ist kein Recht, sondern ein Privileg. In der Verfassung steht: „Die Ehe ist eine Verbindung von Frau und Mann.“ Um das zu ändern, braucht es zunächst einen Wandel der Einstellungen in der Bevölkerung und dann eine Mehrheit im Parlament. Das kann nicht Brüssel entscheiden. Wir werden versuchen, in der neuen EU-Kommission bestimmte Prozesse zu verlangsamen, die in Richtung einer sittlichen Vereinheitlichung gehen. Auch die Justiz ist eine Domäne der Mitgliedstaaten. Wir brauchen unsere Justizreform. Ich hoffe, dass Frau von der Leyen auch unsere Position berücksichtigt.

**Zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen wird Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach Warschau kommen. Zugleich soll der Bericht einer parlamentarischen Kommission präsentiert werden, der das Ausmaß der Kriegszerstörungen beziffert. Es soll um 800 Millionen Euro gehen. Fordert Polen Reparationen von Deutschland?**

Es wäre ungeschickt, wenn dieser Bericht am 1. September erscheinen würde, wenn der deutsche Präsident in Warschau ist. Das wird wahrscheinlich einige Wochen später geschehen. Wir sind der Meinung, nach dem Krieg ungerecht behandelt worden

zu sein. Aus dem Ausmaß der Zerstörung Polens im Zweiten Weltkrieg erwächst unserer Meinung nach die moralische Verpflichtung, die Frage der Reparationen zu regeln. Die polnische Gesellschaft ist mehrheitlich für Entschädigungen, aber diese Frage wird uns noch ein paar Jahre beschäftigen. Ein Denkmal für polnische Opfer in Berlin, wie es jetzt von mehr als 200 Bundestagsabgeordneten gefordert wird, könnte die polnischen Ansprüche beeinflussen.

**Wie bewerten Sie das deutsch-polnische Verhältnis aktuell?**

Die Beziehungen werden wieder besser, und wenn die PiS auch nach den Wahlen im Oktober die Regierung in Polen stellt, wird sich die deutsche Seite endgültig an diesen Partner gewöhnen. Für die EU kann das nur gut sein.

## **„Zeitweise lebten bis zu 80% aller Juden in Polen“.\***

**Exzellenz, das europäische Judentum hatte vor dem Aufstieg der Nationalsozialisten und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges eine lange Tradition in Polen. Kann man von einem Sonderstatus Polens in Bezug auf die Bedeutung für die jüdischen Kulturen und Traditionen Europas sprechen?**

Auf jeden Fall. Tausende Juden, nachdem sie im Mittelalter und später aus verschiedenen Ländern Europas (Deutschland, Frankreich, Österreich und Spanien oder sogar aus Kiew und Moskau) vertrieben worden waren, fanden ihre Zuflucht in Polen. Sie erhielten Privilegien von polnischen Königen und konnten ihr jüdisches Leben sowohl in eigenen Dörfern und Städtchen (den berühmten „Shtetl“) als auch in der Nähe der polnischen Gastgeber, in Warschau, Krakau, Wilno (Vilnius) oder Lwow (Lemberg), wunderschön entwickeln. Es gab fast 1.000 Jahre eines friedlichen Zusammenlebens der Polen und der Juden auf dem polnischen Territorium.

Es sei daran erinnert, dass Mitte des 16. Jahrhunderts weltweit etwa 80% der Juden in Polen lebten. Die rasante Entwicklung der jüdischen Kultur und Kunst auf den polnischen Gebieten

---

\* Jüdische Rundschau Nr 9 (61), September 2019.

führte dazu, dass Polen zu dieser Zeit zum Zentrum der jüdischen Welt wurde.

Eine ausgezeichnete Illustration dieser Geschichte ist das wunderschöne Museum Polin (Museum der Geschichte der polnischen Juden) in Warschau. „Polin“ bedeutet auf Hebräisch sowohl „Hier ruhe aus, hier lasse dich nieder!“ als auch „Polen“, also „ein Land, in dem man leben will.“

Polin ist aber etwas mehr als ein rein historisches Museum, das die 1000-jährige Geschichte der polnischen Juden zeigt. Es ist auch ein Ort der Begegnung und des Dialogs für all diejenigen, die mehr über die Vergangenheit und die zeitgenössische jüdische Kultur erfahren möchten, die aus der polnisch-jüdischen Geschichte für die Zukunft lernen möchten, um sich mit Stereotypen und modernen Bedrohungen wie Fremdenfeindlichkeit und nationalistische Vorurteile auseinanderzusetzen.

Ich empfehle jeder deutschen Bürgerin und jedem deutschen Bürger, allen voran den Berlinern, eine Fahrt nach Warschau, um sich dieses Museum anzuschauen. Es sind knapp 570 km, also 5 Stunden auf der Autobahn. Es lohnt sich wirklich.

### **Wie steht es um das jüdische Leben im heutigen Polen? Welchen Beitrag leistet der Staat zur Förderung jüdischer Gemeinden?**

Meines Wissens gibt es zurzeit in Polen nur wenige jüdische Gemeinden. Wir dürfen nicht vergessen, dass während des Krieges unter deutscher Besatzung 3 Millionen polnische Juden ermordet wurden und nur knapp 300.000 den Krieg überlebten. In der unsicheren Nachkriegszeit war das brennende Problem für sie, zwischen dem Aufenthalt im Land und seinem Verlassen zu wählen. Einige wanderten illegal nach Palästina aus, wo sie eine wichtige Rolle bei der Errichtung des Staates Israel spielten.

Diejenigen, die in Polen blieben, waren am Wiederaufbau des zerstörten Lebens der jüdischen Gemeindeglieder sowie an der Bewahrung der Erinnerung an die Opfer des Holocaust beteiligt. Das erste Warschauer Ehrenmal zum Gedenken des Aufstands im Warschauer Ghetto wurde bereits im April 1946 enthüllt und das berühmte Denkmal der Helden des Ghettos, vor dem viele Jahre später Bundeskanzler Willy Brandt kniete, schon im Jahre 1948.

Es lag aber nicht nur am Holocaust, auch der Kommunismus trug dazu bei, dass viele Juden, die den Krieg überlebt hatten, Polen gleich nach dem Krieg oder später, in den 1950er und 1960er Jahren, verließen und nach Israel oder in die USA zogen. Neulich beobachteten wir ein interessantes Phänomen. Es gibt immer mehr Menschen in Israel, die einen polnischen Pass beantragen — mit dem Ziel, sich in Polen anzusiedeln oder die Heimat ihrer Großeltern näher kennenzulernen.

Nach 1989 nahmen die jüdische Kultur und Geschichte wieder einen wichtigen Platz im Bewusstsein der Polen ein. Das stetig wachsende Interesse der Polen an der jüdischen Kultur, an der verlorenen Nachbarschaft, spiegelt sich vor allem in zahlreichen kulturellen und wissenschaftlichen Projekten wider. In Krakau findet z.B. jedes Jahr eines der weltweit größten Festivals der jüdischen Kultur statt, das über 15.000 Zuschauer aus aller Welt anzieht. Sieben Tage lang. Musik, Literatur, Tanz, Theater, Bilderausstellungen, Workshops. Kleinere Festivals kennen wir aus Warschau, Posen oder dem ostpolnischen Włodawa. Die Universitäten richteten Studiengänge in Judaik ein. Auch der polnische Staat trägt dazu bei. Nicht nur durch Errichtung von Polin. Seit Jahren finanziert er z.B. das Jüdische Historische Institut, eine wissenschaftliche Einrichtung zur Erforschung der Geschichte und des jüdischen Lebens in Polen. Staatliche Gelder werden auch für die Sanierung von Synagogen bestimmt, z.B. die Spätrenaissance-Synagoge von Zamość — eine der schön-

sten und am besten erhaltenen Synagogen Polens. Ganz zu schweigen von der Errichtung und Erhaltung der Gedenkstätten in den ehemaligen deutschen NS-Konzentrations- und -Vernichtungslagern, nicht nur in Auschwitz-Birkenau. Auch in Bełżec, Sobibór, Treblinka, Kulmhof, Płaszów und an vielen anderen Orten werden sie fast ausschließlich vom polnischen Steuerzahler finanziert.

**In Polen spielt der römisch-katholische Glaube eine traditionell bedeutende Rolle. Wie sieht die christlich-jüdische Zusammenarbeit in Polen aus?**

Ziemlich gut. Religiöse Juden werden in Polen als „die älteren Brüder im Glauben“ betrachtet. Also mit großem Respekt. Es gibt einen interreligiösen Dialog, in dessen Rahmen sich viele katholische Priester engagieren. Tausende Polen besuchen Israel, nicht nur auf der Suche nach den Spuren Jesu Christi. Fast ebenso viele Juden kommen nach Leżajsk, Nowy Sącz und in andere Pilgerorte der orthodoxen Juden.

An dem Marsch der Lebenden (einem Gedenkmarsch vom Konzentrationslager Auschwitz zum Vernichtungslager Birkenau) nehmen zusammen mit israelischen Jugendlichen hunderte polnische Schüler und Studenten teil.

**In Ihrem Grußwort zum Konzert anlässlich des 100. Jahrestages der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens im Beisein beider Staatspräsidenten am 23. Oktober 2018 haben Sie explizit den jüdischen Beitrag in der Geschichte Polens hervorgehoben. Wie wird der historische Beitrag polnischer Bürger jüdischen Glaubens im modernen Polen bewertet?**

Sehr hoch. Vor allem was das 20. Jahrhundert und den Bereich der Kultur und Wissenschaft anbetrifft. Die assimilierten Juden haben einen wunderbaren, von allen Polen hochgeschätzten Beitrag zur polnischen Kultur geleistet. Es reicht aus, einige Namen zu nennen: In der Literatur wären das Julian Tuwim, Marian Hemar, Jan Brzechwa, Bolesław Leśmian, Janusz Korczak, Roma Ligocka, in der klassischen Musik — Simone/Szymon Laks, Mieczysław Weinberg, Alexandre Tansman, in der Popmusik — Henryk Wars und Jerzy Petersburski, weiter: der Erfinder von Esperanto Ludwik Zamenhof oder der geniale Wissenschaftsphilosoph Ludwig Fleck. Hinzu kommen bekannte Schauspieler (Henryk Wlast, Nora Ney), Sänger (Adam Aston, Vera Gran), Filmregisseure (Roman Polański, Agnieszka Holland). Und das sind nur wenige Beispiele.

Gestatten Sie mir aber noch zwei weitere Personen zu erwähnen, die nicht nur die polnische, sondern die Weltkultur auf eine immense Art und Weise bereichert haben:

Stanisław Lem, ein Philosoph, Schriftsteller und Science-Fiction-Autor, dessen Werke in mehr als 50 Sprachen übersetzt und insgesamt mehr als 45 Millionen-Mal verkauft wurden. Lem gilt außerdem als brillanter Visionär und Utopist, der zahlreiche komplexe Technologien Jahrzehnte vor ihrer tatsächlichen Entwicklung erdachte.

Und Isaac Bashevis Singer, ein polnisch-US-amerikanischer Schriftsteller. Als bislang einziger jiddischer Schriftsteller erhielt er im Jahre 1978 den Nobelpreis für Literatur „für seine eindringliche Erzählkunst, die mit ihren Wurzeln in einer polnisch-jüdischen Kulturtradition universale Bedingungen des Menschen lebendig werden lässt.“ Auch das bereits erwähnte Festival der Jüdischen Kultur in Warschau trägt den Namen Singers.

Man muss aber ergänzen, dass sie alle zu den assimilier-

ten Juden gehörten. Die Nichtassimilierten, die Juden aus den Shtetl, waren in der Hochkultur Polens weniger präsent.

**Polen hat sich von Beginn an gegen die unregelte Zuwanderung nach Europa ausgesprochen und wurde dafür in Deutschland teils heftig kritisiert. Vor welchen aktuellen Herausforderungen steht die Europäische Gemeinschaft aus Sicht Polens?**

Die größte Herausforderung ist die Reform der EU nach der Lehre, die uns der Brexit erteilte. Die Britten zeigten, dass sie sich der ideologisch gesteuerten, linksliberalen Entwicklung der EU (vor allem der Europäischen Kommission) nicht unterordnen wollen. Die Staaten und die Nationen sind und werden die Säulen der Union bleiben, die in einer vorstellbaren Zeit nicht in einen föderalen Staat umgestaltet werden kann. So eine Umgestaltung müsste in einer Vorrangstellung einiger Nationen gegenüber den anderen enden, was schlussendlich im Zerfall der Union mündet würde. Was die Zuwanderung angeht: Europa muss sie wegen der niedrigen Geburtenraten zulassen, es muss aber eine kontrollierte Immigration sein. So eine Politik führt Polen seit vier Jahren.

**Im vergangenen Jahr fanden bedeutende Konferenzen und Vorträge anlässlich des 100. Jahrestages der Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit Polens statt. Der Besuch des Präsidenten der Republik Polen, Andrzej Duda, bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier markierte einen Höhepunkt der Begegnungen auf staatlicher Ebene. Was sind derzeit die zentralen Projekte in der Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutsch-**

## **land? Spielen jüdische Aspekte eine besondere Rolle dabei?**

Es sind vor allem Projekte wirtschaftlicher Natur, z.B. die Beteiligung Polens an dem deutsch-französischen Projekt zur Herstellung von Autobatterien. Der Übergang zur Elektromobilität macht es notwendig, dass Europa eigene Batterien produziert. Und Polen ist dabei. Im Allgemeinen spielt die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder eine immens wichtige Rolle für den Wachstum der deutschen Exporte in die Welt und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Polen. Damit geht der wachsende Wohlstand der Bürger beider Länder einher.

## **In den Beziehungen zwischen Polen und Israel gab es in jüngster Zeit Verstimmungen aufgrund unterschiedlicher Bewertungen hinsichtlich der Rolle und des Ausmaßes an Beteiligung polnischer Bürger bei der Judenvernichtung während der Zeit der deutschen Okkupation. Wie ist die Position der polnischen Regierung in dieser Frage? Was genau sind die Differenzen mit der historischen Bewertung aus der israelischen Sicht und wie lassen sich diese überwinden?**

Diese Differenzen wurden manifest, als wichtige israelische Politiker vor Kurzem Polen wegen der vermeintlichen Beteiligung an dem Holocaust beschuldigten. Wir Polen richten uns diesbezüglich an den wissenschaftlichen Forschungen aus, nicht an isolierten, subjektiv gerechtfertigten Erinnerungen. In meinem Land wird nicht in Frage gestellt, dass es viele Polen gab, die sich an der Tragödie der Juden während des Zweiten Weltkriegs bereichern mochten. In unseren Augen waren es Kriminelle. Der polnische Staat befand sich unter der deutschen Okkupation. Es

herrschte deutsche Gesetzgebung, deutsches Einverständnis mit jeder Art von Verbrechen an den Juden. Es gab aber auch die polnische Exilregierung in London, die Verbrechen an den Juden aufs Schärfste verurteilte. Auch mit der Todesstrafe für diejenigen, die Juden verraten haben. Diese Strafen wurden mehrfach ausgeführt, und zwar durch spezielle Soldateneinheiten, die während des Kriegs von der aus London kommandierten Heimarmee (Armia Krajowa) im Untergrund kontrolliert wurden. Deshalb sind wir jetzt schockiert, wenn wir aus Israel hören, dass Polen, d.h. eine Nation, die im Yad Vashem über 6.000 Bäume hat, beschuldigt wird, den Deutschen bei dem Holocaust geholfen zu haben. Nur in Polen stand laut dem damaligen deutschen Gesetz auf jede Form von Hilfe für die jüdischen Mitbürger die Todesstrafe, auch fürs Reichen eines Brotstückes. Fragen Sie sich selbst, warum dies nur in Polen eingeführt wurde, wenn wir vermeintlich so antisemitisch waren. Laut neusten Forschungen beteiligten sich trotzdem 300.000 Menschen an verschiedenen Rettungsaktionen, auch polnische Diplomaten beteiligten sich aus rein humanitären Gründen an der Rettung der Juden. In letzter Zeit konnte man auch in der deutschen Presse einiges über die sog. Berner Gruppe nachlesen. Eine Gruppe in der Schweiz akkreditierter, polnischer Diplomaten (darunter der Gesandte Aleksander Ładoś und der Konsul Konstanty Rokicki) und Mitglieder jüdischer Organisationen stellte während des Zweiten Weltkriegs illegal Reisepässe lateinamerikanischer Länder zur Rettung der europäischen Juden vor dem Holocaust aus. Anhand erhaltener Unterlagen und neuester Recherchen wurde bewiesen, dass die Ładoś-Gruppe über 1050 Pässe für mindestens 2100 Personen ausstellte.

**Auch ein Blick in die Gegenwart der polnisch-israelischen Beziehungen lohnt sich. Was möchten Sie unseren Lesern**

## **hierzu sagen? Gibt es trilaterale polnisch-israelisch-deutsche Projekte?**

Solche Projekte kenne ich leider nicht. Die deutsch-israelischen Beziehungen sind im Lichte der deutschen Verantwortung für den Holocaust einmalig. Nichtsdestotrotz war es Polen, das in der EU oder in der UNO Israel am stärksten unterstützte. Mit Bedauern muss ich feststellen, dass nach den polenfeindlichen Aussagen von PremierNetanjahu und Außenminister Katz (und dies sind nur Beispiele) die Sympathie der Polen für Israel drastisch sinkt, was nicht heißt, dass der Antisemitismus wächst. Wir sehen in einem solchen Verhalten der israelischen Politiker das Zeichen einer unverständlichen Undankbarkeit. In Israel dreht man nicht nur unsere Rolle im Zweiten Weltkrieg um, in Vergessenheit gerät auch der Beitrag der Soldaten der polnischen Armee um General Władysław Anders zur Entstehung des Staats Israel oder der Einsatz in Polen ausgebildeter Offiziere in den arabisch-israelischen Kriegen. Das alles ist merkwürdig.

## **Welche Veränderungen in der europäischen Politik sehen Sie als notwendig an, damit Europa auch in Zukunft ein sicherer Lebensraum für Menschen jüdischen Glaubens sein kann?**

Ich sehe hier, auf den ersten Blick, zwei Bereiche. Die Massmigration aus den moslemischen Ländern muss gestoppt werden. Europa sollte Abendland bleiben, es sollte weiterhin als Zivilisationsmuster dienen. Zweitens muss Israel als Staat sich den Palästinensern gegenüber fair verhalten, damit die Kritik an Israel in der europäischen Öffentlichkeit und in verschiedenen Institutionen gegenstandslos wird.

## **„Die eigene Sicherheit hat Vorrang“.\***

Der 62-jährige Andrzej Przyłębski hat die meiste Zeit seines Berufslebens als Philosoph und Sozialwissenschaftler an verschiedenen polnischen und deutschen Universitäten verbracht. In der Zeit 1996-2001 war er Botschaftsrat der polnischen Botschaft Köln/Berlin, zuständig für Kultur und Wissenschaft. Im November 2015 wurde er von dem damals neu gewählten Staatspräsidenten Polens Andrzej Duda zum Mitglied des Nationalen Entwicklungsrates ernannt. Seit Sommer 2016 ist er Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland. Mit ihm sprach Dietrich Schröder.

**Herr Botschafter, ganz Europa schaut mit Spannung auf die Wahl des Staatspräsidenten in Ihrem Land am 12. Juli. Würden Sie einen Tipp wagen, wer die Wahl gewinnt, oder zumindest, welche Themen das Duell der beiden Kandidaten in den verbleibenden Tagen bestimmen werden?**

Das ist schwierig, denn es gibt ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Kandidaten, bei dem Andrzej Duda zurzeit ein wenig vorne liegt. Aus meiner Perspektive, eines Polen und eines Einwohners der Stadt Warschau, sehe ich zwei Aspekte: Präsident

---

\* Märkische Oder Zeitung (MOZ), 3.07.2020.

Duda regiert seit 5 Jahren und er tut es vorbildlich. Seine Sorge um die ganze Bevölkerung, seine ausgezeichneten Reden, seine humane Einstellung und seine humanistische Bildung, all dies muss bewundert werden. Er hat seine Kompetenz unter Beweis gestellt. Der Oberbürgermeister von Warschau hat auf seinem Konto leider keine solche Erfolge: In der polnischen Hauptstadt gibt es so viele Probleme, die er nicht löst, obwohl er es in der Wahlkampagne versprochen hat. Ein anderer Aspekt ist: Die Fortsetzung der nötigen Staatsreformen ist nur unter der Bedingung einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und dem Präsidenten möglich. Der Staatspräsident hat in Polen eine viel größere Macht (und Verantwortung) als der deutsche Bundespräsident, er kann Reformen sowohl beschleunigen als auch verlangsamen.

### **Wie groß ist das Interesse der in Deutschland lebenden Polen an der Wahl und was bedeutet das für Ihre Botschaft?**

Das Interesse ist enorm und mit jeder der letzten Wahlen, seien es die Europawahlen, die Parlamentswahlen im vergangenen Jahr oder die jetzige Präsidentschaftswahl, schlagen wir neue Rekorde der Wahlbeteiligung. Stellen Sie sich vor, dass sich für die jetzige Präsidentschaftswahl über 60.000 wahlberechtigte Polen angemeldet haben und für die Stichwahl am 12. Juli sogar über 70.000. Dass nur eine Briefwahl möglich ist, hängt mit der Entscheidung der bundesdeutschen Regierung zusammen, die eine persönliche Stimmenabgabe aufgrund der Corona-Pandemie nicht genehmigt hat. Wie Sie sich sicherlich vorstellen können, hängt eine Briefwahl mit einer großen logistischen Herausforderung zusammen, die die Mitarbeiter des Konsulats und der Botschaft (nicht nur in Berlin) zusammen bewältigen müssen.

Unsere größte Priorität liegt zurzeit also darin, die Briefwahlen bestmöglich vorzubereiten, damit alle Polen in Deutschland ihre Stimme abgeben können.

**Der Besuch, den Staatspräsident Andrzej Duda kürzlich bei US-Präsident Donald Trump machte, hat in Deutschland Irritationen ausgelöst, weil Trump bei dieser Gelegenheit Deutschland kritisierte und erklärte, dass ein Teil der hier stationierten US-Soldaten nach Polen verlegt werden soll. Können Sie diese Irritationen nachvollziehen?**

Donald Trump hat Deutschland schon mehrfach wegen seiner Ausgaben für die Nato kritisiert. Aber es ist nicht meine Sache, dies zu bewerten. Darin bestand auch nicht der Zweck des Besuchs unseres Präsidenten. Im Gegenteil: Herr Duda hat sich in Washington klar dafür ausgesprochen, dass alle US-Soldaten in Europa verbleiben. Unser Land ist bereit, einen Teil davon in Polen willkommen zu heißen. Aber von uns wird keinerlei Druck ausgeübt, dass US-Soldaten Deutschland verlassen sollen.

**Also kann man nicht schlussfolgern, dass für Polen die Beziehungen zu den USA wichtiger sind als die Europäische Union?**

Nein. Aber unser Land engagiert sich stark für die Aufrechterhaltung guter transatlantischer Beziehungen zwischen den Europäern und den USA. Wir sehen die Versuche einiger europäischer Länder, sich von den Vereinigten Staaten zu distanzieren, mit Sorge. Polen wird sich immer solch einer Abkopplung entgegenstellen, weil wir die historische Erfahrung gemacht haben, dass

Amerika in beiden Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts die westlichen Werte verteidigte und die europäische Kultur rettete.

**Wechseln wir das Thema: Die Corona-Krise hat die Beziehungen unserer Länder auf eine harte Probe gestellt. Aus Sicht insbesondere der deutschen Grenzregion gab es Mängel in der Kommunikation: Die überraschende Schließung der Grenze durch Polen, die dadurch verursachten riesigen Lkw-Staus und schließlich die Quarantäne-Regelung für die Berufspendler. Wie sehen Sie das im Rückblick?**

Die Handlungen der polnischen Regierung waren berechtigt. In einer Pandemie-Situation müssen zuerst die nationalen Regierungen agieren. Eigentlich haben ja alle EU-Länder zunächst so reagiert. Deutschland ist auch stolz darauf, dass es nicht so viele Tote gab wie in anderen Ländern. Polen hat etwa die Hälfte der Einwohnerzahl Deutschlands, hatte aber lange Zeit, im Vergleich zu der Bundesrepublik, nur ein Zehntel seiner Corona-Erkrankungen oder Toten.

Sie müssen auch bedenken, dass das Gesundheitssystem in Deutschland besser ausgestattet ist als in Polen und wir deshalb mit der Grenzschießung schnell handeln mussten. Ich weiß natürlich, zu welchen Problemen es dadurch gekommen ist. Ich habe in diesen drei Monaten meine Regierung häufig darüber informiert und fast täglich mit den Ministerpräsidenten von Sachsen und von Brandenburg sowie mit Vertretern Mecklenburg-Vorpommerns telefoniert. Die Sicherheit unseres eigenen Landes hatte aber den Vorrang. Die Bewältigung der schwierigen Situation an den Grenzübergängen haben wir jedoch hauptsächlich der außerordentlichen Hilfe deutscher Behörden der Bundeslän-

der in den Grenzregionen, spezialisierten Organisationen, vor allem dem Deutschen Roten Kreuz und dem Technischen Hilfswerk (THW), der deutschen Polizei und der Bundeswehr zu verdanken. Die Hilfe war von unschätzbarem Wert und ein wahrhaftig großer Akt der nachbarschaftlichen Solidarität. Dafür sind wir sehr dankbar.

**Wenn man so will, hatte die Krise auch einen positiven Effekt: Den Deutschen ist noch deutlicher geworden, wie wichtig die vielen polnischen Arbeitskräfte bei uns sind. Was halten Sie davon, dass den Pendlern Unterstützung gezahlt wurde, damit sie in Deutschland übernachten konnten, um nicht in Polen in Quarantäne zu gehen?**

Diese Unterstützung fanden wir korrekt. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben uns ja auch darauf angesprochen, was man für die Kliniken in Schwedt und Pasewalk tun kann, wo jeweils an die 30 Ärzte aus Polen kommen. Eine Sonderpendelregelung für diese Mediziner war aber nicht möglich, da sie aus Sicht unserer Regierung ein Gesundheitsrisiko darstellten, denn sie konnten ja eventuell mit Corona-Kranken zu tun gehabt haben.

**Gerade in der Grenzregion hatte man den Eindruck, dass sich die Regierung in Warschau nicht darüber im Klaren war, wie eng das Zusammenleben unserer beiden Länder ist.**

Bewusst war das der Regierung in Warschau schon, schließlich wird sie über die Situation in der Grenzregion nicht nur von uns, sondern auch von den Wojewoden (das sind Vertreter der Re-

gierung in den Regionen) informiert, aber die Demonstrationen an der Grenze haben sicherlich dazu beigetragen, dass dies noch bewusster geworden ist. Wahrscheinlich haben sie auch die Entscheidung beschleunigt, dass die Pendler als erste von der Quarantäne-Regelung befreit wurden.

Ich möchte zu dieser Frage aber auch bemerken, dass diese Verflechtung ja noch ziemlich einseitig ist. Es arbeiten wenige Deutsche in Polen, aber es kommen viele Polen als Pflegekräfte und Ärzte nach Deutschland. Die Ausbildung des medizinischen Personals in Polen kostet eine Menge Geld. Jetzt tragen sie zum Wohlstand der Bundesrepublik bei, obwohl ich natürlich verstehen kann, dass sie gut verdienen und sich beruflich weiterentwickeln möchten.

**Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke, der ja auch Polen-Beauftragter der Bundesregierung ist, hat besonders bedauert, dass es zu Beginn von Corona keinen Ansprechpartner für ihn bei der polnischen Regierung gab.**

Das stimmt, aber kurze Zeit später wurde auf diese Position Bartosz Grodecki, Staatssekretär im Innenministerium, berufen. Und wie ich weiß, hat Herr Woidke inzwischen mehrfach mit ihm gesprochen und die Eindrücke sind beiderseits gut. Ich setze mich auch dafür ein, dass unsere Kommunikation nach dem Muster der Kommunikation zwischen Deutschland und Frankreich erfolgt.

**Zwischen dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg einerseits sowie den benachbarten franzö-**

## **sischen Departements gibt es offenbar mehr Kanäle als zwischen den Nachbarregionen an Oder und Neiße?**

Ich habe Ähnliches gehört und werde mich persönlich in Warschau dafür einsetzen, dass wir so etwas auch im deutsch-polnischen Grenzgebiet schaffen. Denn ich finde, dass das Weimarer Dreieck mit ähnlichen Regeln funktionieren sollte.

## **Noch ein Themenwechsel: Gerade hat die halbjährige deutsche Ratspräsidentschaft in der EU begonnen. Was erwartet Polen davon?**

Der deutsche Außenminister Heiko Maas hat uns kürzlich in Warschau die Prioritäten aus deutscher Sicht dargestellt und dabei neben dem Wiederaufbauplan für die Wirtschaft auch den Green Deal, eine neue Migrationspolitik und die Bewertung der Rechtsstaatlichkeit genannt. In all diesen Punkten wollen wir mitwirken, aber wir erwarten auch, dass unsere Interessen und unsere Perspektive berücksichtigt werden. So haben wir auf die Bedeutung der Kohle für die Energiegewinnung in unserem Land hingewiesen, aber auch unsere Bereitschaft für den Bau von Offshore-Windkraftanlagen in der Ostsee zugesagt. Eine neue Migrationspolitik der EU muss man mit großer Vorsicht betrachten. Und bei der Rechtsstaatlichkeit haben wir vorgeschlagen, erst einmal eine Übersicht über die Rechtssysteme in allen EU-Staaten zu erstellen, damit man gemeinsame Standards findet und nicht nur Polen und Ungarn durch ideologisch gesteuerte Einwände an den Pranger stellt. Es geht uns nämlich nicht darum — wie es manchmal in den deutschen Medien zu lesen ist —, dass eine Partei die Justiz kontrolliert. Sondern es geht um die Gerechtigkeit für einzelne Menschen sowie für Unternehmen,

deren juristische Probleme etwa bei Investitionen von den Gerichten schneller entschieden werden sollten.

**Frau Merkel und Herr Macron haben den Plan für wirtschaftliche Hilfen der EU nach der Corona-Krise vorgelegt. Aus polnischer Sicht müsste es doch besser sein, wenn es einen Merkel-Macron-Duda-Plan gegeben hätte?**

Oder einen Plan mit dem Namen unseres Regierungschefs Morawiecki. Aber in dem Plan von Merkel und Macron steht ja auch, dass Polen einen großen Teil der Hilfen erhalten soll. Insgesamt sind wir als Land aber dafür, dass es mehr Kredite für die Wirtschaft als geschenkte Zuschüsse für die EU-Staaten im Süden geben sollte.

## **„Die Dekadenz Europas“.\***

**Eine starke EU ist im Interesse Polens. Kulturelle Einmischung lehnt der Botschafter in Berlin, Andrzej Przyłębski, aber ab. Der Kulturphilosoph Andrzej Przyłębski wurde von der polnischen Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) vor einigen Monaten zum Botschafter in Berlin ernannt.**

**Herr Botschafter, Sie kennen Deutschland seit Langem.**

Das stimmt. 1987 kam ich zu einem Sprach- und Kulturkurs nach Heidelberg. Später konnte ich als Forschungsstipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung an der dortigen Universität arbeiten und lebte mit meiner Familie zwei Jahre in Deutschland. Unsere beiden Söhne sind hier aufgewachsen. Einer von ihnen arbeitet heute als Vertreter eines polnischen Unternehmens in Deutschland.

**Trotzdem kann man in Aufsätzen, die Sie als Professor in Posen verfasst haben, von der Gefahr lesen, dass Deutschland die EU oder auch Polen dominieren würde.**

Wissen Sie, als Kulturphilosoph bin ich skeptisch gegenüber ge-

---

\* Schwäbische Post (<http://www.schwaebische-post.de/1541831>)

wissen Entwicklungen in Europa, die zwar nicht vorrangig von Deutschland ausgehen, an denen sich Deutschland aber beteiligt. Mit Kollegen aus Ungarn, Tschechien und der Slowakei sprechen wir oft über die Dekadenz der westlichen Kultur. Wir warnen davor aus Sorge um die Zukunft Europas.

**Es gibt einen Widerspruch zwischen der großen Zustimmung der polnischen Bevölkerung zur EU und der Kritik Ihrer Regierung an der EU.**

Ein starkes Europa liegt ganz klar im polnischen Interesse. Doch nach dem Brexit und der Euro-Krise muss sich die EU besinnen. Eine Grundregel sollte sein, dass Brüssel nur in Fragen eingreift, die die einzelnen Nationalstaaten nicht regeln können. Das wären gewisse Sicherheitsfragen, der Kampf gegen den Terrorismus oder auch gemeinsame wirtschaftliche Regeln. Aber nicht Fragen von Kultur und gesellschaftlichen Traditionen. Ungarn hat kürzlich in seiner Verfassung die Ehe als Verbindung von Mann und Frau definiert. Ich kann die Empörung, die das ausgelöst hat, nicht verstehen. Denn damit wird niemand bedroht, auch nicht Homosexuelle, die ja ihre Verbindungen haben können, welche man aber nicht als Familien anerkennen sollte. Wenn man das in Deutschland will, ist das auch okay. Wir protestieren nicht dagegen, würden aber protestieren, wenn man uns eine solche Moral aufdrängen würden. Man sollte beispielsweise auch akzeptieren, dass ein Verfassungsgericht in Polen eine andere Rolle hat als etwa ein Verfassungsgericht in Deutschland oder in Frankreich. Es gibt nicht das ideale Verfassungsgericht. In dieser Frage wird Kritik von der EU an Polen geübt, die ohne Kenntnis der polnischen Verfassung erfolgt.

**Die vielen Demonstrationen in Ihrem Land zeigen doch aber, dass auch viele Polen selbst mit der Politik der Regierung nicht einverstanden sind. Sie brauchen keinen Oberlehrer Jarosław Kaczyński, der ihnen in jeder Situation vorschreibt, wie man leben sollte.**

Es stimmt, dass es eine Spaltung in der Gesellschaft gibt. Aber nicht in zwei Hälften. Ich würde eher sagen, dass sich vielleicht ein Viertel der Bevölkerung an die neuen Verhältnisse gewöhnen muss. Das Problem unseres Landes nach 1989 war einfach, dass wir keine vollständige Befreiung der Gesellschaft vom Kommunismus erreicht haben. Eine Gruppe von Ex-Kommunisten, die nach der Wende viele Privilegien hatte, ist mit den jetzigen Veränderungen unzufrieden. Das ist zumindest ein Teil der zurzeit Demonstrierenden.

**Aber der Runde Tisch galt doch gerade als Errungenschaft Polens. Ist es nicht tragisch, wie etwa die Ikone Lech Wałęsa jetzt kritisiert wird?**

Für mich war Wałęsa seinerzeit auch ein Held. Aber wenn jetzt aus Dokumenten hervorgeht, dass er mehrere Personen verraten hat, dann sollte er ein Held bleiben und sich zurückziehen. Doch er ist jetzt ein Anführer der Opposition. Zum Runden Tisch: Ja, das war ein Erfolg und in der damaligen Situation vielleicht die einzig mögliche Lösung. Aber nach ein paar Jahren hätte man den faulen Kompromiss mit den Kommunisten beenden sollen. Weil viele alte Funktionäre, Bankdirektoren oder Geheimdienstleute übernommen wurden, gab es keine Gerechtigkeit. Jetzt kommt endlich eine Regierung für alle Menschen, die auf Gerechtigkeit gewartet haben.

**In der Uckermark gibt es Orte, in denen die Grundschule auch deshalb noch existiert, weil sich polnische Familien angesiedelt haben. Würden Sie das als ideales Europa betrachten?**

Das ist sicher eine Lösung, von der beide Seiten profitieren. Aber ich finde es bedauerlich, dass so viele Menschen aus Ostdeutschland abwandern und deshalb die Dörfer leer stehen. Gut ist natürlich, wenn polnische Kinder zweisprachig aufwachsen und so zum Verständnis zwischen unseren Ländern beitragen.